



AUS EINEM BILD DES WEB-COMICS «GUNSHOW» VON KC GREEN PRODUZIERTES MEME. ZEICHNUNG: KC GREEN

Längst nicht mehr nur lustig: Ein Gespräch über die Macht der Memes.

Kultur/Wissen, Seiten 20/21

This is fine.

WIRTSCHAFTSELITE IN DAVOS

Gegen die Kriegslogik

VON YVES WEGELIN

Es war ein kurzer Moment, der die Lage der Welt zusammenfasste: Als Wolodimir Selenski am Weltwirtschaftsforum (Wef) seine per Video übertragene Rede beendete, erhob sich ein Saal, vollgepackt mit globalen Wirtschaftsführer:innen, um dem ukrainischen Präsidenten für seinen Widerstand gegen den russischen Aggressor Wladimir Putin zu applaudieren.

Die Standing Ovationen sind verdient – und der Widerstand gegen Putin ist dringend. Doch im lang anhaltenden Applaus der Davos-Leute steckte mehr: Bis vor kurzem standen sie vonseiten der Medien, NGOs und sozialen Bewegungen jedes Jahr als Ausbeuter und Umweltsünder von neuem am Pranger. Mit ihrem Applaus schienen sie auch bestätigen zu wollen, dass nun Putin an ihrer Stelle dort steht – und sie selber nun auf der Seite des Guten.

Entsprechend ist auch die Selbstkritik am Wef weitgehend verschwunden, die seit Jahren geübt wurde: die Kluft zwischen Multimilliardären und hungernden Menschen, die Übermacht neuer Konzernmonopole, die katastrophalen Folgen der Klimaerhitzung – alles nur noch Randthemen. Natürlich diente das Davoser Kongresshaus bisher damit auch als überdimensionierte Beichtkammer, in der sich CEOs von ihren

Sünden reinwuschen, um neue begehen zu können. Doch da war mehr: Die Selbstkritik widerspiegelte auch die Stärke der neuen sozialen Proteste, die nicht mehr so leicht zu ignorieren waren. Darin zeigte sich eine Machtverschiebung hin zur Strasse.

In der aktuellen Kriegslogik geht der Ruf nach einer anderen Welt unter. Nun wird vielmehr diskutiert, wie die alte restauriert werden kann: Lieferketten, Preisstabilität, Wachstum. Die fossilen Ressourcen, die man nun statt beim Diktator in Katar sucht – dort sind bei den Vorbereitungen für die Fussball-WM mehrere Tausend Arbeiter:innen gestorben. Als sei die Welt vor dem Krieg noch in bester Ordnung gewesen.

Eine der wenigen kritischen Stimmen am Weltwirtschaftsforum war Mariana Mazzucato, Wirtschaftsprofessorin am University College London. Sie skizzierte an einem Panel mit spitzer Feder die Absurditäten des globalen Wirtschaftssystems: Die Löhne würden tief gehalten; stattdessen stiegen die Konzernprofite, die im Finanzcasino landeten, statt in die Gesundheitsversorgung oder in den

Viele, die Selenski applaudierten, sind selber schwerreiche Magnaten.

Kampf gegen den Klimawandel investiert zu werden. Schlimmer noch: Konzerne eignen sich öffentliche Forschung wie die RNA-Impftechnologie an, um die Profite zu ernten. Die Gesellschaft müsse bei den Investitionen die Führung übernehmen, fordert Mazzucato in ihrem jüngsten Buch, «Mission Economy». Sympathie erhielt sie dafür vom altgedienten Bloomberg-TV-Moderator Tom Keene, der allerdings festhielt, dass die Davos-Leute kaum in die «Mazzucato-Welt» eintauchen wollten.

Mazzucato geht mit ihren Ideen kaum weit genug, wenn sie etwa Wachstum lobt, ohne dessen Grenzen wirklich zu hinterfragen. Die Ökonomin half jedoch am Wef, die grossen Herausforderungen wie die Ungleichheit und die Klimaerhitzung zurück auf den Tisch zu hieven, die die Davos-Leute mit ihrem Applaus für Selenski wegzuwischen versuchten. Sie durchbrach die Logik des Krieges.

In dieser Logik droht auch vergessen zu gehen, dass die Ungleichheit und der soziale Zerfall der Gesellschaft weltweit zum Aufstieg autoritärer Regierungschefs beigetragen hatten; und dass viele, die im Kongresssaal Selenski applaudierten, selber schwerreiche Magnaten sind, die mit den Orbans, Bolsonaros, Modis und Trumps eng verbandelt sind – und bis vor kurzem gerne in Davos an den Partys russischer Oligarchen neue Geschäfte knüpften.

Russische Dissident:innen waren dagegen am Wef nicht präsent, wie Human-Rights-Watch-Chef Kenneth Roth kritisierte. Dies, obwohl diese sich seit Jahren unter Einsatz ihres Lebens gegen Putin stellen.

SANKTIONEN GEGEN PUTIN

Das Wef ruft nach Härte Seite 10

Die Schweiz redet lieber nicht über Geld

Doch genau darum geht es bei der Ukraine-Konferenz in Lugano.

Schweiz, Seite 3

Poor Britannia

Inflation und hohe Energiepreise stürzen Millionen in Armut. Der Premier sieht darin kein Problem.

International, Seite 7

Kriegsverbrechen

Hundert Freiwillige helfen in der Ukraine bei der Aufklärung.

International, Seite 9

Nicht verzweifeln!

Vertrauen in die Zukunft nützt bei der Bewältigung der vielen Krisen.

International, Seiten 12/13

Nüchterner Blick auf exotische Schönheiten

Postkoloniale und feministische Kritik retten Paul Gauguins Werk.

Kultur/Wissen, Seite 19

HAUSMITTEILUNGEN



Abenteuerlich

«Heimatlos oder Das abenteuerliche Leben des Jakob Furrer von der Halde bei Wald» heisst der neue Roman von Stephan Pörtner. Ein langer Titel, wenn er auch weniger als «100 Wörter» umfasst, wie es seine WOZ-Onlinekolumne jeweils tut. Pörtner liest am Freitag, 10. Juni, um 19.30 Uhr in der Buchhandlung Doppelpunkt in Uster aus seinem Buch.

www.tinyurl.com/poertner

DIESSEITS VON GUT UND BÖSE



Das Fleisch ist schwach

Meine wenigen kulinarischen Erfahrungen aus der Westschweiz beschränken sich darauf, dass man dort keine Scheu kennt, Stopfleber anzubieten, und dass man mir, nachdem ich bei einer Vorbestellung «vegetarisch» angekreuzt hatte, einen gebratenen Fisch servierte.

Entsprechend erstaunte mich die Nachricht, dass die Grünen ausgerechnet in Genf beschlossen hatten, gewählte Mitglieder sollten in der Öffentlichkeit kein Fleisch mehr essen, um Vorbild zu sein. Natürlich leuchtet der Gedanke dahinter ein: Der menschliche Fleischkonsum schadet dem Klima; und wer sich auch nur halbwegs realistisch vorstellen kann, was Massentierhaltung bedeutet, kann nicht mehr guten Gewissens deren Produkte essen.

Konkret verpflichtete man sich, «bei Plenarsitzungen, Arbeitssitzungen, offiziellen Essen oder anderen Veranstaltungen [...] eine mindestens vegetarische Ernährung zu praktizieren». Doch die Umsetzung dessen stelle ich mir kompliziert vor.

Zwecks Kontrolle müsste ein Spitzelnetz aus Servicepersonal und Tischnachbar:innen die Speisewahl aller Rät:innen dokumentieren, was schon beim Augenschein an seine Grenzen geriete: Nachgeformt aus diversen Pflanzen, liegen doch inzwischen auch vegane Poulets, Würste, Hacktätschli und sogar Steaks auf dem Teller.

Und wem ein Vorbild sein? Dem bürgerlichen Kollegen, der sich gerade sein Schnipso reinhaut? In der Erwartung, dass der bewundernd zum Vegimenü rüberschleicht und ergriffen sagt: «Ach – sieht ja gar nicht so schlimm aus! Das nehm ich nächstes Mal.» Kommt hinzu, dass jene, die gegen den Beschluss stimmten, ihre Cervelats und Bratwürste jetzt im Verborgenen horten müssen, um sich – kaum sind sie unbeobachtet – gierig drauf zu stürzen.

Ein ebenfalls beantragtes Alkoholverbot wurde übrigens abgelehnt. Chasselasfreie Anlässe hätten den Rahmen des regional Vorstellbaren dann doch gesprengt. КНО

AUFRÜSTUNG

Auf Crashkurs

Das Parlament öffnet die Geldschleusen fürs Militär. Dabei sollte ihm die Beschaffung von Aufklärungsdrohnen eine Warnung sein.

VON JAN JIRÁT

Im Verteidigungsdepartement dürfte der Champagner längst kalt gestellt sein. Am Erscheinungstag dieser WOZ stimmt der Ständerat über eine «schrittweise Erhöhung der Armeeaussgaben» sowie über die Armeebotschaft 2022 ab. Das erste Geschäft – kurzfristig vor dem Hintergrund des Krieges gegen die Ukraine gezimmert – sieht vor, dass die Schweizer Armee im Jahr 2030 bis zu 9 Milliarden Franken pro Jahr ausgeben darf. Heute sind es 5,3 Milliarden.

Im Zentrum der Armeebotschaft wiederum steht der geplante Kauf von 36 US-Kampffjets des Typs F-35 zum Preis von über 6 Milliarden Schweizer Franken. Der bürgerlich dominierte Nationalrat hat beide Geschäfte locker durchgewinkt, inklusive herablassender Kommentare gegenüber linken Kritikerinnen. Auch der Ständerat, wo die Bürgerlichen ebenfalls in der Mehrheit sind, wird sie gutheissen.

Der Steuergeldsegen für die Schweizer Armee, vehement unterstützt von Aufrüstungsministerin Viola Amherd (Die Mitte), ist ein Akt der Verantwortungslosigkeit. Eine ernsthafte, auch wissenschaftlich fundierte Debatte fand in keiner Weise statt. Ein durchdachtes Konzept, das die milliardenschwere Budgeterhöhung in einer militärischen Logik rechtfertigen könnte, fehlt. Mit dem VBS wird ein Departement für die fulminante Aufrüstung verantwortlich sein, das bereits jetzt nicht fähig oder willens ist, Rüstungsbeschaffungen sauber über die Bühne zu bringen.

Viel später und viel teurer

Exemplarisch dafür steht die Aufklärungsdrohne Hermes 900 des israelischen Rüstungskonzerns Elbit. Vor einem Monat meldete die Beschaffungsbehörde Armasuisse, dass die erste Drohne eingetroffen sei und diesen Monat nach einer Testphase ihren Erstflug im Schweizer Luftraum absolvieren solle. Es klang wie eine Erfolgsmeldung. Dabei ist die Beschaffung ein Debakel.

Vor sieben Jahren bewilligte das Parlament einen Kredit über 250 Millionen

Franken zur Beschaffung von sechs Aufklärungsdrohnen. Von 2019 an sollten diese schrittweise eingeführt werden – mittlerweile scheint ein Einsatz im Normalbetrieb erst ab Ende 2024 realistisch. Die Kosten liegen aktuell bei 300 Millionen Franken.

Ein Grund für die Verzögerung sind Schwierigkeiten beim Radarsystem. Dieses soll andere Flugobjekte im Luftraum erkennen und ihnen ausweichen. Für unbemannte Luftfahrzeuge in der Grösse der Hermes 900 mit einer Spannweite von fünfzehn Metern war weltweit bis vor kurzem kein entsprechendes Radarsystem zugelassen, weil sich die technische Umsetzung als hochkomplex erwiesen hat. Die parlamentarische Geschäftsprüfungskommission (GPK) hält eine Zulassung für den Schweizer Luftraum in ihrem jüngsten Bericht denn auch für ein «beträchtliches Risiko».

Schwere Unfälle

Aus guten Gründen: In den letzten Jahren kam es zu drei schweren Unfällen mit Hermes-900-Drohnen. Der jüngste davon liegt erst wenige Tage zurück. Am Wochenende erlitt eine Drohne bei einem Landeanflug auf den Philippinen einen Totalschaden. Vor drei Jahren verunfallte eine Hermes 900 auf Kreta, sie war dort für die europäische Grenzschutzagentur Frontex im Einsatz. Seither haben sämtliche EU-Agenturen keine solchen Drohnen mehr genutzt. Im Sommer 2020 kam es bei einem Testflug in Israel zu einem Absturz – bei der Drohne handelte es sich ausgerechnet um das für die Schweiz vorgesehene Modell. Kein Wunder, trägt die Hermes 900 in den Medien mittlerweile den Übernahmen «Crash-Drohne». Armasuisse hält trotzdem unbeirrt an ihr fest.

Statt die bisherige Beschaffungspraxis und -politik der Schweizer Armee zu hinterfragen, will das bürgerliche Parlament aber lieber die Geldschleusen weiter öffnen. Ein Blindflug ohne Radarsystem, weitere Crashes sind programmiert.

Mitarbeit: Matthias Monroy

#DIGI



Bleibt das Bargeld?

«Zahlen wir 2035 noch mit Notengeld?» Eine von zwanzig Fragen, die der Bundesrat in seinem Zukunftsbericht «Schweiz 2035» beantwortet haben wollte. Jeannie Schneider vom Dezentrum – ein «Think & Do Tank für Digitalisierung und Gesellschaft» – liefert eine Antwort, eine zweite kommt von Stefan Scheidegger von der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften.

Schneider beantwortet die Frage mit einem Jein. Sie schildert einen Tag im Jahr 2035, an dem die Schweiz als letztes Land Europas bekannt gibt, dass auch sie sich endgültig vom Bargeld verabschieden wird. Inzwischen ist das abgelegenste Tal mit Glasfaserkabeln erschlossen, weshalb es möglich ist, überall störungsfrei bargeldlos zu zahlen. «Tatsächlich kann die Schweiz als late mover vom Erkenntnistransfer von anderen Ländern profitieren und so verhindern, dass es zu Pannen wie zum Beispiel in München 2029 kommt, als der Stromausfall den gesamten bargeldlosen Zahlungsverkehr lahmlegte», schreibt Schneider. Da bricht ihr Szenario leider ab, man erfährt nicht, wie das Problem gelöst wurde: Wie wird bezahlt, wenn kein Strom da ist?

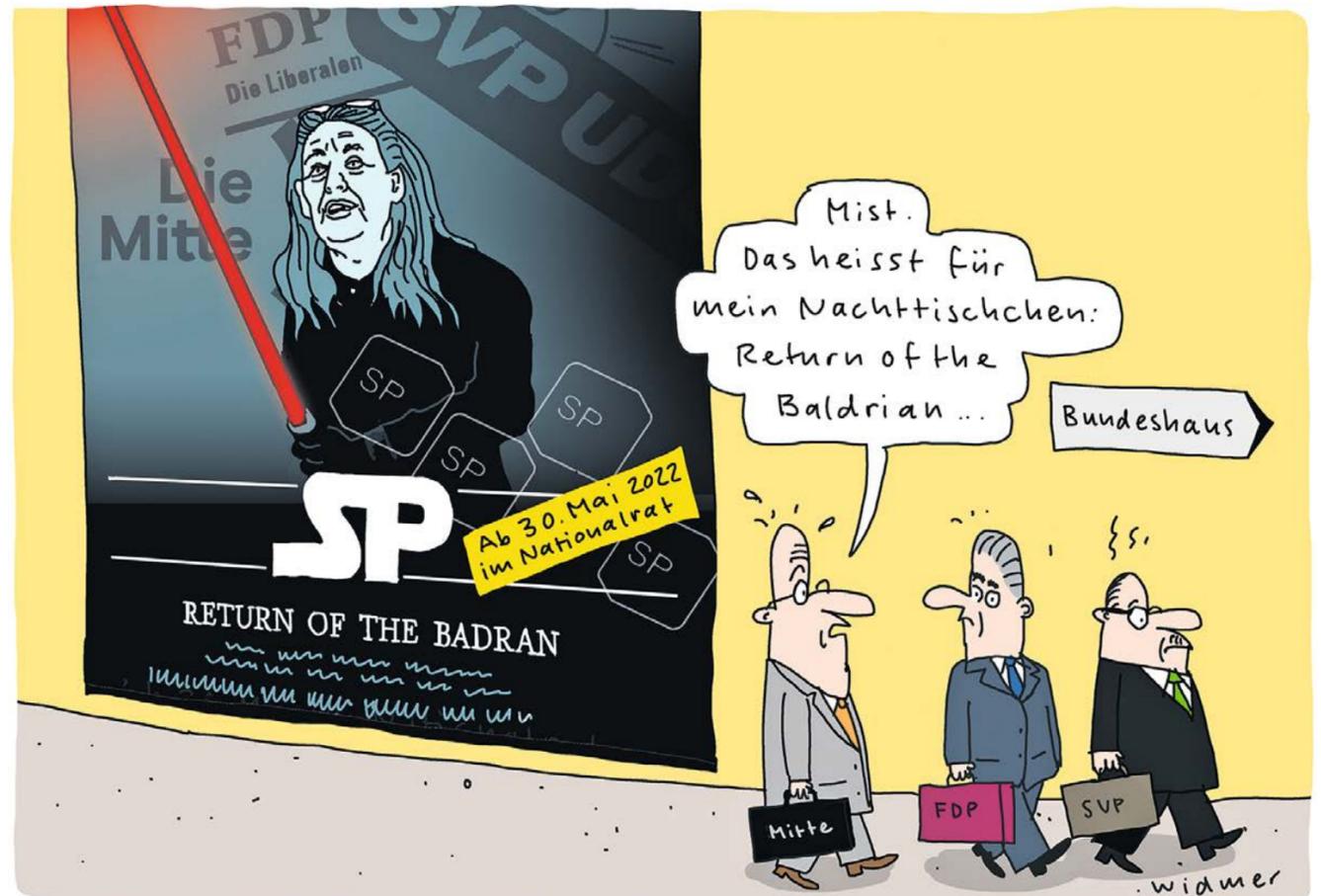
Stefan Scheidegger von der Akademie der Technischen Wissenschaften startet an diesem Punkt, nur von hinten aufgerollt: «Es ist wahrscheinlich, dass Kredite und Schecks älter sind als Münzen und Letztere erstmals eingeführt wurden, um Soldaten zu bezahlen.» Das Bargeld als Kind des Krieges, weil es auch im Ausnahmezustand funktioniert. Vordergründig scheint die Welt zwar bargeldlos zu werden. Deswegen verschwindet das Bargeld aber nicht: «Seit der Wirtschaftskrise von 2008 kommt dem Bargeld eine verstärkte Funktion als Wertaufbewahrungsmittel zu.» Heute ist auch mehr Bargeld im Umlauf als noch vor vierzig Jahren. Bargeld werde bleiben, konstatiert Scheidegger, weil es «über Eigenschaften verfügt, die anderen Zahlungsmitteln nicht zukommen».

Im Bericht «Schweiz 2035» geht es neben Geld und Digitalisierung auch um Arbeit, Einkommen, Verkehr oder Gentechnik. Vierzig Thinktanks liefern die unterschiedlichsten Antworten. Der Bundesrat nimmt dazu selber nicht Stellung, will den Bericht aber in die nächste Legislaturplanung einfließen lassen. SUSAN BOOS

www.tinyurl.com/ch2035xxx

RUEDI WIDMER

Unten links





Hat er den Schuss nicht gehört? Aussenminister Ignazio Cassis macht im Rahmen des Weltwirtschaftsforums Werbung für die Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine.

FOTO: LAURENT GILLIÉRON, KEYSTONE

UKRAINE-KONFERENZ

Der knausrige Gastgeber

Anfang Juli findet in Lugano die erste Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine statt. Dabei möchte FDP-Aussenminister Ignazio Cassis noch nicht über die Finanzierung sprechen. Warum bloss?

ANNA JIKHAREVA UND RENATO BECK

Ein energischer Macher, bestens vernetzt, auf dem internationalen Parkett zu Hause: So sieht sich Ignazio Cassis selbst am liebsten. Bald bekommt der FDP-Bundesrat die Gelegenheit, sich auch der Weltöffentlichkeit entsprechend zu präsentieren. Anfang Juli findet in Lugano die Ukraine-Reformkonferenz statt, die seit 2017 jedes Jahr in einer anderen europäischen Stadt zu Gast ist. Ganz im Zeichen des Wiederaufbaus stehend, wurde sie kurzerhand in «Ukraine Recovery Conference» umbenannt.

Es ist die erste internationale Konferenz zur Ukraine seit Beginn des russischen Angriffskriegs. Alle Augen werden auf den Heimatkanton des Aussenministers gerichtet sein. Am Weltwirtschaftsforum (Wef) in Davos hat Cassis schon einmal kräftig für die Konferenz gewiebelt: am Abendessen mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, beim gemeinsamen Auftritt mit dem ukrainischen Aussenminister Dmytro Kuleba. «Kooperative Neutralität» nennt Cassis seinen neuen Ansatz. Nach einigen Verstimmungen, weil die Schweiz die internationalen Sanktionen gegen Russland bloss zögerlich übernahm, wird fast die ganze Welt zu Gast bei Schweizer Freund:innen sein.

Partnerin fürs internationale Kapital

41 Staaten sowie 19 internationale Organisationen – vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank bis zu Uno und Nato – haben eine Einladung erhalten, um in Lugano über die Zukunft der kriegsversehrten Ukraine zu beraten. Auf Nachfrage erklärt das Aussendepartement (EDA), auch Repräsentant:innen der ukrainischen Zivilgesellschaft nach Lugano einladen zu wollen. Eine Forderung, die zuletzt eine Plattform von rund neunzig Schweizer NGOs gestellt hatte.

Als «Kick-off» bezeichnete Cassis am Montag im SRF den anstehenden Event. Es werde dabei «nicht um Geld» gehen; stattdessen wolle man den Prozess für den Wiederaufbau aufgleisen, die Prinzipien dieses Prozesses festlegen und die Reformen bestimmen, die mit dem Wiederaufbau einhergehen müssten. Auch solle die Konferenz dazu dienen, die involvierten Akteure festzulegen: «Wer darf neben der Ukraine am Tisch sitzen?», fragte sich Cassis.

Dass es bei der Konferenz dennoch um Geld geht, zeigt allerdings allein schon deren Geschichte: Gedacht war das Treffen, um der Ukraine die Gelegenheit zu geben, «ihren Fortschritt zu präsentieren». Die «internationalen Partner» wiederum können «ihre Unterstützung ausdrücken». Zusammen sollen die «Stakeholder untersuchen, welche nächsten Schritte im Reformprozess» nötig seien, heisst es in der Präsentation auf der Website.

Mit anderen Worten: Standortmarketing für die Ukraine, die in den letzten Jahren im Turbogang eine neoliberale Reform nach der anderen umgesetzt hat, um sich als zuverlässige Partnerin für das internationale Kapital zu präsentieren. Dieses durfte sich derweil neue Felder erschliessen und sich davon überzeugen, dass der osteuropäische Staat ein guter Ort für Investitionen ist.

Die Schweiz am Rand

Entsprechend wird es auch in Lugano um sehr viel Geld gehen, diesmal für den Wiederaufbau. Doch erst müsse man festlegen, wie viel überhaupt benötigt werde, so Cassis. Die ukrainische Regierung schätzte die Kosten Anfang Mai auf rund 600 Milliarden US-Dollar, manche rechnen gar mit bis zu einer Billion. Am Wef wiederum sprach Präsident Wolodimir Selenski von 5 Milliarden pro Monat.

Inzwischen dürften die Kosten bereits höher liegen – denn der Krieg geht unerbittlich weiter, bringt nicht nur unermessliches Leid über die Bevölkerung, sondern treibt auch die Zerstörung von Wohnhäusern, der Infrastruktur und von Agrarflächen voran. Ein Ende ist zurzeit nicht in Sicht. Hinzu kommt, dass die hochverschuldete Ukraine ihre Zahlungen an internationale Kreditgeber wie den IWF weiter begleichen muss. Und die Schuldenlast wird weiter steigen, sollte die Ukraine die Aufbaugelder in Form von Krediten erhalten. Deshalb fordern führende Ökonom:innen, darunter die Genfer Professorin Beatrice Weder di Mauro, in einer kürzlich publizierten Studie, auf Kredite zu verzichten und stattdessen Beihilfen ohne Rückzahlungspflicht zu leisten.

Gemessen am BIP haben bisher nur Malta und Zypern weniger Unterstützung geleistet.

Doch besonders die EU, die beim Wiederaufbau eine führende Rolle für sich beansprucht, pocht bislang auf Rückzahlung. Sie will bis zu 9 Milliarden Euro in Form von niedrigverzinsten Krediten zahlen, damit die Ukraine ihre laufenden Ausgaben decken kann. Die G7-Staaten hingegen haben Hilfen von insgesamt 19,8 Milliarden Euro zugesichert, einen Grossteil davon bilden Zuschüsse, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Immer wieder ist in Anlehnung an den Wiederaufbauplan nach dem Zweiten Weltkrieg von einem «neuen Marshallplan» die Rede.

Und die Schweiz? Dass Aussenminister Cassis die Geldfrage stets zur Seite schiebt, passt zur Politik des Bundesrats. Die finanzielle Unterstützung der Ukraine fällt bislang bescheiden aus. 30,5 Millionen Franken hat die Schweiz «als Reaktion auf die Krise in der Ukraine» ausbezahlt, 5 davon gingen nach Moldawien. Das im März gross angekündigte Hilfspaket über 80 Millionen muss das Parlament erst noch genehmigen.

Während andere Staaten Milliarden sprechen, steht die Schweiz am Rand. Deutlich macht das der europäische Vergleich. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft hat die Hilfszahlungen von über dreissig Ländern zusammengetragen. Der für die Schweiz peinliche Befund: Gemessen am Bruttoinlandsprodukt haben bisher nur Malta und Zypern weniger Unterstützung geleistet. Auch die Konferenz im Tessin dürfte keinen Kurswechsel bringen. Vorgesehen ist, dass die Teilnehmerländer dort erste finanzielle Versprechen machen, Conférencier Cassis dürfte sich allerdings knausrig zeigen. Es werde sich «voraussichtlich eher um einen symbolischen Beitrag handeln», schreibt das EDA im Hinblick auf Schweizer Zusagen.

Solange unklar ist, wie sich die ukrainische Regierung den Wiederaufbau des Landes vorstellt, ist die Zurückhaltung begründbar. Man werde in Lugano einen ersten Entwurf präsentieren, sagte Premierminister Denys Schmyhal bei der gemeinsamen Pressekonferenz mit Ignazio Cassis in Davos. Selenski schwebt indes ein System von Patenschaften vor: Einzelne Staaten, Gemeinden und Unternehmen sollen sich Projekte oder

Regionen in der Ukraine aussuchen, deren Aufbau sie dann finanzieren. Gestartet ist bereits die Crowdfundingkampagne «United24» für den Wiederaufbau, mit der Selenski bisher rund 43,7 Millionen US-Dollar gesammelt hat, das meiste davon fürs Militär.

Das Geld zurückholen

Witali Dudin hegt indes keine grossen Hoffnungen bezüglich der Ukraine-Konferenz. «Unsere Regierung wird wenig Überraschendes vorschlagen: Vorteile für Unternehmen, Steuererleichterungen, weitere ähnlich populistische Dinge», sagt der Vorsitzende der linken Organisation Sozialnyi Ruch im Videocall aus Kyjiw. «Noch mehr Deregulierung, dem Kapital alle Türen öffnen und alle Barrieren beseitigen – so stellt sich unsere Regierung den Wiederaufbau vor.» Um den Aufbauplan der Regierung demokratisch zu legitimieren, brauche es aber zuerst einen Dialog mit der Bevölkerung, bevor man die Welt um Geld bitte.

Dass freie Fahrt fürs Kapital tatsächlich in etwa dem Motto der Regierung Selenski entspricht, bewies Digitalminister Michailo Fedorow am Wef, als er das Bild von der zukünftigen Ukraine als «Silicon Valley Europas» zeichnete. Stattdessen brauche es Überlegungen zu Nachhaltigkeit und sozialer Verträglichkeit, sagt der studierte Arbeitsrechtler Dudin. «Man kann die Häuser und die Städte schon wieder aufbauen, aber es bringt nichts, wenn sich die Leute die Wohnungen darin nicht leisten können, weil sie keinen Job haben.» Entsprechend solle die internationale Gemeinschaft ihre Hilfszusagen an soziale Reformen in der Ukraine knüpfen.

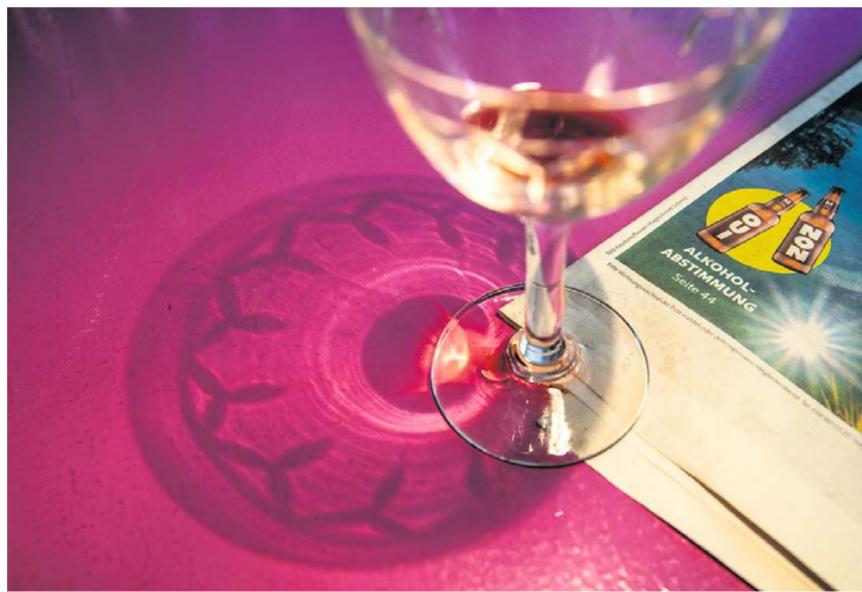
Fragt man den Aktivisten von Sozialnyi Ruch, woher das Geld für den Wiederaufbau kommen soll, fallen ihm gleich mehrere Punkte ein: Er plädiert dafür, der Ukraine die Auslandsschulden zu erlassen, fordert ein gerechteres Steuersystem und die Konfiszierung russischer Oligarchengelder, wie es auch der SP und vielen EU-Vertreter:innen vorschwebt. Dudin sieht aber auch einen weiteren Hebel: «In Lugano sollte die Ukraine nicht bloss darüber reden, was sie von internationalen Geldgebern bekommt, sondern auch, wie sie das Geld ukrainischer Oligarchen, das auf Schweizer Konten liegt, zurückholen kann.»

BIERIDEE

Der orange Schwips

Die mediale Aufmerksamkeit, die die Migros mit ihrer Abstimmung über die «Alkoholfrage» entfacht, ist gross. Damit überblendet sie die eigene Ideenlosigkeit.

VON ADRIAN RIKLIN (TEXT) UND URSULA HÄNE (FOTO)



Darf es noch etwas C₂H₆O sein? Die Migros bauscht die Alkoholfrage zur PR-Show auf.

Ginge es mit dem Thema Alkohol nicht auch um ein ernsthaftes gesellschaftliches Problem, könnte man sich lustig machen über diese Urabstimmung unter 2,3 Millionen Genossenschafter:innen, mit der sich der Migros-Konzern zu einem Staat im Staat aufspielt. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die Inszenierung am vergangenen Freitag, als die Frage, ob die Volksdroge Nummer eins bald auch in M-Filialen verkauft werden dürfe, in der ansonsten für realeidgenössische Debatten reservierten SRF-«Arena» ausgebreitet wurde.

Nun ist es ja nicht so, dass die Migros ihr Alkoholverkaufsverbot nicht längst gelockert hätte. Seit der Übernahme der (wieder verkauften) Globus-Kette (1997) und dem Kauf der Denner-Läden (2007) mischt sie im Alkoholgeschäft mit. 2009, mit der Gründung der Tochtergesellschaft Migrolino, kamen Kleinschops an Tankstellen und Bahnhöfen hinzu, die wie Denner zudem auch Tabakwaren anbieten. Und seit Ende Januar 2021, rechtzeitig zum Lockdown, kann man sich das Rauschmittel über den Migrolino-Onlineshop auch nach Hause liefern lassen. Nicht zu vergessen: die Naturweine in den Alnatura-Läden.

Wie auch immer: Bis zum kommenden Samstag läuft zum zweiten Mal nach 1948 eine Urabstimmung in den zehn Regionen des Migros-Genossenschaftsbunds, nachdem die regionalen Genossenschaftsräte einem entsprechenden Antrag von fünf Migros-

Delegierten zugestimmt haben. Für eine Aufhebung des Verbots bräuchte es eine Mehrheit von jeweils mindestens zwei Dritteln.

Legendenerzählung inklusive

«Oui» oder «Non»? Mit diesem Slogan bewirbt der Konzern nicht nur die Abstimmung, sondern gleich auch die je nach Resultat alkoholhaltige oder -freie eigene Biermarke – inklusive Legendenerzählung rund um die Konzerngeschichte. Und auch ein bisschen Demokratiekritik wird simuliert, wenn in einem Werbespot ein Mann vor der Kasse fragt: «Warum dürfen eigentlich nicht alle darüber abstimmen; es geht doch alle etwas an?» – und die Kassiererin antwortet: «Es dürfen ja auch alle – sie müssen einfach alle Genossenschafter:innen werden.»

So einfach ist es in der M-Demokratie, wobei der Medienkonzern Tamedia brav mitspielt und im April eine Umfrage machte: 27 Prozent der Genossenschafter:innen wären demnach klar für den Alkoholverkauf und 46 Prozent klar dagegen – wobei es, da jede M-Region für sich entscheidet, zu Regionen mit und solchen ohne Alkohol kommen könnte.

Befürworter:innen aus der höheren Konzernetage argumentieren, dass Alkohol heute «meist vernünftig als Genussmittel» konsumiert werde – «anders als vor hundert Jahren, als es noch keine Sozialversicherungen gab».

Auch wittern sie bei einem Festhalten am Verbot ein Glaubwürdigkeitsproblem, da ja über Denner und andere Kanäle bereits Alkohol verkauft werde. Zum Schluss verweisen sie auch noch ein bisschen auf den Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Detailhändlern.

Gegner:innen wie die «Gruppe für M-Werte» um den ehemaligen Migros-CEO Herbert Bolliger oder das Blaue Kreuz argumentieren derweil mit den schätzungsweise etwa 250 000 alkoholkranken Menschen in der Schweiz. Gerade für «trockene Alkoholiker», die in der Migros einkauften, wäre ein solcher Paradigmenwechsel gefährlich, betonen Suchtexpert:innen. Andere warnen vor einem Verlust des Alleinstellungsmerkmals und der «Missachtung des Willens ihres Gründers».

Die Parallele zu damals

Doch waren es tatsächlich von Anfang an die «Förderung der Volksgesundheit» und der Kampf gegen «das allmächtige Alkoholkapital», die den Migros-Gründer Gottlieb Duttweiler 1928 zur Einführung des Verbots bewogen? Oder spielte nicht schon damals mindestens so sehr auch ein Marketinggedanke mit? Mit dem Kauf der Mostfabrik Alkoholfreie Weine AG in Meilen ZH jedenfalls forcierte Duttweiler die Produktion von Süssmost, senkte dessen Preis so tief, dass er noch günstiger als der damalige Billigschnaps war –

und machte den Most damit zu einem Volksgetränk. Könnte es sein, dass zuerst die Geschäftsidee war – und erst danach die soziale?

Ende der 1920er Jahre, angesichts der «verheerenden Schnapsgewohnheiten» (Duttweiler) vor allem unter Fabrikarbeitern, hatte der Entscheid eine sozialpolitische Relevanz. Und heute? Eine Parallele gibt es: Die ersten Jahre nach der Gründung im Jahr 1925 stand die Migros in einem unerbittlichen Wettbewerb. Bald schon aber schwang sie sich zur Marktführerin auf – bis 2011 Coop erstmals mehr Umsatz erzielte, nachdem zuvor schon die deutschen Konzerne Aldi (seit 2005) und Lidl (seit 2009) den Schweizer Markt neu aufgemischt hatten.

Doch anders als vor hundert Jahren scheidet die Migros bislang keine fulminante Idee zu haben, die aus einem Mangel ein Alleinstellungsmerkmal und daraus einen Wettbewerbsvorteil zaubern könnte. Wenn also schon die ständige Bezugnahme auf Begriffe wie «soziales Kapital», «Nachhaltigkeit», «gesellschaftliche Verantwortung»: Was hiesse das aus gesamtgesellschaftlicher Sicht – für einen Konzern notabene, der inzwischen in fast allen Lebensbereichen wirkt (von der Immobilienwirtschaft über den Tourismus bis zum Bankenwesen)? Wo schlummert in Zukunft dieses «soziale Kapital»? Sozialer Wohnungsbau? Suchtprävention? In drei Jahren feiert der «Riese» sein erstes volles Jahrhundert.

EXZELLENZSTIPENDIEN

Geschenke für reiche Studenten

Die Universität Zürich vergibt neu hoch dotierte Stipendien an Student:innen, die sie als exzellent einschätzt. Recherchen der WOZ zeigen nun, wer das Geld erhält: Es sind vor allem Männer ohne finanzielle Sorgen.

VON RENATO BECK

Die Universität Zürich hat, wie es sich gehört, einen «Verhaltenskodex Gender Policy» aufgestellt. Darin betont die mit 25 000 Student:innen grösste Universität der Schweiz, wie wichtig ihr die Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen sei. Ein Satz lautet: «Der gezielten Förderung des weiblichen akademischen Nachwuchses wird besondere Beachtung geschenkt.» Ein wichtiger Vorsatz – aber kommt ihm die Uni auch nach?

Anfang Jahr hatte die Universität Zürich (UZH) ein neues Förderprogramm ausgerufen. Zwanzig Bachelorabsolvent:innen, die «ausgezeichnete Leistungen» erzielt haben, sollen pro Semester im Masterstudium 10 000 Franken erhalten. Eine konkrete Gegenleistung erwartet die Uni nicht. Die ersten zehn Gewinner:innen hat die UZH nun ausgewählt, öffentlich bekannt geben wird sie die Kür in Kürze. Doch die Details dazu liegen der WOZ bereits vor. Gewonnen haben: sieben Männer und drei Frauen. Gezielte Förderung des akademischen weiblichen Nachwuchses? Fehlanzeige.

Wenige Bewerberinnen

Der Universität ist zumindest unmittelbar kein Vorwurf zu machen. Denn die Gewinner:innen wurden per Losverfahren ermittelt. Tatsächlich entspricht die Geschlechterverteilung jener der eingegangenen Bewerbungen. Von den 38 zugelassenen Bewerbungsdossiers kamen nur 13 von Frauen. Von der tiermedizinischen Fakultät bewarb sich gar keine Frau –

obwohl Frauen dort 83 Prozent aller Studierenden stellen. Auch angehende Ökonominen wollten vom Exzellenzstipendium nichts wissen. Bewerbungsquote: null Prozent. «Ein wichtiger Grund für den geringeren Anteil an Stipendiatinnen liegt in der Zurückhaltung der Frauen, sich zu bewerben», hält die UZH auf Anfrage fest.

Doch worauf ist das fehlende Interesse der Frauen zurückzuführen? Bei der Uni hat man keine Antwort darauf. Eine könnte man bei den Zulassungsbedingungen für das Stipendium finden: Teilnahmeberechtigt waren die zehn Prozent besten Student:innen. Bei den Wirtschaftswissenschaften bedeutet das einen Notendurchschnitt von 5,4, in der Veterinärmedizin reicht eine 5. Wie hoch der Frauenanteil bei den Notenbesten jeder Fakultät ist, kann die UZH nicht beantworten. Dem Vernehmen nach soll er teilweise ähnlich tief sein wie bei den Stipendiaten. Das würde auf ein tiefer liegendes strukturelles Problem der Universität Zürich hindeuten: Warum erhalten Männer bessere Noten?

Karriere im Fokus

Sascha Deboni, Studierendenvertreter in der Begleitgruppe des Exzellenzstipendiums, glaubt, die Ausgestaltung des Stipendiums

sei wesentlicher Teil des Problems. «Schon das Wording ist nicht gut. Der Begriff «Exzellenz» spricht nur Leute an, die karriereorientiert sind. Das scheinen vor allem Männer zu sein.» Dass sich je Fakultät nur die besten zehn Prozent bewerben könnten, schliesse Studierende aus, deren «Exzellenz» sich nicht nur in Noten ausdrücke. Deboni empfiehlt eine Lockerung der Zulassungsbedingungen auf zwanzig bis dreissig Prozent der Jahrgangsbesten und eine Namensänderung in «Förderstipendium».

Doch die Universität Zürich tut mit ihrem neusten Programm nur, was die ETH oder die HSG in St. Gallen schon lange tun: Sie buhlt um die besten Masterstudent:innen. Ob Geld bei der Wahl der Universität wirklich einen Anreiz darstellt, ist allerdings zweifelhaft. Eine Auswertung der Bewerbungsdossiers für das UZH-Stipendium zeigt, dass nur die wenigsten das Geld wirklich nötig haben. Nur 5 der 38 Bewerber:innen machten geltend, sie könnten sich ihr Studium nur dank eines Nebenjobs leisten. Und gar nur 2 gaben an, das Stipendium ermögliche es ihnen, sich aufs Studium zu konzentrieren und weniger zu arbeiten. Ein Bewerber gibt an, mit dem Geld könne er endlich vom Elternhaus an der Goldküste in die Stadt umziehen und erspare sich so das Pendeln. Die überwiegende Zahl der Kandidat:innen hat

entweder gar keine festen Nebenjobs oder nur solche, die nicht über ein Minipensum an der Uni selber hinausgehen.

Soziale Ebene irrelevant

Für die UZH ist die soziale Ebene irrelevant. Geschichtsstudent Sascha Deboni sagt, er habe in der Begleitgruppe vergeblich versucht, die Zulassungskriterien um die Frage nach dem finanziellen Bedarf zu erweitern. Die UZH verweist auf die «sozialen Stipendien», die die Uni an bedürftige Student:innen vergibt.

Jedoch würde das Exzellenzstipendium den richtigen Anlass bieten, um über den Zusammenhang von sozialer Herkunft und guten Noten nachzudenken. Wer nicht arbeiten muss, um Lebensunterhalt und Studium zu bestreiten, hat mehr Zeit zum Lernen. Wer dagegen nicht unterstützt wird, steht unter Druck, das eigene Pensum mit Studium und Arbeit von Semester zu Semester zu überladen.

Die Universität Zürich zeigt sich immerhin dafür offen, das Verfahren für die Exzellenzstipendien zu überdenken. Man hole gerade Feedback ein, dann gebe es eine Diskussion, wie «der Prozess für die kommenden Runden angepasst werden wird». Für Deboni und die linke Student:innenorganisation Kritische Politik (kriPo) würde die beste Anpassung in der Abschaffung der Exzellenzstipendien liegen: «Einige wenige, die es gar nicht nötig haben, erhalten sehr viel Geld, das finanziell Schwachen zugutekommen könnte.»

ROHSTOFFE

Glencore unter Druck

Der im Kanton Zug domizilierte Rohstoffmulti Glencore muss wegen Korruption in den USA eine Milliardenbusse bezahlen. Der grösste Imageschaden droht dem Unternehmen aber wegen der Förderung von Putins Kriegsmaschinerie.

VON JOSEF LANG



Naturzerstörung und Lohndrückerei: Die Glencore gehörende Volcan-Mine bei Cerro de Pasco, Peru. FOTO: JONATHAN CHANCASANA, ALAMY

Vor ein paar Jahren hat der Zuger Nationalrat Gerhard Pfister festgestellt, dass das «Erfolgsmodell Zug» einen Preis hat: «Wir werden immer die bad guys sein.» Das Beispiel, das er im Jahr 2013 vor dem Lions Club Zug-Kolin brachte, war ein «Öltanker», der irgendwo «in der Welt absäuft und dessen Firma Sitz in Zug hat». Die grösste Zuger Firma, Glencore, bestätigt Pfisters Aussage auf eindrückliche Art und Weise: Letztes Jahr konnte sie ihren Gewinn auf 14,5 Milliarden Dollar verdreifachen, dank Putins Krieg kann sie die Preise für ihre Rohstoffe noch mehr erhöhen. Gleichzeitig ist ihr Ruf schlechter denn je.

Wie letzte Woche bekannt wurde, muss Glencore wegen ihrer Korruption in Afrika in den USA eine Busse von 1,1 Milliarden Dollar bezahlen. Noch diesen Monat dürfte eine weitere Busse in Grossbritannien verhängt werden. Sogar die Schweizer Bundesanwaltschaft hat vor zwei Jahren eine Untersuchung im Zusammenhang mit möglichen Schmiergeldzahlungen im Kongo eröffnet. Die Beteuerung der Firma, Glencore sei «heute nicht mehr das Unternehmen, das es war, als die inakzeptablen Praktiken hinter diesem Fehlverhalten auftraten», wirkt nicht gerade überzeugend. Als 1994 der schwer angeschlagene Name Marc Rich + Co AG durch Glencore ersetzt wurde, hatte es ähnlich getönt. Das Einzige, was kaum mehr passieren dürfte, ist die Auszahlung von Bestechungsgeldern über einen Bargeldschalter in der Baarer Zentrale selber.

Am 21. Mai gingen die Wahlen in Australien, wo das Unternehmen auch «König Kohle» spielte, mit dem Sieg von Labor unerfreulich aus. Da zwei der Hauptthemen die Kohle und das Klima waren, ist das über den kleinsten Kontinent hinaus ein schlechtes Omen für das Dealen mit der Kohle. Nicht was das Geschäft, aber was das Renommee betrifft. Das musste die Firma auch in der Schweiz erleben, wo Glencore Passagier:innen des öffentlichen Verkehrs mit dem Selbstlob begrüsst hatte: «Sie helfen Emissionen zu reduzieren. Wir auch.» Die Plakate machten erst recht auf die frühere Funktion des neuen Glencore-Bosses Gary Nagle aufmerksam: Kohlechef bei Glencore. Auch sein Vorgänger Ivan Glasenberg ist dank seiner Fähigkeit, südafrikanische Kohle trotz Boykott zu vermarkten, von Marc Rich 1990 nach Zug geholt worden.

In heftigen Arbeitskämpfen verwickelt

In Lateinamerika gibt es in mehreren Ländern ökologische, soziale und kulturelle Konflikte mit Glencore. So leitete der Konzern in seinem

riesigen Kohlengbiet Cerrejón einen Fluss um. Die Betroffenen gingen dagegen bis vor das Verfassungsgericht, das ihnen recht gab. Statt den Fluss zurückzuleiten, hat der Rohstoffgigant den Staat Kolumbien verklagt. Dessen Entscheid verletzte das Investitionsschutzabkommen zwischen der Schweiz und Kolumbien. Darüber befindet ein privates Schiedsgericht, das nicht aus Richter:innen, sondern aus gut bezahlten Anwäl:innen besteht. 2019 musste Kolumbien in einem anderen Fall 19 Millionen US-Dollar an den Rohstoffmulti bezahlen.

In der im peruanischen Hochland gelegenen Silber-, Zink-, Kupfer- und Kobaltmine Volcan, die Glencore gehört, gibt es einen heftigen Arbeitskämpf. Die Bergarbeiter kämpfen gegen Lohndrückerei, für die Einhaltung des Gesamtarbeitsvertrags und die gewerkschaftliche Organisation der Leiharbeiter. Sowohl in Kolumbien als auch in den Anden steht Glencore in Konflikt mit Indigenen.

Glencores Russlandgeschäfte

Der grösste Imageschaden aber droht Glencore wegen seiner Rolle bei der Aufrüstung Wladimir Putins und bei der Fütterung von dessen Krieg. Die starke Präsenz der Marc Rich + Co AG in der Sowjetunion erlaubte es dem Multi, von deren Zerfall besonders zu profitieren. Der Zuger Konzern wurde in den frühen neunziger Jahren zum mächtigsten Rohstoffhändler in Russland. Glencore, dessen erster Boss Willy Strothotte den Spitznamen «Eastman» trug, stützte sich stark auf die neue Schicht der Oligarchen. Besonders eng war und ist die Zusammenarbeit mit Oligarchen im Aluminiumbereich wie Viktor Vekselberg. Glencore ist mit elf Prozent an der russischen En+ Gruppe beteiligt; diese kontrolliert den weltweit zweitgrössten Aluminiumhersteller Rusal. Weiter besitzt Glencore Teile des grössten russischen Minenkonzerns Norilsk Nickel, der dem moskautreuen Oligarchen Wladimir Potanin gehört. Dessen Tochterfirma Metal Trade Overseas befindet sich seit 2002 im Zuger Neustadtcenter. Als die Zuger Alternativen am 3. März den Putin-Rohstoff-Rundgang durchführten, wurden die Angestellten des Putin-Freundes frühzeitig nach Hause geschickt.

Das brisanteste Geschäft, das Glencore für Putin tätigte, war die Beschaffung von elf Milliarden Dollar zum Kauf von Aktien der

staatlichen Ölgesellschaft Rosneft Ende 2016. Es war Ivan Glasenberg gelungen, den Staatsfonds von Katar und eine italienische Bank dafür zu gewinnen. Putin brauchte das Geld dringend für die Rettung der Staatskasse. Die NZZ schrieb im Dezember 2016 unter dem Titel «Der Überraschungscoup von Glencore»: «Die Transaktion war nur möglich, weil der gebürtige Südafrikaner Glasenberg seit Jahren

2017 verlieh Putin dem CEO den Freundschaftspreis der Russischen Föderation.

enge Bande zu den Machthabern in Russland unterhält.» Putin bedankte sich im April 2017 bei Glencore, indem er Glasenberg den Freundschaftspreis der Russischen Föderation verlieh.

Festhalten an Rosneft

Wie hoch der Anteil von Glencore bei der Alimentierung von Putins Kriegskasse über all die Jahre ist, lässt sich schwer berechnen. Aber er dürfte noch grösser sein als die Geldsummen, die Putin aus den staatsnahen Zuger Gesellschaften wie Gazprom, Nord Stream, Sber Trading Swiss AG oder VTB Capital Trading bezog. Da der Handel mit russischen Rohstoffen weitergeht, trägt Glencore zur täglichen Fütterung von Putins Kriegsmaschine bei. Gemäss den Berechnungen von Public Eye auf Basis der automatisierten Schiffsverfolgung von Greenpeace verliessen in den ersten vier Kriegswochen 326 Tanker russische Häfen. Darunter waren auch von Glencore gecharterte Tanker, die mit russischem Gasöl, Diesel oder Naphtha beladen waren. Nachdem Glencore im März angekündigt hatte, seine Beteiligungen an En+ und Rosneft zu überprüfen, gab es im April bekannt, an diesen festzuhalten.

Übrigens wurde Putin vor zwanzig Jahren im gleichen Casinosaal, in dem Glencore seine Generalversammlungen abzuhalten pflegt, in Abwesenheit mit einem Friedenspreis geehrt. Verliehen wurde er von einer dubiosen Nuklearfirma, die einem mit dem Staatspräsidenten verbundenen Geschäftsmann gehörte. Einen Monat nach der Zuger Putin-Gala vom 12. Oktober 2002 brach an der galizischen Küste ein Tanker auseinander, was zu einer verheerenden Ölpest führte. Er war von einer Zuger Firma gechartert worden, die der russischen Alfa-Gruppe gehörte. Der Name des Schrotttankers lautete «Prestige», der Ort, wo er absoff, Finisterra.

Altnationalrat und Historiker Josef Lang verfolgt seit den siebziger Jahren die Entwicklung der Zuger Rohstoffkonzerne.

ZOLLGESETZREVISION

Rüffel für Bock und Maurer

Bundesrat Ueli Maurer und Oberzolldirektor Christian Bock treiben eine umfassende, aber politisch und in Teilen der Belegschaft höchst umstrittene Reform der Eidgenössischen Zollverwaltung (EVZ) voran (siehe WOZ Nr. 3/21). Der Kreis der Kritiker:innen hat sich erweitert: Anfang dieser Woche rügte auch die Geschäftsprüfungskommission des Ständerats diese Vorgehensweise. Die EVZ und Maurers Finanzdepartement hätten bereits Entscheide gefällt, schreibt die GPK in einer Medienmitteilung. Diese seien politisch fragwürdig, weil sie der Zollgesetzrevision vorgriffen. Heisst: Die Reformschritte sind demokratisch nicht abgesichert. Die Botschaft zuhänden des Bundesrats und des Parlaments ist noch nicht spruchreif. Sollte also das Parlament die Zollgesetzrevision abändern, hätte das auch für die bereits vorgenommenen Reformen bei Zoll und Grenzsicherheit Folgen: Sie müssten womöglich wieder rückgängig gemacht werden.

Die Zollgewerkschaft Garanto kritisiert seit langem, dass das Personal nicht einbezogen werde. Im Kern geht es vor allem um die generelle Bewaffnung des Personals und neue polizeiliche Möglichkeiten für die Behörde. Unterstützung erhält Garanto diesbezüglich von der GPK. Diese stellt fest: «Die Begleitmassnahmen im Personalbereich hätten nach Ansicht der Kommission besser auf die Reorganisationsmassnahmen abgestimmt werden müssen.» Es gibt aber auch seit langem Kritik seitens der Kantone. Denn die Reformen zielten bislang darauf ab, aus der neuen Zollbehörde eine Art Bundespolizei zu schaffen, die schweizweit mit weitgehenden Kompetenzen ausgestattet werden soll. Dies würde die polizeiliche Hoheit der Kantone tangieren.

Der ehemalige Polizeikommandant und Verfassungsrechtler Markus Mohler kritisierte vor einem Jahr gegenüber der WOZ den ersten Gesetzesentwurf als «handwerklich miserabel konzipiert» und verfassungsrechtlich fragwürdig. Mit zahlreichen Generalklauseln schanze sich die Zollbehörde darin unklar definierte polizeiliche Zwangsmittel zu. Gemäss Informationen der WOZ hat das Bundesamt für Justiz mittlerweile korrigierend eingegriffen. Wie die Botschaft aussieht, die der Bundesrat dem Parlament vorlegt, wird die Öffentlichkeit wahrscheinlich im Herbst erfahren. **FA**

SOZIALHILFE FÜR GEFLÜCHTETE

Zürich soll vorwärtsmachen

Als die ersten Gastfamilien Ukrainer:innen aufnahmen, staunten sie nicht schlecht über die tiefen Ansätze der Sozialhilfe, die Geflüchtete in der Schweiz erhalten. Sowohl Schutzsuchenden mit Status S wie auch vorläufig Aufgenommenen mit Status F steht nur eine reduzierte Sozialhilfe zu, die gemäss Bundesvorgaben unter dem Existenzminimum liegen muss. Wie Vergleiche in den Medien zeigen, unterbieten sich die Kantone in den Ansätzen: Schlusslichter sind der Aargau und Appenzell Innerrhoden, die nur wenige Franken pro Tag auszahlen. Ist in einem Kanton kein einheitlicher Satz festgelegt, kann dieser auch zwischen den Gemeinden variieren. Dies ist beispielsweise im Kanton Zürich der Fall. Auf Bundesebene gibt es nun Bestrebungen, die Bedingungen für Personen mit Status S und F grundsätzlich zu verbessern (siehe WOZ Nr. 21/22).

Weil die Kantone und die Gemeinden für die Sozialhilfe zuständig sind, ist auch dort eine Erhöhung der Ansätze möglich. Bewegung gibt es nun im Kanton Zürich: Diese Woche wurde im Kantonsrat eine breit abgestützte parlamentarische Initiative von Vertreter:innen von SP, Grünen, AL, EVP sowie der Mitte-Partei eingereicht. Abseits steht die kantonale GLP, obwohl die Grünliberalen auf nationaler Ebene Verbesserungen fordern. «Die Gemeinde-Lotterie in der Unterstützung von vorläufig Aufgenommenen und Schutzbedürftigen ist stossend», heisst es in der Begründung des Vorstosses. Die Ansätze variierten zwischen dreissig und siebzig Prozent des monatlichen Grundbedarfs der ordentlichen Sozialhilfe von 1000 Franken. Dies schränkte die Teilnahmemöglichkeit von Geflüchteten stark ein. Die Initiative fordert nun eine kantonale Harmonisierung und einen einheitlichen Satz von achtzig Prozent des Grundbedarfs.

Sibylle Marti, Kantonsrätin der SP, ist zuversichtlich, dass der Vorstoss eine Chance hat: «Dank der Unterstützung aus der Mitte muss er in der vorberatenden Kommission behandelt werden.» Viel zu verlieren gebe es sowieso nicht: «Schlechter als der heutige Zustand kann es kaum werden.» **KS**

Inserate

Die WOZ ist die grösste linke Wochenzeitung in der Schweiz. Der Betrieb ist genossenschaftlich organisiert. Per sofort oder nach Vereinbarung suchen wir eine:n

Redaktor:in International (80%)

Als Mitglied des Ressorts Politik der WOZ setzen Sie Themen, recherchieren und schreiben eigene Artikel. Sie sind für die redaktionelle Produktion mitverantwortlich, redigieren Artikel von Kolleg:innen und betreuen unsere Korrespondent:innen. Sie engagieren sich zudem für die Weiterentwicklung eines selbstverwalteten Zeitungsprojekts.

Sie verfügen über ausgewiesene Redaktionserfahrung. Ihr Interesse gilt dem aktuellen Weltgeschehen, und Sie können politische und wirtschaftliche Entwicklungen einordnen. Mit Ihrem Wissen gestalten Sie die internationale Berichterstattung unserer Zeitung mit.

Wir bieten einen interessanten Arbeitsplatz in einem unabhängigen Medienbetrieb. Mit der Anstellung werden Sie Mitglied der Genossenschaft Infolink. Das Monatsgehalt entspricht dem WOZ-üblichen Einheitslohn von 6000 Franken brutto bei 100 Stellenprozenten. Arbeitsort ist Zürich. Präsenz vor Ort wird vorausgesetzt.

Aus Gründen der Teamzusammensetzung werden bei gleicher Qualifikation Frauen und Personen mit Migrationsgeschichte bevorzugt.

Ihre elektronische Bewerbung (Motivationsschreiben, Lebenslauf, drei Textproben) senden Sie bitte bis am 3. Juli 2022 per E-Mail an Iris Schär, ischaer@woz.ch.

Für weitere Fragen steht Ihnen Iris Schär, Telefon 044 448 14 83, gerne zur Verfügung.



#НетВойне
#GegenDenKrieg

Spendenauf Ruf – in Solidarität mit den anarchistischen, antiautoritären und (queer)feministischen Aktivist:innen in der Ukraine, in Belarus und in Russland

CH42 0839 0035 1389 1000 2
Infoladen Magazin
Inselstrasse 79
4057 Basel
Betreff: Gegen den Krieg

Mehr Infos unter
magazin.noblogs.org

Äthiopien braucht kein Mitleid.
Sondern Ihre Unterstützung.

Jetzt spenden:
Postkonto 90-700 000-4

Stiftung Menschen für Menschen
Stockerstrasse 10 | 8002 Zürich
Tel. 043 499 10 60 | info@mfm-schweiz.ch
www.menschenfuermenschen.ch

Menschen für Menschen
Karlheinz Böhm's Äthiopienhilfe
Switzerland

Geben Sie Opfern eine Stimme!
Unterstützen Sie die FIZ im Kampf gegen Frauenhandel. Danke für Ihre Spende!

Spendenkonto:
80-38029-6
www.fiz-info.ch

FIZ
Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration

WOZ UNTERWEGS



Barcelona, Ostdeutschland, Kreta

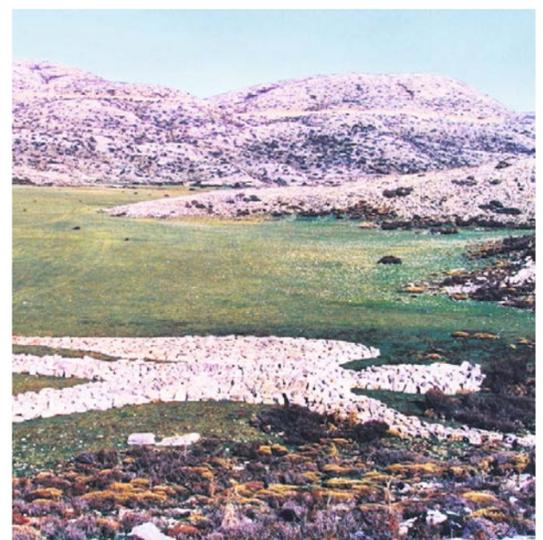
Nach zwei Jahren Pause bieten wir wieder interessante WOZ-Reisen an. Wir reisen nach Barcelona, Ostdeutschland und Kreta und freuen uns, wenn Sie mitkommen. So verschieden die Reiseziele sind, für alle Destinationen haben wir ein überraschendes Programm. Eines, das Sie nirgendwo sonst so buchen können. Es erwarten Sie Begegnungen, Stadtrundgänge, Gespräche, Vorträge und kleine Wanderungen.



Enttäuschte Hoffnungen, rechtsextreme Umtriebe, mutige Zivilgesellschaft:
«Das zerrissene Ostdeutschland»
vom 6. bis 13. August 2022



Progressive Kommunalpolitik, linke Spielräume und eine zähe Unabhängigkeitsbewegung:
«Vorbild Barcelona?»
vom 10. bis 17. September 2022



Solidarische Ökonomie und politische Selbstorganisation in Zeiten der Krise:
«Kreta – das andere Griechenland»
vom 8. bis 15. Oktober 2022

Reisen Sie mit uns!
Alle Informationen zu den Reisen finden Sie unter www.woz.ch/wozunterwegs. Oder rufen Sie uns an: 044 448 14 83.
Die Teilnehmer:innenzahl ist begrenzt. Melden Sie sich also schnell an.

INFLATION UND ARMUT

Nur noch kalte Küche

Die hohe Inflation und steigende Strompreise treiben weltweit immer mehr Menschen in die Armut. Besonders deutlich zeigt sich das in Grossbritannien. Ein Besuch im Donation Hub im Londoner Stadtteil Lewisham.

VON PETER STÄUBER (TEXT) UND HORST FRIEDRICH (FOTO)



Niemand ohne Geld soll sich zwischen Essen und Kleidung entscheiden müssen: Im Lewisham Donation Hub gibt es unter anderem auch Schuhe.

Die Krise, die sich derzeit in Grossbritannien ausbreitet, schlägt nicht mit einem Knall ein. Still macht sie sich im Alltag der Menschen bemerkbar, es ist eine private Krise, die sich vornehmlich in den eigenen vier Wänden abspielt. Aber es gibt Orte, wo das Ausmass des Notstands in aller Öffentlichkeit sichtbar wird. Zum Beispiel am südlichen Ende der geschäftigen Hauptstrasse von Lewisham, einem Stadtteil im Südosten Londons.

Etwa vierzig Leute stehen hier Schlange hinter einem Absperrgitter, das den Eingangsbereich eines ehemaligen Bürogebäudes umgibt. Die Menge ist ein Querschnitt durch die bunte Gesellschaft des Quartiers: Nebst urigen Londoner Akzenten hört man jamaikanisch gefärbtes Englisch, Arabisch, Somali und Spanisch. Es sind Familien mit Kindern hier, ältere Leute am Stock oder im Rollstuhl, Teenager in Trainerhosen. Sie alle sind zum Lewisham Donation Hub gekommen, weil es ihnen an allen Ecken und Enden an Geld fehlt – Geld für Strom, Essen, Windeln oder Abwaschmittel.

Es sind beunruhigende Superlative, die den gegenwärtigen Zustand der britischen Wirtschaft beschreiben. Die Inflation liegt bei neun Prozent, das ist der höchste Stand seit vierzig Jahren. Der Lebensstandard soll im kommenden Jahr um über zwei Prozent fallen – so schnell wie noch nie, seit man vor siebzig Jahren mit entsprechenden Erhebungen begonnen hat. Die Kosten für Strom und Gas sind Anfang April schlagartig um über fünfzig Prozent angestiegen, im Oktober werden sie noch einmal um mehr als 800 Pfund pro Jahr heraufgesetzt, auf durchschnittlich 2800 Pfund – auch das ein Rekord. Die Sozialleistungen hingegen werden in diesem Jahr inflationsbereinigt um fünf Prozent fallen.

Die Konsequenzen dieser Entwicklungen sind dramatisch. Der Thinktank National Institute of Economic and Social Research (NIESR) schätzt, dass bald mehr als 250 000 zusätzliche Haushalte im ganzen Land in extreme Armut stürzen werden. Bereits jetzt zeigt eine neue Erhebung, dass zwei Millionen Erwachsene regelmässig einen ganzen Tag lang nichts essen, weil sie es sich nicht leisten können.

Grosse Hilfsbereitschaft

Pamela Alvarado steht in einer schattigen Ecke neben dem Lewisham Donation Hub und wartet auf ihre Fahrräder. Vor einem halben Jahr kam die 26-jährige mit ihrer Verlobten und ihrer siebenjährigen Tochter von El Salvador nach Grossbritannien. Die Familie musste vor sexueller Gewalt fliehen, jetzt durchläuft sie das komplexe und perfide britische Asylsystem – und muss mit 105 Pfund in der Woche über die Runden kommen. Das war schon vorher kaum zu schaffen. Jetzt, wo die Preise überall steigen, ist es eine Unmöglichkeit. Alvara-

dos Familie wohnt ausserhalb von Stevenage, eine Zugstunde von London entfernt. Jedes Mal, wenn sie ins Zentrum wollen, um einzukaufen, kostet sie die Busfahrt fünf Pfund pro Kopf. Darum haben sie heute den Weg nach London auf sich genommen: Im Donation Hub in Lewisham hat man ihr drei Fahrräder versprochen – eine einfache Möglichkeit, auf lange Frist Geld zu sparen.

Drinne im Gebäude geht es hektisch, aber trotzdem geordnet zu und her. Rund 25 freiwillige Mitarbeiter:innen in orangen Warnwesten wuseln durch die Gänge, nehmen hier ein paar Pakete Fleisch aus dem Tiefkühler, dort ein Kinderspielzeug aus dem Gestell oder zeigen den Hilfsbedürftigen, in welcher Ecke die Pullover liegen. «Seit etwa drei bis vier Monaten haben wir hier so viel Betrieb», sagt Laurence Smith, der den Donation Hub vor zwei Jahren aufgebaut hat. Überraschend entspannt führt der 37-jährige Chef durch die Räume, gekleidet in ein buntes Hawaiiemblem. «An einem Tag wie diesem kommen rund 220 Leute im Hub vorbei. Wenn wir die Angehörigen hinzuzählen, unterstützen wir täglich etwa 500 Anwohner:innen.»

Der Hub bietet mittlerweile einen Rundumservice. Ein Student wird mit einem Laptop versorgt, eine ältere Frau hat gerade einen Kühlschrank bekommen, den man ihr ins Haus liefern wird. Alles wird gespendet, teilweise von Stiftungen, das meiste jedoch von Einzelpersonen. Und an freiwilligen Mitarbeiter:innen gibt es keinen Mangel: Smith kann auf eine Liste von 250 Leuten zurückgreifen, die sich engagieren wollen. Das ist die andere Seite der Krise: Die Hilfsbereitschaft der Menschen ist enorm.

Dicke Energieprofite

Aber die Notlagen vertiefen sich ständig. In den vergangenen Wochen hat Smith gemerkt, dass mehr Produkte gefragt sind, für die man keinen Strom benötigt – eben hat er einer Familie einen batteriebetriebenen Mixer ausgehändigt. Der Grund: Die Energie kostet so viel, dass sie es sich nicht leisten können. «Manche Leute sagen von vorneherein: Gib mir kein Essen, das ich aufwärmen muss, das Gas ist zu teuer», sagt Smith. Auch überlegt er sich, mehr Bücher zu organisieren: «Der Fernseher braucht Strom, Bücher lesen ist billiger. Wir sehen hier unglaubliche Armut.»

Grossbritannien ist nicht das einzige Land, das mit hoher Inflation und teurem Strom hadert. Es ist ein globales Phänomen, mitverursacht durch den Krieg gegen die Ukraine und die Tatsache, dass nach dem Abflauen der Covid-Pandemie die Nachfrage nach Energie überall gestiegen ist. Aber mehrere Faktoren sorgen dafür, dass die Folgen in Grossbritannien so dramatisch sind.

Einer davon ist das privatisierte britische Energiesystem. Der maximale Preis, den

Energieanbieter ihren Kund:innen für Strom und Gas verrechnen dürfen, wird jeweils halbjährlich von der staatlichen Regulierungsbehörde Ofgem festgelegt. Die jüngste Herabsetzung dieses Preisdeckels ist also eine politische Entscheidung – und nichts würde die Behörde davon abhalten, den tieferen Preis einfach beizubehalten. In Frankreich hat die Regierung genau das getan: Dort wurde der Preisanstieg in diesem Jahr auf vier Prozent begrenzt.

Freilich würde ein tieferer Preisdeckel manchen kleineren britischen Energieanbietern Probleme schaffen, viele von ihnen dürften eingehen und verstaatlicht werden. Für die grossen Betriebe hingegen wäre die einzige Konsequenz, dass sie weniger Profite schreiben – und die sind derzeit richtig dick: Der Konzern British Gas beispielsweise hat seinen Gewinn 2021 verdoppelt.

Dazu kommt, dass der allgemeine Preisanstieg eine Gesellschaft trifft, die nach Jahren des Sozialabbaus bereits auf dem Zahnfleisch geht. Lohnstopps im öffentlichen Sektor, eine Beschneidung der Sozialleistungen, eine drastische Sparkur für den Gesundheitsdienst und die Kommunen: Die Politik des vergangenen Jahrzehnts hat an der Existenzgrundlage von Millionen Brit:innen gesägt. Die ärmsten Haushalte hätten seit den frühen 2000er Jahren überhaupt keine Erhöhung ihrer Reallöhne erlebt, schreibt der Ökonom Torsten Bell vom Thinktank Resolution Foundation. Diese Leute spüren es bereits, wenn der wöchentliche Einkauf ein paar Pfund mehr kostet – ganz zu schweigen von einer monatlichen Stromrechnung, die plötzlich um fünfzig Prozent höher ist.

Herablassende Regierung

Im Lewisham Donation Hub berichtet Laurence Smith von etlichen Leuten, die zum ersten Mal in ihrem Leben überhaupt Hilfe beanspruchen; sie schämen sich richtig, hier aufzutauchen. «Das sind oft Leute, die sich als Teil der Mittelklasse sehen», sagt Smith, «und jetzt stehen sie auf einmal vor riesigen finanziellen Problemen.» Ende Mai warnte die Chefin des Royal College of Nursing, des Berufsverbands der Pfleger:innen, dass sich ihre Mitglieder in einer «kritischen Situation» befänden: «Wir haben Pfleger:innen, die ihre Miete nicht zahlen können, und andere, die regelmässig in Gassenküchen essen.» Unterdessen hat auch die Londoner Feuerwehr eine Warnung ausgegeben: Man solle bitte nicht im Wohnzimmer Feuer anzünden – ein Mann hatte sein Haus abgebrannt, als er versucht hatte, sich mit einem Holzfeuer warm zu halten. Armutskampagnen haben in den vergan-

gen Monaten allein in London mindestens hundert solche Fälle gezählt.

Und was macht die Regierung? Sie hat im vergangenen halben Jahr immer wieder darauf bestanden, dass sie eigentlich recht wenig tun könne. Der konservative Abgeordnete Lee Anderson meinte kürzlich im Unterhaus, Lebensmitteltafeln wie jene in Lewisham seien «unnötig» – das Problem bei der Armut sei vielmehr, dass die Leute nicht kochen könnten und auch nicht wüssten, wie man mit Geld umgehe. Unterdessen sagt Premierminister Boris Johnson, dass Arbeit der beste Weg aus der Armut sei. Diese Plattitüde ist in Grossbritannien besonders fehl am Platz, denn in der Mehrheit der armen Haushalte arbeitet mindestens eine Person.

Auch Johnsons Finanzminister gab sich lange Zeit hilflos. «Die kommenden Monate werden hart», sagte Rishi Sunak, der zusammen mit seiner Frau ein Vermögen von 730 Millionen Pfund hat. «Es gibt keine Massnahme, die wir als Regierung treffen können, kein Gesetz, mit dem wir die globalen Kräfte über Nacht zum Verschwinden bringen.»

Nachdem Ökonom:innen, Oppositionsparteien und Sozialkampagnen immer nachdrücklicher dringende Massnahmen gefordert hatten, kam Sunak am vergangenen Donnerstag offensichtlich zum Schluss, dass er doch nicht so machtlos ist, wie er zuvor behauptet hatte. Der Schatzkanzler kündigte ein Hilfspaket im Umfang von fünfzehn Milliarden Pfund an, das vor allem ärmeren Haushalten zugutekommt: Sozialhilfeempfänger:innen beispielsweise werden mit einer einmaligen Zahlung von 650 Pfund unterstützt. Um dies zu finanzieren, hat die Regierung eine Steuer für Energiekonzerne erhoben, die fünf Milliarden Pfund einbringen soll – eine Idee, die sie von der Labour-Partei abgeschaut hat. Das Hilfspaket sei zwar zu begrüssen, sagen Ökonom:innen, aber es reiche nicht, um Millionen von Menschen vor den steigenden Energiepreisen zu schützen.

Pamela Alvarado, ihre Verlobte und ihre Tochter haben mittlerweile ihre drei Velos in Empfang genommen, sie machen sich zur Abreise bereit. Die Zugfahrt war teuer, sie werden also nicht so schnell wieder vorbeikommen können. Aber sie bleiben mit Laurence Smith in Kontakt: «Hier haben wir das Gefühl, dass jemand unsere Probleme ernst nimmt.» Solche Aussagen hört man hier oft – und Smith spürt den Druck. «Wir sind gerade einmal zwei Jahre alt, und wir arbeiten ausschliesslich mit Freiwilligen», sagt er. «Dennoch lasten die Hoffnungen auf dieser Menschen auf unseren Schultern. So sollte unsere Gesellschaft nicht funktionieren.»

Die Londoner Feuerwehr warnt, man solle bitte nicht im Wohnzimmer Feuer anzünden.

Inserate



«Warum Journalismus besser ist als Jesus (und Literatur als der Heilige Geist)»

Ein Essay von Benjamin von Wyl

Jetzt im WOZ-Shop erhältlich. woz.ch/shop

In seinem Essay erzählt der Literaturpreisträger und WOZ-Autor Benjamin von Wyl seine Schreibbiografie. Unter anderem fragt er sich dabei: Wo liegt eigentlich der Unterschied zwischen einer journalistischen Weltsicht und einer literarischen Weltdeutung? Mit konkreten Beispielen.

120 Seiten, broschiert, erschienen in der Edition Frida.
22 Franken
Entstanden im Rahmen der Poetikvorlesungen der Universität St. Gallen im Frühjahrssemester 2022.



Todesanzeige

Wir trauern um die langjährige WOZ-Redaktorin

Corinne Schelbert
(1945–2022)

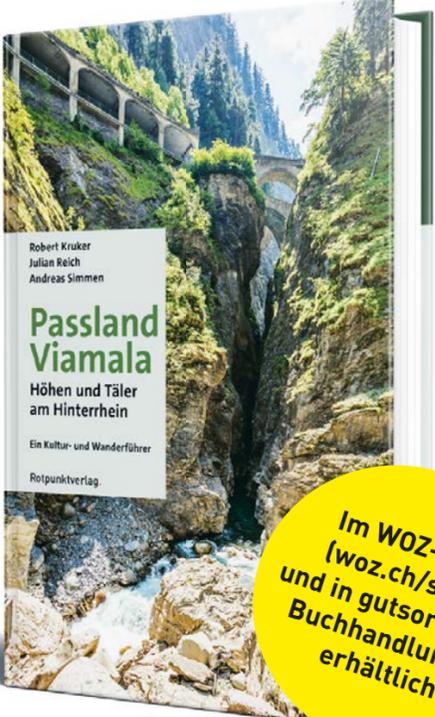
Mit ihren fulminanten Beiträgen zu Kino und Feminismus hat sie die WOZ in den ersten zwei Jahrzehnten massgeblich mitgeprägt. Ihre analytische Schärfe im Bereich Filmkritik und weit darüber hinaus bleibt legendär und unvergessen.

Das WOZ-Kollektiv

Inserate

Wer das Passland Viamala noch nicht kennt, oder nur vom Durchfahren, der wird im neuen Rotpunktverlag-Führer ein wahres Feuerwerk an lohnenden Entdeckungen und Wandervorschlägen mit hohem Erlebnissfaktor finden.

Herbert Pardatscher-Bestle in *Bücherrundschau*, Tirol



Im WOZ-Shop (woz.ch/shop) und in gutsortierten Buchhandlungen erhältlich.

Wanderung mit den Autoren
Sa, 11. Juni 22, 10 Uhr
Tumgegl/Tomils

Anmeldung und weitere Details unter: info@rotpunktverlag.ch

Robert Kruker, Julian Reich, Andreas Simmen
Passland Viamala. Höhen und Täler am Hinterrhein
Ein Kultur- und Wanderführer
Mit Farbfotos, Routenskizzen und Serviceteil
320 Seiten, Klappenbroschur, 2022, Fr. 39.–
978-3-85869-930-5

Durch das Jahr wandern mit Büchern aus dem Rotpunktverlag

Rotpunktverlag.




Humanitäre Hilfe für die Ukraine

Spendenkonto
Libereco, 8000 Zürich
CH61 0900 0000 8579 2427 8



www.libereco.org

FEMINISTISCH DENKEN,
DEBATTIEREN, HANDELN!



www.wide-network.ch | PC 60-527500-6

SOLIFONDS
für emanzipatorische Kämpfe im Globalen Süden

Konkrete Aktionen von Basisorganisationen im Globalen Süden zu unterstützen, bedeutet, ihre Autonomie und Würde zu stärken.

Die Arbeit des Solifonds ist einzigartig: sie ist die direkte Umsetzung von Solidarität vor Ort.

zeige
Solidarität
werde
compañera/o

solifonds.ch/companera



Klimaschutz heisst auch Alpenschutz
#PROTECTOURALPS



Hilf mit und schütze deine Alpen!

protectouralps.ch





Wer genau ist dafür verantwortlich? Zerstörte Wohnhäuser in einem Vorort von Charkiw, fotografiert am 28. Mai. FOTO: IVAN ALVARADO, REUTERS

KRIEGSVREBRECHEN IN DER UKRAINE

Die Suche nach Beweisen ist komplex

Bomben auf Zivilist:innen und Spitäler, Vergewaltigungen, Massenhinrichtungen: In der Ukraine gibt es klare Hinweise auf Kriegsverbrechen. Hunderte von Ermittler:innen arbeiten daran, Völkerrechtsverstöße zu dokumentieren. Die fehlende Koordination ist jedoch ein Problem.

VON NATHALIE SCHMIDHAUSER

Vergangene Woche fiel vor einem Gericht in Kyjiw das erste Urteil in einem Kriegsverbrecherprozess. Der 21-jährige russische Soldat Wadim S. wurde wegen Erschiessung eines unbewaffneten 62-jährigen Zivilisten zu lebenslanger Haft verurteilt. Die ukrainische Staatsanwaltschaft bereitet zurzeit vierzig weitere Kriegsverbrecherprozesse vor und hat bereits über 11 000 mögliche Kriegsverbrechen registriert. Die Verantwortlichen sollen nicht ungestraft davonkommen.

Doch Rechenschaftspflicht erfordert Beweise. Deswegen sind Hunderte ukrainische und internationale Akteur:innen dabei, potenzielle Kriegsverbrechen zu dokumentieren. Ukrainische Staatsanwält:innen und Polizisten, Journalistinnen und Akademiker:innen, Völkerrechtsexperten und Anwältinnen oder ein Team des Internationalen Strafgerichtshofs: Sie alle untersuchen und ermitteln gerade Seite an Seite. Auch Dutzende ukrainische Menschenrechtsorganisationen haben sich dieser herausfordernden Arbeit verschrieben.

Open-Source-Infos und Feldeinsätze

Tetjana Petschontschyk leitet das Menschenrechtszentrum Zmina in Kyjiw. Ihre NGO hat sich mit Beginn der russischen Invasion mit 26 anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen zur «Ukraine 5AM Coalition» zusammengeschlossen, um gemeinsam Kriegsverbrechen aufzudecken. Der Name spielt auf die Uhrzeit am 24. Februar an, zu der Russland die ersten Granaten auf die Ukraine abgefeuert haben soll.

Per Videoanruf erklärt Petschontschyk, wie sie bei Zmina mutmassliche Kriegsverbrechen dokumentieren: «Einerseits analysieren und verifizieren wir sogenannte Open-Source-Informationen, etwa Videos und Fotos in den sozialen Medien. Andererseits führen unsere Anwält:innen Interviews mit möglichen Opfern.» Drittens unternimmt die Organisation Feldeinsätze in den von der ukrainischen Armee befreiten Gebieten, um vor Ort mit Augenzeug:innen zu sprechen.

Mithilfe der verschiedenen Ansätze wird ein Gesamtbild rekonstruiert. Liegt gemäss dem Menschenrechtszentrum ein Kriegsverbrechen vor, werden die Indizien an verschiedene Stellen weitergeleitet, beispielsweise an die ukrainische Generalstaatsanwaltschaft, den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag oder an die Untersuchungskommission des Uno-Menschenrechtsrats zur Ukraine. Bisher hat die Organisation bereits 700 Fälle von Kriegsverbrechen dokumentiert.

Um sicherzustellen, dass die Dokumentation der Verbrechen den Standards nationaler und internationaler Gerichte genügt, hält sich die NGO Zmina ans Berkeley-Protokoll – einen anerkannten Leitfaden für die Nutzung von Open-Source-Informationen zur Untersuchung von Verstössen gegen das humanitäre Völkerrecht. Um die Beweise zu sichern, kooperiert Zmina zudem mit der internationalen Organisation Mnemonic. Diese ist darauf spezialisiert, digitale Beweise so zu archivieren, dass sie vor internationalen Gerichten auch tatsächlich verwendet werden können. Die Organisation führt auch Archive zu Menschenrechtsverletzungen in Syrien, dem Jemen oder dem Sudan.

Die schiere Masse

Mithilfe Hundertter Freiwilliger dokumentiert auch das Center for Civil Liberties mögliche Kriegsverbrechen. Die Organisation fokussiert vor allem auf die Sammlung von Informationen vor Ort rund um Kyjiw. «Wir machen Fotos und Videos von zerstörten Kindergärten, Spitälern oder Wohnhäusern und nehmen Zeugenaussagen auf», erklärt Geschäftsführerin Olexandra Romantsowa. Der Organisation geht es dabei nicht darum, möglichst detailliert, sondern möglichst schnell vorzugehen. «Viele Menschen möchten ihre Erlebnisse vergessen. Sie reparieren bereits ihre Häuser, oder sie ziehen weg.» Damit würden wertvolle potenzielle Beweismittel und Zeug:innenaussagen verloren gehen.

Die Arbeit ist nicht ungefährlich. An vielen Orten liegen noch immer zahlreiche Minen oder nicht explodierte Sprengkörper, wie Romantsowa sagt. Die Menschenrechtsaktivist:innen müssen dann warten, bis das ukrainische Militär die Gebiete entmint hat. Die Sicherheit sei aber nicht die grösste Herausforderung, sagt Tetjana Petschontschyk vom Zentrum Zmina. Es ist die schiere Masse an mutmasslichen Kriegsverbrechen: «Es gibt Millionen potenzieller Opfer. Wir werden Jahre brauchen, um alles zu dokumentieren», sagt Petschontschyk. Wenn die Region Cherson oder die Hafenstadt Mariupol befreit würden, kämen vermutlich weitere Zehntausende hinzu: «Das Ausmass der Ka-

tastrophe ist tausendmal grösser als die Kapazität vor Ort.»

Überbefragung von Opfern

Der Krieg gegen die Ukraine ist womöglich der bestdokumentierte aktive Konflikt in der Geschichte. Die ukrainische Völkerrechtsspezialistin Kateryna Busol, die auf die Dokumentation von Kriegsverbrechen spezialisiert ist, findet den Fokus vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen, möglichst alles zu dokumentieren, schwierig. Gerade weil die Anzahl möglicher Schauplätze von Kriegsverbrechen so enorm sei, so Busol, «ist es effektiver, wenn sich die Organisationen auf bestimmte Regionen oder Gruppen von Überlebenden konzentrieren und dort solide Beweismittel suchen». Zudem sei es für eine Strafverfolgung zentral, dass Verbindungen zwischen den Verbrechen und spezifischen Täter:innen offengelegt würden. Dabei müsse man versuchen, möglichst weit die Hierarchiestufe hochzukletterern, «sodass nicht nur einfache Soldaten, die gestohlen oder vergewaltigt haben, strafrechtlich verfolgt werden können, sondern auch ihre Kommandanten, selbst jene in Moskau».

Beim derzeitigen unkoordinierten Vorgehen besteht auch die Gefahr, dass Opfer überbefragt werden. «Ein solches Vorgehen kann Betroffene retraumatisieren», erklärt Busol, was vor allem bei Überlebenden von sexueller Gewalt heikel sei. Aber auch für Menschen, die «nur» vor Luftangriffen geflüchtet seien, könne das ständige Sich-erinnern-Müssen belastend sein.

Tatsächlich sind viele ukrainische NGOs wie auch staatliche Ermittlungsbehörden nicht darin geschult, wie man Zeug:innenaussagen von Überlebenden sexueller Gewalt aufnimmt, wie man sie schützt und wie man die Befragungen so führt, dass die Aus-

Was sind Kriegsverbrechen?

Kriegsverbrechen sind schwerwiegende Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht während eines Konflikts, festgelegt in den Genfer Konventionen. Dazu gehören etwa Geiselnahmen, die ungerechtfertigte Bombardierung von Wohngebäuden oder Schulen, Folter, die unmenschliche Behandlung von Gefangenen oder sexuelle Gewalt als Kriegswaffe. Kriegsverbrechen können von Staaten, auf deren Territorium sie verübt wurden, sowie vom Internationalen Strafgerichtshof verfolgt werden. Aufgrund des Weltrechtsprinzips können auch Staaten Kriegsverbrechen verfolgen, wenn ein Opfer Anzeige erstattet und sich die Täter:innen im entsprechenden Land befinden.

sagen vor Gericht auch Bestand haben. Eine mehrmalige Befragung durch verschiedene Akteur:innen beeinflusst zudem die Art und Weise, wie eine Person Beweise für mögliche Verbrechen darlegt. Denn sie würden sich irgendwann ihre eigene Erzählung einprägen, erklärt Busol. «Dadurch ist ihre Erinnerung nicht mehr frisch, sondern auswendig gelernt.» Solche wie auswendig gelernten Texte könnten in einem Gerichtsverfahren weniger überzeugend sein.

Mobile Justizeinheiten

Das Fehlen der Koordination und der Priorisierung der begangenen Verbrechen wird auch von Wayne Jordash, einem bekannten britischen Anwalt für internationales Strafrecht, kritisiert. Während eines Onlinepanels des Thinktanks Chatham House im April sagte er: «Bei der Dokumentation von Kriegsverbrechen muss immer auch abgewogen werden, was die Erfolgsaussichten in Bezug auf die Strafverfolgung sind.» Jordash befasst sich seit 2014 mit Kriegsverbrechen in der Ukraine und gehört einem von der ukrainischen Generalstaatsanwältin Iryna Wenediktowa eingesetzten internationalen Beratungsgremium an. Dieses baut zurzeit sogenannte mobile Justizeinheiten auf mit dem Ziel, lokal Kapazitäten zu stärken, die diversen Akteur:innen zu koordinieren und die ukrainischen Strafverfolgungsbehörden bei ihren Ermittlungen zu unterstützen.

Diese Einheiten werden aus internationalen und lokalen Expert:innen zusammengesetzt, von Staatsanwält:innen über Open-Source-Ermittler:innen und Kommunikationsexperten bis hin zu Forensiker:innen. Diese Koordination ist umso wichtiger und dringender, als bis jetzt die Ukraine in erster Linie selbst zuständig ist, Kriegsverbrechen zu ermitteln und die Täter:innen strafrechtlich zu verfolgen.

SANKTIONEN GEGEN PUTIN

«Wir sollten der russischen Bevölkerung die Hand reichen»

Am Weltwirtschaftsforum in Davos dominierte der Ruf nach härteren Sanktionen gegen Russland. Kenneth Roth, Chef von Human Rights Watch, warnt davor, das ganze Land ins Visier zu nehmen.

INTERVIEW: YVES WEGELIN

WOZ: Herr Roth, Sie haben an einem Podium am Weltwirtschaftsforum in Davos davor gewarnt, mit den Sanktionen die gesamte russische Bevölkerung zum Feind zu erklären. Wo sehen Sie das Problem?

Kenneth Roth: Es ist zweifellos richtig, hochrangige Kremlbeamte oder Militäroffiziere ins Visier zu nehmen, um Sie von Ihrer Invasion der Ukraine abzubringen. Solche gezielten Sanktionen haben eine ganz klare Absicht. Ich beobachte derzeit jedoch eine Verschiebung in der Rhetorik und teilweise auch in der Praxis: Zunehmend wird die gesamte russische Bevölkerung als Feind behandelt. Und das ist ein riesiger Fehler.

Woran machen Sie diese Verschiebung fest?

Nach dem Podium kam die ukrainische Botschafterin für die Uno in Genf zu mir und wandte ein, dass alle Russen die Krim als Teil Russlands sehen und Putin sehr populär sei. Darum sei es richtig, die gesamte Bevölkerung ins Visier zu nehmen. Doch in 150 russischen Städten haben Menschen gegen den Krieg protestiert – trotz Zensur, Desinformation und der Drohung, dafür fünfzehn Jahre ins Gefängnis zu kommen. Die Menschen in Russland sollten als potenzielle Alliierte betrachtet werden.

Alliierte gegen den Kreml?

Ja. Was wird den Kreml stoppen? Gezielte Sanktionen und natürlich auch die militärische Verteidigung durch die Ukraine. Aber die russische Bevölkerung hat ebenfalls eine wichtige Rolle zu spielen, um die Kriegsverbrechen zu stoppen, die in ihrem Namen begangen werden: Putin ist sehr sensibel für die Möglichkeit einer sogenannten Farbenrevolution – dass sich die Leute zusammenschließen und ihn verjagen. Er sorgt sich um die öffentliche Meinung. Wenn die Sanktionen die ganze Bevölkerung als Feind behandeln, werden sie sich hinter die russische Flagge stellen.

Wie beurteilen Sie diesbezüglich die aktuellen Sanktionen?

Im Fall von vielen Unternehmen, die sich jetzt aus Russland zurückziehen, sollte man nach den Auswirkungen fragen. Handelt es sich um eine Firma, die Waffenteile baut, ist der Fall klar. Wenn sich aber irgendein Einzelhandelsgeschäft zurückzieht, wird das dem Kreml kaum schaden.

Sie meinen etwa den Konzern Nestlé, der in der Kritik steht, weil er sich nicht ganz aus Russland verabschiedet hat?

Ich will mich nicht zu einzelnen Firmen äussern. Aber eine Firma, die nur Konsumgüter in Russland verkauft, bestraft durch ihren Abzug lediglich die russische Bevölkerung. Befürworter solcher Rückzüge glauben, dass damit die Bevölkerung dazu bewegt wird, sich gegen den Krieg zu stellen. Es bewirkt jedoch eher das Gegenteil: Die Bevölkerung wird sich angegriffen fühlen. Der Westen muss auf den Kreml zielen und gleichzeitig der russischen Bevölkerung die Hand reichen.

Die Sanktionen zielen nicht nur auf die Oligarchen, sondern etwa auch auf die Reserven der russischen Zentralbank. Was halten Sie davon?

Das ist Regierungsgeld. Durch die Beschlagnahme dieses Geldes schränkt man Putin darin ein, weitere Kriegsverbrechen zu begehen. Das gilt auch für den Importstopp von russischem Gas und Öl, der unter anderem von der Ukraine gefordert wird – ein Grossteil der Erlöse geht an die russische Regierung.

Ist die Unterscheidung so einfach? Das Einfrieren von Zentralbankgeld kann Russland in eine Wirtschaftskrise drängen ...

Nein, die Unterscheidung ist nicht simpel. In vielen Fällen brauchte es am Ende einen Ermessensentscheid – oft wird man zum Schluss kommen, dass eine bestimmte Sanktion ergriffen werden soll, obwohl auch die Bevölkerung sie zu spüren bekommt. Man kann die Sanktionen aber auch mit einer Botschaft an die russische Bevölkerung versehen: Es



«Eine Firma, die nur Konsumgüter verkauft, bestraft durch ihren Abzug lediglich die russische Bevölkerung»: Geschlossene McDonald's-Filiale in Moskau. FOTO: KIRILL KUDRYAVTSEV, AFP

muss klargemacht werden, dass sie nicht gegen sie gerichtet ist.

Sehen Sie irgendwo historische Beispiele für sinnvolle Sanktionen?

Die Magnitsky-Sanktionen, die die USA 2012 entschieden haben, sind gut, weil sie sich ganz gezielt gegen russische Beamte richten – und nicht gegen die gesamte Bevölkerung. Ein gutes Mittel ist auch die Strafverfolgung durch den Internationalen Strafgerichtshof. Schlecht sind dagegen breite Sanktionen, die eine gesamte Wirtschaft treffen. Indem die US-Regierung den Taliban die Mittel entzog, hat sie die gesamte afghanische Wirtschaft lahmgelegt, was viele Menschen in eine riesige Not gebracht hat. Die USA wollen, dass Mädchen zur Schule können; wenn sie verhungern, bringt ihnen das aber nichts.

Gerade die USA erkennen den Internationalen Strafgerichtshof aber nicht an.

Der ehemalige US-Präsident Donald Trump hat der Chefanklägerin des Gerichtshofs, Fatou Bensouda, gar Sanktionen auferlegt, weil sie US-Folterungen in Afghanistan untersuchen wollte. Dabei steht im Römer Statut des Strafgerichtshofs, dass für die Zuständigkeit des Gerichtshofs das Territorium ausschlaggebend ist, auf dem das Verbrechen begangen wurde: Afghanistan hatte das Römer Statut unterzeichnet – es spielt keine Rolle, dass die USA es nicht anerkennen. Die USA widersetzen sich auch der Untersuchung von israelischen Menschenrechtsverletzungen in Palästina, das den Gerichtshof anerkennt.

Sie haben am Podium erwähnt, dass Joe Bidens Regierung die Position im Fall von Russland revidiert hat.

Ja, Biden findet es zumindest in Ordnung, wenn der Internationale Strafgerichtshof in der Ukraine Beweise für Menschenrechtsverletzungen sammelt, auch wenn Russland anders als die Ukraine den Gerichtshof nicht anerkennt. Eben war eine US-Delegation

in Den Haag, um Kooperationsmöglichkeiten zu prüfen; allerdings steht das US-Gesetz einer solchen im Weg. Die USA wollten immer verhindern, dass irgendwann auch US-Amerikaner vom Strafgerichtshof verfolgt werden können.

Der Menschenrechtler

Kenneth Roth (66) ist seit 1993 Direktor der internationalen NGO Human Rights Watch, die sich in über achtzig Ländern für Menschenrechte engagiert. In den achtziger Jahren war er Staatsanwalt in Manhattan, wo er an der Untersuchung der Iran-Contra-Affäre beteiligt war: Während der US-Präsidentschaft Ronald Reagans waren die Einnahmen aus geheimen Waffenverkäufen in den Iran an die rechte Contras-Guerilla in Nicaragua weitergeleitet worden.

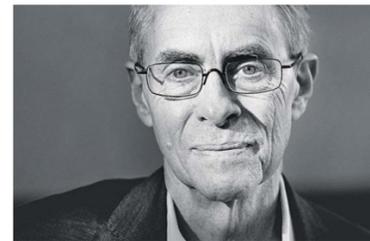


FOTO: IMAGO

Wirtschaftshistoriker Adam Tooze, der das erwähnte Panel moderierte, wollte von der anwesenden US-Republikanerin Ann Wagner wissen, ob sie zu einer engeren Kooperation bereit sei – was diese jedoch absichtlich überhörte ...

Sie wich der Frage aus, ja. Einige Kongressmitglieder sind aber dazu bereit. Der Republikaner Lindsey Graham zeigt sich neuerdings für eine Kooperation mit dem Strafgerichtshof bereit. Eine Handvoll Republikaner sagen, es sei Zeit, die Beziehung zum Internationalen Strafgerichtshof neu zu beurteilen.

REKLAME

SOLANGE MANCHE TIERE WIE MÜLL BEHANDELT WERDEN, BRAUCHT ES UNS.

Tier im Recht (TIR) kämpft für tiergerechte Gesetze und ihren konsequenten Vollzug. Helfen Sie uns, den Tieren zu helfen.
Bitte spenden Sie auf tierimrecht.org

TIER IM RECHT

Bild vollständig am Computer entstanden.

KURDISCHE AUTONOMIEGEBIETE

Faustpfand politischer Grossmächte

Ein militärischer Angriff der Türkei auf Rojava steht unmittelbar bevor. Die Folgen werden brutal sein: zivile Opfer, Zerstörung, Vertreibungen. Doch der Westen schweigt, weil er die Türkei als Nato-Partner braucht.

VON DASTAN JASIM



Mit ihrem angeblichen Kampf gegen den Terror will die Türkei Kurd:innen aus Rojava vertreiben: Frauen und Kinder auf der Flucht nach einer Militäroffensive (2019). FOTO: MUHAMMAD HAMED, REUTERS

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan droht immer unverhohlener mit einer militärischen Invasion in Rojava, um dort seinen lang ersehnten Traum einer «Sicherheitszone» zu erfüllen. Der Begriff ist bewusst irreführend, denn was Erdogan im an die Türkei grenzenden, unter kurdischer Verwaltung stehenden Autonomiegebiet im Nordosten Syriens plant, ist letztlich die Auslöschung Rojawas und die brutale Vertreibung der dortigen Bevölkerung. Im nächsten Jahr stehen Parlamentswahlen an. Erdogan steht – auch angesichts grosser wirtschaftlicher Probleme – politisch unter Druck, eine sicherheitspolitische Eskalation kommt ihm gelegen.

Die sogenannte Sicherheitszone, die bis zu dreissig Kilometer tief nach Rojava hineinreichen soll, existiert in Teilen schon. 2017, 2018 und 2019 haben die türkische Luftwaffe sowie Spezialeinheiten und islamistische syrische Milizen, die in vielen Fällen zuvor als Kämpfer des Islamischen Staates (IS) aktiv waren, in drei blutigen Militäroperationen mehrere Gebiete angegriffen und erobert.

Ziel ist ein Besatzungsgürtel

Konkret sind also vor dem IS verteidigte und befreite Gebiete in die Hände der türkischen Invasoren gefallen. Teile der dort lebenden kurdischen, jesidischen und assyrischen Bevölkerung wurden gezielt vertrieben, um Familienangehörige syrischer Islamisten sowie syrische Kriegsflüchtlinge aus der Türkei anzusiedeln – was gegen das im Völkerrecht verankerte Non-Refoulement-Gebot verstösst, da ihnen im Herkunftsland Verfolgung droht. Innerhalb dieser besetzten Gebiete beteiligen sich der türkische Geheimdienst und islamistische Milizen an Entführungen und Folter, oft auch an sexualisierter Gewalt, wie etwa im August 2020 ein unabhängiger Uno-Bericht festhielt.

All das ist mit Billigung der Nato geschehen. Derzeit steht ein Nato-Beitritt Schwedens und Finnlands zur Diskussion, und die Türkei hat als einziges Mitgliedsland angekündigt, ein Veto einzulegen, sollten die beiden Länder nicht härter gegen politisch aktive kurdische Geflüchtete vorgehen. Da stellt sich die Frage: Werden sich die Nato-Partner überhaupt gegen die unmittelbar bevorstehende Militäroperation in Rojava stellen, oder wollen sie die Gunst der Türkei als Verbündete gegen Russland nicht gefährden?

Die Furcht vor der angekündigten Militäroperation ist bei Kurd:innen auch deshalb gross, weil die Türkei derzeit im kurdischen Autonomiegebiet im Irak ihre sogenannten Klauenoperationen durchführt. In einer Serie von Militäroperationen, die seit Mitte April wieder eskalieren, wird im Namen des angeblichen Kampfes gegen den Terror seit 2020 systematisch kurdisches Gebiet grenzübergreifend besetzt. Wiederum werden Zivilist:innen getötet, wie die internationale Frie-

densorganisation CPT in einem letztjährigen Report festhielt, während die internationale Staatengemeinschaft schweigt. Mehrere Expert:innen wie der türkische Analyst und Journalist Murat Yetkin gehen davon aus, dass die Türkei versuchen wird, die militärisch eroberten Kurd:innengebiete in Rojava wie auch im Nordirak miteinander zu verbinden, um so entlang ihrer Grenze einen regelrechten Besatzungsgürtel aufzubauen.

«Ich weiss von nichts»-Haltung

Ein besonderes Auge für diese Entwicklungen hat Evin Siwed, die Botschafterin der autonomen Administration von Rojava, die zurzeit in Slemani im Nordirak lebt. Siwed warnt, dass die Lage jeden Moment kippen könne: «Wir als kurdische Bevölkerung wissen, dass diese zwei Jahre, 2022 und 2023, in allen Teilen Kurdistan enorm herausfordernd sein werden. Die Türkei will die hart erkämpften politischen Autonomien im Nordirak und in Rojava zerstören. Der Vertrag von Lausanne aus dem Jahr 1923, der Kurdistan [Anm. d. Red.: jene Gebiete, wo Kurd:innen die Bevölkerungsmehrheit stellen] in vier Teile zerstückelte, wird nächstes Jahr hundert Jahre alt und läuft aus. Die Türkei nimmt das als Chance und will jene Teile Kurdistan, die einst zum Osmanischen Reich gehörten, wieder einnehmen.» Darauf angesprochen, wie sie die Rolle Europas im Kontext der Nato-Beitrittsverhandlungen sieht, erwidert Siwed: «Wir Kurd:innen sind schon lange zur Überzeugung gelangt, dass es wirklich nie eine moralische Basis irgendeiner Politik uns gegenüber gab und gibt, jedes Mal sind wir das Faustpfand dieser grossen politischen Abkommen, egal ob damals in Lausanne oder bei den jetzigen Nato-Beitrittsverhandlungen.»

Auch der Vertreter der autonomen Rojava-Administration in Berlin, Khaled Davrisc, erklärt: «Das Stillschweigen der deutschen Regierung ähnelt einer «Ich sehe nichts, ich weiss von nichts»-Haltung. Sie sei gegen Autokratien, lässt Erdogan aber faktisch mit allem durchkommen – eine Doppelmoral.» Davrisc macht deutlich: «Eine solche türkische Invasion ist für den IS willkommen, denn dadurch kann er nur erstarken.»

Der Westen stützt mit seinem Schweigen ein Regime, das innenpolitisch eigentlich gar nicht so standhaft ist. Die rechtsnationalistische Regierungskoalition von Erdogans AKP mit der ultranationalistischen MHP wankt, doch statt demokratische Kräfte in der Region zu unterstützen, hilft der Westen dem Regime faktisch bei einem Wahlkampf, der aus Krieg und ethnischen Säuberungen besteht. Den Preis dafür zahlt die kurdische Bevölkerung – in allen Gebieten, wo sie lebt.

Die Politikwissenschaftlerin Dastan Jasim (28) forscht am Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg zur Lage in den Kurd:innengebieten. Die letzten Monate verbrachte sie in Slemani im Nordirak.

CHINA

Tadeln und profitieren

Neue Dokumente belegen die enorme und gewaltvolle staatliche Unterdrückung der uigurischen Minderheit in der Region Xinjiang. Der Westen empört sich laut, eigene Verstrickungen hingegen ignoriert er.

VON RALF RUCKUS

Vergangene Woche veröffentlichten grosse internationale Medienhäuser wie der «Spiegel», «Le Monde» oder die BBC die «Xinjiang Police Files», interne Polizeiakten aus den Landkreisen Konasheher und Tekes in Chinas Autonomer Region Xinjiang, die die Unterdrückung der dort lebenden Uigur:innen belegen. Das Material umfasst einen Zeitraum von 2000 bis 2018 und wurde dem deutschen Anthropologen Adrian Zenz zugespielt – mutmasslich von Leuten, die behördliche Server gehackt hatten. Zenz arbeitet für die antikommunistische, rechte US-Stiftung Victims of Communism Memorial Foundation in Washington. Er leitete das Material an die Medien weiter, die es auf Authentizität prüfen liessen.

Die Dokumente bestätigen Berichte von Uigur:innen, die in den letzten Jahren in chinesischen Internierungslagern sass und später ins Ausland entkamen. Erstmals liegen nun Tausende Fotos aus Lagern und Polizeistationen vor, die die Haftbedingungen, ideologische Schulungen und Verhöre sowie die behördliche Willkür und Gewalt zeigen. Das Material belegt auch frühere Recherchen zum Ausmass der Unterdrückung. Die 2019 vorgenommene Schätzung auf etwa eine Million Internierte lässt sich zwar nicht abschliessend beweisen, aber die jetzt vorliegenden Dokumente zeugen von der massenhaften präventiven Internierung von Uigur:innen und anderen muslimischen Gruppen.

Firmen wollen bleiben

Die chinesische Regierung behauptete bereits 2019, dass viele der von ihr «Berufsbildungszentren» genannten Lager geschlossen wurden. Dem Xinjiang-Experten Darren Byler von der Simon-Fraser-Universität in Vancouver zufolge sind die Häftlinge jedoch «in Gefängnisse, bewachte Fabriken und Internierungszentren verlegt worden». Andere Quellen besagen, dass viele zur Arbeit in der Landwirtschaft, der Industrie und im Bergbau gezwungen werden. Ehemalige Häftlinge berichteten in der Vergangenheit auch von Erniedrigung, Gewalt und Zwangssterilisationen. Das Regime der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) setze seine Assimilierungspolitik fort und zerstöre weiter kulturelle und religiöse Stätten.

Uigurische Exilorganisationen, Menschenrechtsgruppen sowie westliche Regierungen und Medien bezeichnen das Vorgehen der KPCh als Genozid. Nach der Veröffentlichung der «Xinjiang Police Files» verlangten einige von ihnen, die bisherigen Sanktionen weiter zu verschärfen. Die EU verhängte bereits im Frühjahr 2021 Sanktionen gegen Personen in China, die mit der Unterdrückung in Xinjiang in Verbindung stehen, und später legte sie gar das mit China ausgehandelte – aber noch nicht ratifizierte – Investitionsabkommen CAI wegen der Xinjiang-Vorwürfe auf Eis.

Auch die US-Regierung verhängte im letzten Jahr Sanktionen gegen Einzelpersonen in China, und Ende 2021 beschloss das US-Präsidentenhaus den «Uyghur Forced Labor Prevention Act», der in der nächsten Woche in Kraft treten wird. Das Gesetz verbietet die

Einfuhr aller unter Einsatz von Zwangsarbeit:innen aus Xinjiang produzierten Güter. Die Importeure müssen selbst nachweisen, dass ihre Zulieferkette frei von Zwangsarbeit ist. Laut dem Xinjiang-Experten Darren Byler hat das Gesetz bereits zu Produktionsverlagerungen geführt, und er erwartet weitere «enorme Auswirkungen auf globale Zulieferketten von der Hightech- bis zur Bekleidungsindustrie».

Auch Unternehmen aus der Schweiz und Deutschland sind in Xinjiang aktiv und stehen deshalb immer wieder in der Kritik. So berichtete etwa SRF letztes Jahr, dass Maschinenbauunternehmen wie Rieter oder Saurer in der regionalen Textilindustrie aktiv seien. Auch Volkswagen und die BASF (Chemie) betreiben dort Produktionsstätten. Laut einem Bericht im deutschen «Handelsblatt» wollen sie keine Konsequenzen aus den jüngsten Veröffentlichungen ziehen.

Absicherung der Expansion

Auf chinesischer Seite haben die westlichen Sanktionen bisher wenig Wirkung gezeigt, von einzelnen Gegensanktionen abgesehen. Nach der Veröffentlichung des Materials letzte Woche wandte sich ein Sprecher des chinesischen Aussenministeriums gegen die «Verbreitung von Gerüchten und Lügen» durch «antichinesische Kräfte».

Die KPCh-Führung hat bereits mehrfach betont, die in Xinjiang durchgeführten Massnahmen seien gegen Terrorismus und religiösen Extremismus gerichtet und die «Berufsausbildungszentren» Teil ihrer Kampagne gegen Armut. Als letzte Woche die Uno-Kommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, in die Region Xinjiang reiste, um sich vor Ort ein Bild zu machen, nutzte das Regime diese Reise, um seine «antiterroristische» Position zu verbreiten.

Das kommunistische Regime in Peking unterschlägt aber tatsächlich, dass die Konflikte in Xinjiang auf den jahrzehntelangen chinesischen Siedlerkolonialismus und die Verdrängung der muslimischen Bevölkerung zurückgehen. Sie will die sowohl für den Binnenmarkt wie auch für die Exportwirtschaft wichtigen Sektoren wie Landwirtschaft und Rohstoffförderung weiterentwickeln und die Region als Handels- und Produktionsstandort im Rahmen ihres globalen Expansionsprogramms, der Belt-and-Road-Initiative, absichern. Diesem Ziel dient die gewaltsame «Befriedung» der muslimischen Bevölkerung sowie ihre neokoloniale Zurechtung für die kapitalistische Ausbeutung.

Westliche Regierungen benutzen die Auseinandersetzung um Xinjiang und den nach dem neuen Leak erneut einsetzenden Empörungsreflex für den von ihnen beschworenen Systemkonflikt zwischen einem «demokratischen» und einem «autokratischen» Block. Die Verflechtung des westlichen Kapitalismus mit dem chinesischen wird dabei oft ausgeblendet, und auch die mithilfe westlichen Kapitals vorangetriebene Ausbeutung von chinesischen Arbeiter:innen in anderen Regionen wird kaum thematisiert.



Erniedrigung, Gewalt und Zwangssterilisationen: Fotos inhaftierter Uigur:innen aus verschiedenen Lagern in der Autonomen Region Xinjiang. QUELLE: WWW.XINJIANGPOLICEFILES.ORG

ÜBERALL KRISEN

Gerechtigkeit als Richtschnur

Kriege, Hungersnöte, Coronapandemie – und über allem schwebt die immer beängstigendere Erderhitzung: Die Welt ist in eine Krisenspirale geraten, aus der es kein Entrinnen mehr zu geben scheint. Dennoch wäre es falsch, sich entmutigen zu lassen.

VON DANIEL STERN (TEXT) UND LUCA SCHENARDI (ILLUSTRATION)

Beizen, Konzertlokale, Einkaufszentren: Alles ist voller Leben, als ob es nie eine Covid-Pandemie gegeben hätte. Die Züge verkehren nach dem Normalfahrplan, die Swiss fliegt wieder auf die Malediven. Das Leben scheint hierzulande seinen gewohnten Gang zu gehen. Wer die Nachrichten ignoriert, wird kaum etwas von der globalen Krisenstimmung mitbekommen.

Ein Blick auf den Zustand der Welt erinnert allerdings unweigerlich an den Plot eines Endzeitfilms. Überall scheinen Krisen zu eskalieren, die Welt immer stärker ausser Kontrolle zu geraten: der Krieg gegen die Ukraine, die Nahrungsmittelknappheit, die Teuerung, die Hitze und Dürren. Was genau passiert da gerade? Wie hängen diese Krisen miteinander zusammen? Und vor allem, wie kommen wir da wieder heraus?

Der Krieg und die Nahrungsmittel

Der Krieg gegen die Ukraine dauert nun bereits über drei Monate, und kein Ende ist in Sicht: Millionen Menschen sind auf der Flucht, die russischen Invasoren setzen sich nach anfänglichen Rückschlägen im Osten des Landes fest. Westliche Staaten liefern immer mehr Waffen. Die Gefahr einer weiteren Eskalation steigt, insbesondere, dass die Atommacht Russland in einen direkten bewaffneten Konflikt mit der Nato geraten könnte.

Im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine ist immer mehr von einer bevorstehenden globalen Hungerkrise die Rede. Millionen Tonnen Getreide füllen die Silos der ukrainischen Hafenstadt Odesa und können wegen des Kriegs nicht verschifft werden. Der Preis für Weizen befindet sich derzeit auf einem neuen Höchststand.

Allerdings: Der Krieg hat die Nahrungsmittelknappheit nur verschärft. Schon vor der Invasion der russischen Truppen haben Versorgungsengpässe sowie Spekulationen an den Rohwarenbörsen die Preise für Nahrungsmittel stark ansteigen lassen. Das Fehlen des ukrainischen Getreides auf dem Weltmarkt verschlimmert die Lage nur noch.

Ein weiteres verschärfendes Element der Nahrungskrise ist die Verschuldung vieler Staaten des Globalen Südens. Es fehlt das Geld, um immer teurere Nahrungsmittel aufzukaufen und subventioniert an die Bevölkerung abzugeben. Dazu trägt auch der Druck der Gläubiger bei, angeführt vom Internationalen Währungsfonds. Die Schuldnerstaaten werden dazu gedrängt, Subventionen auf Nahrungsmittel zu reduzieren, damit sie zahlungsfähig bleiben.

Zusätzlich befeuern klimatische Bedingungen die Knappheit. Im Mittleren Westen der USA, einem der weltweit wichtigsten Weizenproduktionsgebiete, ist in den vergangenen Monaten zu wenig Regen gefallen. Die Folge: Der Ernteertrag wird signifikant tiefer ausfallen als im vergangenen Jahr, wie die nationale Statistikbehörde der USA prognostiziert. Indien und Pakistan leiden

derweil seit März unter einer Hitzewelle, was sich ebenfalls negativ auf die dortigen Ernteerträge auswirken wird. Indien hat als Folge davon bereits einen teilweisen Exportstopp für Weizen angekündigt.

Dabei fehlen jetzt schon Nahrungsmittel für die Ärmsten. So beklagen Hilfswerke, dass für die von Dürre betroffenen Gebiete in den ostafrikanischen Ländern Äthiopien, Kenia und Somalia viel zu wenig Hilfe kommt. Alle 48 Sekunden stirbt dort laut den Hilfswerken Oxfam und Save the Children ein Mensch an Hunger. Die Aufmerksamkeit der reichen Staaten habe sich lange auf die Bekämpfung der Coronapandemie gerichtet und liege nun auf der Ukraine. Auch der Hunger in Ostafrika ist massgeblich auf klimatische Veränderungen zurückzuführen. Bereits drei Regenzeiten sind ausgefallen.

Das Uno-Welternährungsprogramm fasst die Lage so zusammen: «Der akute Hunger erreicht ein noch nie da gewesenes Ausmass, und die globale Situation wird immer schlimmer. Konflikte, die Klimakrise, Covid-19 und steigende Lebensmittel- und Treibstoffkosten haben einen perfekten Sturm ausgelöst – und jetzt kommt der Krieg in der Ukraine hinzu, der die Katastrophe noch verschlimmert. Millionen von Menschen in Dutzenden von Ländern werden an den Rand des Verhungerns getrieben.» Alle Krisen hängen also miteinander zusammen, und die Auswirkungen verstärken sich gegenseitig: Die Covid-19-Pandemie, der Krieg, die Folgen der Klimaerhitzung – sie führen zu Hunger und zusätzlicher Verschuldung vieler Staaten, befeuern die Teuerung und machen letztlich die Erde immer noch unsicherer.

Die Erderhitzung ist dabei so etwas wie die Mutter aller Krisen: Sie schwebt über allem, wirkt verschärfend, und je länger der Treibhausgasausstoss nicht stark sinkt, desto bedrohlicher wird die Lage. Das renommierte Stockholmer Institut für Friedensforschung (Sipri) bezeichnet in einem neuen Bericht

die Klimaveränderungen denn auch als «Risikomultiplikator» für existierende wie neue Konflikte. Man stehe derzeit einem «toxischen Mix» einer Sicherheits- und Umweltkrise gegenüber. Die Zahl der bewaffneten Konflikte ist in den letzten Jahren stark angestiegen, ebenso die Zahl der Vertriebenen. Für eine grosse Zahl der Erdbewohner:innen ist die Welt heute weniger sicher als vor zwanzig Jahren. Die globalen Militärausgaben haben sich in dieser Zeit fast verdoppelt und liegen nun bei 2,1 Billionen US-Dollar pro Jahr. Das Sipri macht dementsprechend «ein neues Zeitalter der Risiken» aus: Die bestehenden Risiken würden sich lawinenähnlich erweitern.

Kein Wegkommen von Öl und Gas

Eigentlich hätte der Ukrainekrieg dazu führen müssen, dass sich die politischen Entscheidungsträger:innen Europas endlich der toxischen Ab-

hängigkeit von diktatorisch geführten Staaten und deren Öl und Gas bewusst werden. Der Krieg hätte zum Anlass genommen werden können, nun mit noch viel mehr Vehemenz und finanziellen Opfern den nötigen Aufbau von erneuerbaren Energiequellen zu beschleunigen. Der Krieg als Augenöffner im Kampf gegen die Klimakrise und die damit einhergehenden sich verschärfenden Nahrungsmittelkrisen sozusagen.

Die nötigen Technologien sind da. Die Produktion von Solarzellen wird immer günstiger, und gleichzeitig werden sie immer effizienter. Der öffentliche Verkehr liesse sich überall stark ausbauen, die noch notwendigen Autos könnten mit Strom statt mit Benzin oder Diesel fahren. Auch Öl- und Gasheizungen bräuchte es nicht mehr, Wärmepumpen sind auf die gesamte Betriebszeit gerechnet schon heute günstiger.

Doch trotz der russischen Invasion wurde diese ganz grosse Kraftanstrengung nicht in Angriff genommen. Zwar will die EU nun mit ihrem «REPowerEU»-Plan zusätzlich 300 Milliarden Euro in die Förderung erneuerbarer Energien investieren, doch gleichzeitig soll auch die Infrastruktur für den Transport des klimaschädlichen Erdgases ausgebaut und der Industrie erlaubt werden, mehr CO₂ in die Luft zu blasen (siehe WOZ Nr. 21/22).

Zudem fielen einflussreiche europäische Politiker:innen in den vergangenen Wochen vor allem durch ihr Bemühen um neue Bezugsquellen für Öl und Gas auf. Ein teilweises Embargo von russischem Rohöl und raffinierten Produkten wie Benzin und Diesel hat die EU erst diese Woche beschlossen, Erdgas soll auch weiterhin bezogen werden. Dabei hätte ein sofortiger Verzicht auf Energie aus Russland gleich nach der Invasion das Land möglicherweise entscheidend geschwächt. Doch so konnte es in den ersten zwei Monaten seines

Angriffskriegs für 63 Milliarden Euro Öl, Gas und Kohle exportieren. Jeden Tag nahm es also eine Milliarde Euro ein. Allein Deutschland importierte in den ersten zwei Monaten für 9,1 Milliarden Euro Energieträger aus Russland. Inzwischen hat das Putin-Regime Zeit gefunden, neue Absatzmärkte in Asien zu erschliessen.

Offensichtlich haben die Politiker:innen Angst vor zu starken Eingriffen in die freie Marktwirtschaft, Panik, sie könnten das Wirtschaftswachstum in Gefahr bringen. Klar, es wäre zu Verwerfungen gekommen, Industrien mit hohem Energiebedarf hätten zwischenzeitlich vielleicht stillgelegt werden müssen. Doch man hätte die betroffenen Arbeiter:innen während der beschäftigungslosen Zeit entschädigen können – wie das auch während der Pandemie für bestimmte Branchen gemacht wurde.

So profitieren nun alle Öl- und Gasstaaten, alle grossen Energiekonzerne ganz beträchtlich vom Krieg und von den damit verbundenen anhaltend hohen Energiepreisen. Der staatliche saudische Ölkonzern Saudi Aramco zum Beispiel hat im ersten Quartal 2022 seine Profite um 80 Prozent gesteigert. Damit werden Machtapparate gestärkt, die kein Interesse am ökologischen Umbau der globalen Wirtschaft haben, sondern die bestehenden, auf fossilen Energien basierenden Strukturen möglichst lang erhalten wollen.

Katar zum Beispiel: Soeben hat Deutschland eine «Energiepartnerschaft» mit der absolutistischen Monarchie im Nahen Osten unterzeichnet. Unser Nachbarland wird zu einem Hauptabnehmer werden, wenn Katar künftig im grossen Stil Flüssiggas nach Europa liefern wird. Und einen Teil dieses Gases wird Deutschland dann bei Bedarf auch an die Schweiz weiterreichen. So wurde es letzte Woche in einem «Solidaritätsabkommen»





zwischen den beiden Staaten am Weltwirtschaftsforum in Davos vereinbart. Der katarische Emir Tamim bin Hamad al-Thani plant derweil, die heimische Erdgasförderung zu verdoppeln.

Optimismus des Willens

Die Lage scheint zum Verzweifeln. Das Festhalten an Öl und Gas mag zwar die Wirtschaft kurzfristig stabilisieren, doch es treibt uns gleichzeitig immer weiter weg von den Zielen des Pariser Klimaabkommens. Viele Politiker:innen veranstalten stets nur kurzfristige Feuerwehrrübungen und vernachlässigen dabei die grosse langfristige Krise. Lässt sich so die Erderhitzung überhaupt noch stoppen? Der US-amerikanische Schriftsteller Jonathan Franzen fordert in seinem Essay «Wann hören wir auf, uns etwas vorzumachen», dass wir uns eingestehen sollten, die Klimakatastrophe nicht mehr verhindern zu können. Das Ziel der Dekarbonisierung sei seit dreissig Jahren klar, doch hätten wir uns diesem keinen Schritt angenähert. Franzen plädiert nicht für Resignation, sondern dafür, sich auf die Katastrophe vorzubereiten. Und statt Geld etwa in den Bau von klimafreundlichen Hochgeschwindigkeitszügen zu stecken, dieses in Katastrophenvorsorge und humanitäre Hilfe zu investieren. Auch müsse es darum gehen, die Katastrophe hinauszuzögern und dementsprechend die Treibhausgasemissionen möglichst stark zu senken.

Franzens Pessimismus ist zwar verständlich, und sein Ansatz, die absehbare Katastrophe möglichst human anzugehen, leuchtet ein. Doch letztlich ist die Argumentation ein Affront gegen all jene, die ihr Leben noch vor sich haben.

Aufgeben ist schlicht keine Option. Es braucht die Hoffnung, die Veränderungen überhaupt erst möglich macht. Es ist immer noch mög-

lich, die Erderhitzung klar unter zwei Grad im Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Wieso sollte man es dann nicht versuchen, wenn die Alternative so schrecklich ist? Die US-Schriftstellerin Rebecca Solnit schreibt: «Hoffen heisst sein Glück versuchen. Es heisst auf die Zukunft setzen, auf seine Wünsche und Sehnsüchte, auf die Möglichkeit, dass ein offenes Herz und Ungewissheit besser sind als Trübsinn und Sicherheit. Hoffen ist gefährlich, und doch ist es das Gegenteil von Angst und Furcht, denn Leben heisst, etwas zu riskieren.»

Hoffnung ist also gemäss Solnit nichts Passives. Hoffnung erfordert Risiko und Mut für das Ungewisse. Entscheidend ist der Wille, etwas zu tun. Der linke Theoretiker und italienische Revolutionär Antonio Gramsci postulierte vor hundert Jahren die Haltung von «Pessimismus des Verstandes und Optimismus des Willens». Man sollte als kritisch denkender Mensch demnach nicht glauben, dass es letztlich schon irgendwie gut kommt, dass es die Entscheidungsträger:innen in den Staaten und in der Wirtschaft am Ende schon irgendwie noch packen. So eine Hoffnung wäre naiv. Vielmehr sollte man sich auf seinen Willen und jenen seiner Mitmenschen verlassen. Darauf, dass alles möglich ist, wenn man den Mut findet, für die gerechte Sache zu kämpfen.

Veränderung kann schnell gehen

Krisen sind immer auch eine Bedrohung für den Status quo. Das zeigte sich am 21. Mai in Australien, einem Land, das bislang die internationalen Klimaschutzanstrengungen immer wieder massiv sabotiert hat. Die heftigen Waldbrände und die schweren Überschwemmungen der vergangenen Jahre haben, wohl zusammen mit der starken Klimabewegung des Landes, zu einem Umdenken

in der Bevölkerung geführt: Nicht nur wurde an jenem 21. Mai die konservative Regierung unter Scott Morrison abgewählt. Besonders erstaunlich ist die Tatsache, dass sich in vielen bürgerlichen Wahlbezirken Parteunabhängige (grossofteilich Frauen) mit einem explizit klimafreundlichen und feministischen Wahlprogramm gegen die dominante Liberale Partei durchsetzen konnten. Und das, obwohl in Australien der Medienkonzern News Corp. des rechtskonservativen Milliardärs Rupert Murdoch zwei Drittel der Zeitungen unter seiner Kontrolle hat und Morrison publizistisch vehement unterstützt.

Noch ist unklar, ob der neue Ministerpräsident Anthony Albanese von der Labor-Partei tatsächlich seine Versprechen wahr macht und die Treibhausgasemissionen Australiens in den nächsten Jahren stark reduziert. Doch anders als sein Vorgänger steht Albanese weit mehr unter Rechtfertigungsdruck, jetzt wirklich etwas zu tun. Die australische Klimabewegung, die in den vergangenen Jahren nicht nur Hunderttausende auf die Strasse brachte, sondern auch anhaltenden Widerstand gegen neue Kohleförderprojekte leistete, wird genau hinschauen.

Generell hat die globale Klimastreikbewegung, die 2018 entstand, eine grosse Wirkung erzielt, auch wenn sie momentan in der Öffentlichkeit nicht mehr so präsent ist. Wir reden heute anders über die Klimakrise als noch vor vier Jahren, wir brauchen andere Wörter: Der Begriff «Klimawandel» wird inzwischen als verharmlosend wahrgenommen. Es ist mittlerweile breit verankert, dass es sich um eine Erderhitzung handelt, eine fundamentale Krise und drohende Katastrophe. Auf allen politischen Ebenen, besonders auch in den Städten, ist eine breite Diskussion darüber in Gang gekommen, wie man ganz konkret Klimaneutralität erreicht,

also die Treibhausgasemissionen massiv senkt und den Rest durch Negativemissionen (zum Beispiel Aufforstungen) kompensiert. Politiker:innen und Wirtschaftsführer:innen kommen nicht mehr darum herum, sich klimafreundlich zu positionieren. Das zwingt sie zumindest zu immer neuen Lügen, wenn sie nicht wirklich auf eine rasche Absenkung der Treibhausgasemissionen hinarbeiten.

Doch sie sollten die Bewegungen nicht unterschätzen: Die Millionen Aktivist:innen sind immer noch da, auch wenn sie in den beiden letzten Jahren coronabedingt nicht mehr so oft auf die Strasse gehen konnten. Viele brüten derzeit über neuen Taktiken, neuen Formen, den Druck auf die Politik und Wirtschaft aufrechtzuerhalten oder gar zu erhöhen. Veranstaltungen von Energiekonzernen und Grossbanken werden inzwischen routinemässig gestört. So blockierten etwa vergangene Woche mehrere Hundert Aktivist:innen die Generalversammlung des Energiekonzerns Total in Paris und verhinderten den Zugang der Aktionär:innen. Total wurde auch dafür kritisiert, dass der Konzern weiterhin Geschäfte mit Russland treibt. Auch die Generalversammlung von Shell in London musste tags zuvor wegen anhaltender Proteste zeitweise unterbrochen werden. Aktivist:innen riefen: «Wir werden euch stoppen!»

Solche Aktionen bringen die Unternehmen in Erklärungsnot und konterkarieren ihre auf Greenwashing basierende PR-Strategie. Sie unterminieren zudem die Loyalität der Mitarbeiter:innen. Jede:r muss sich fragen, ob er oder sie wirklich noch für ein Unternehmen arbeiten will, das sich aktiv an der Umweltzerstörung beteiligt.

Auch Öl- und Gaseinrichtungen in immer mehr westlichen Ländern werden inzwischen schon fast routinemässig blockiert. Die Gruppe Just Stop Oil in Grossbritannien ist dabei organisatorisch am weitesten: Es gehe nicht mehr darum, die Regierung zu einer Änderung ihrer Politik aufzufordern, sondern darum, mit Störungen einen Wandel herbeizuführen, schreibt einer der Aktivist:innen im «Guardian». Seit Beginn ihrer Kampagne Anfang April sind bereits 1200 Aktivist:innen verhaftet worden. Für die Gruppe ist das ein Erfolg. Denn jede Verhaftung macht deutlich, dass da jemand die Klimakrise als existenzielle Bedrohung wahr- und den Kampf dagegen aufnimmt. Die britische Regierung hat deshalb jetzt Gesetzesverschärfungen angekündigt, um mit härteren Strafen reagieren zu können. Bislang ziehen die Aktionen immer wieder neue Aktivist:innen an und spülen Hunderttausende von Pfund in die Kampagnenkasse. Unterstützt wird Just Stop Oil auch vom US-amerikanischen Climate Emergency Fund (CEF), einer Stiftung, die Geld von reichen Erb:innen explizit an Klimaorganisationen verteilt, die zivilen Widerstand betreiben. Dieser sei, so CEF, effektiver als klassisches Lobbying von NGOs.

Globale Zusammenhänge im Blick

Um eine wirkliche Änderung der Klimapolitik herbeizuführen, braucht es wohl die unterschiedlichsten Vorgehensweisen und Aktionen. Entscheidend ist allerdings, dass man den Blick auf die globalen Zusammenhänge richtet. Die Industriestaaten haben eine besondere Verantwortung: Sie müssen für den vielfach höheren Treibhausgasausstoss der letzten Jahrzehnte ausreichend Kompensationen an die Länder des Südens entrichten. Das ist Klimagerechtigkeit. 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr würden sie ab 2020 jährlich als Anpassungsleistungen überweisen, haben die Industriestaaten bereits 2009 an der Klimakonferenz in Kopenhagen versprochen. Doch die allermeisten Staaten zahlen zu wenig. Und nicht wenige, wie etwa die Schweiz, stellen einen Teil der Gelder nicht zusätzlich bereit, sondern entnehmen ihm dem Budget der Entwicklungszusammenarbeit.

Es braucht deshalb die Solidarität der Bewegungen im Norden mit jenen im Süden. Etwa mit den Menschen in Sri Lanka. Dort haben die ausgeprägte Teuerung und die korrupte Regierung dazu geführt, dass sich in den letzten Monaten erstmals Vertreter:innen der verschiedenen ethnischen Gruppen gemeinsam zu Protesten zusammengefunden haben. Auch die Polizeibrutalität sowie der Rücktritt des Ministerpräsidenten Mahinda Rajapaksa haben den Protest nicht ersticken können. Sri Lanka ist inzwischen bankrott. Es fehlt an Nahrungsmitteln, Treibstoffen und Medizin. Die Protestierenden fordern einen «System Change», eine umfassende Veränderung der Gesellschaft.

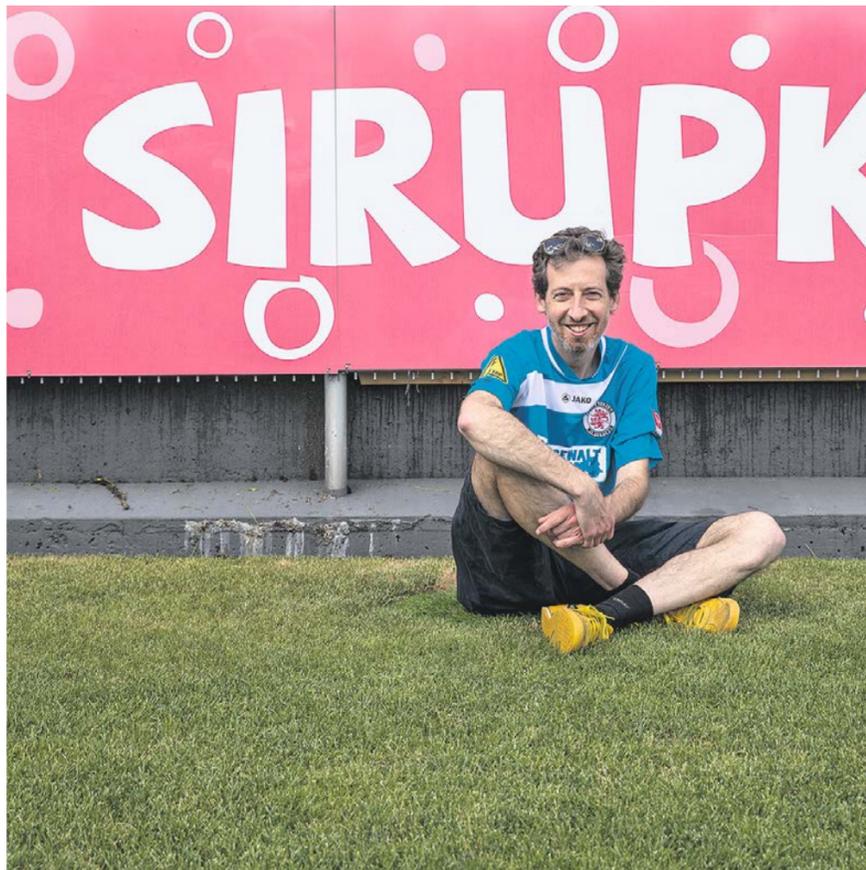
Viele glauben, Sri Lanka sei der erste Dominostein einer globalen Protestwelle in den überschuldeten Ländern des Südens, die gerade auf uns zurollt. Es ist auch von einem neuen Arabischen Frühling die Rede. Sollte es zu dieser Aufstandswelle kommen, wäre das ermutigend. Zur Unterstützung dieser Proteste bräuchte es umso mehr den Druck aus dem Norden auf die Regierungen der Industriestaaten, damit sie aufhören, autoritäre Regimes zu unterstützen. Stattdessen sollen sie die Schulden des Südens nicht nur streichen, sondern endlich in genügendem Masse ihre Klimaschulden begleichen. Damit die aktuelle Hunger- und Wirtschaftskrise bewältigt werden kann, die Länder rasch den Umstieg auf erneuerbare Energien schaffen und sich mit Investitionen vor den Folgen der Erderhitzung wappnen können.

DURCH DEN MONAT MIT NICOLAS GALLADÉ (TEIL 1)

Wird die «Schützi» ihren Charakter behalten können?

Der Winterthurer Sozialdirektor Nicolas Galladé hat als Fussballfan viele Hochs und Tiefs durchgemacht. Dass sein Verein nach 37 Jahren wieder erstklassig spielen, sollte nicht nur für den FC Winterthur, sondern auch für die Super League eine Herausforderung sein, findet der SP-Politiker.

VON RAPHAEL ALBISSER (INTERVIEW) UND URSULA HÄNE (FOTO)



Nicolas Galladé: «Man muss das jetzt einfach mal versuchen. Irgendwie muss Fussball auch anders möglich sein, nicht nur uniform und überall gleich.»

WOZ: Herr Galladé, wo waren Sie am Abend, an dem der FC Winterthur aufstieg?

Nicolas Galladé: Ich war in der Libero-Bar, der Stadionbeiz auf der Schützenwiese. Ein Ort, an dem man nach einem Spiel auch etwas verhökeln kann. Vielleicht 100 oder 200 Leute waren da.

Leider gibt es in der Super League sonst kaum solche Orte. Also Fussballstadien, die man nicht nur besucht, um Fussball zu schauen, sondern die auch kultureller Treffpunkt sind.

Die Libero-Bar stammt aus einer Zeit, als der Verein ganz am Boden war, vor rund zwanzig Jahren. Damals hatte mit Hannes W. Keller ein neuer Präsident übernommen und dann festgestellt: Es ist ja alles noch viel düsterer als gedacht, wir sind eigentlich pleite. Nach Spielschluss kam jeweils ein Betriebsbeamtener vorbei, um gleich die Matcheinnahmen zu sichern. Nur etwa 500 Leute besuchten zu dieser Zeit die Spiele. Aber es gab doch einige, die an den FCW glaubten.

Gehörten Sie dazu?

Ja, ich war sogar Teil einer Delegation kulturverbundener Fans, die den Präsidenten trafen, um Gestaltungsmöglichkeiten zu besprechen. Dabei waren auch Andreas Möslin und Michael Sauerland, damals engagiert in der Kollektivbeiz Widder. Wir sagten: Wir hätten da eine Idee, wie man das Matchprogramm neu aufziehen könnte, und wir haben eine Vorstellung, wie sich die Stadionbeiz beleben liesse. So nahmen die Dinge ihren Lauf, Möslin wurde später Geschäftsführer des Vereins, Sauerland der Wirt der Libero-Bar. Dort gibt es nach den Spielen DJs und Livekonzerte. Ein Begegnungsort mitten in der Stadt, eine schöne Sache.

Muss ein Fussballklub also in Trümmern liegen, damit ihm Charakter eingehaucht werden kann?

Na ja, man sollte wohl nicht versuchen, das anderswo genau so zu kopieren, schon gar nicht vorsätzlich. Und man sollte auch nicht in Klischees verfallen. Aber in Winterthur gab es damals halt eine kleine Gruppe, hauptsächlich aus der alternativen Szene, die die Spiele besuchte. Die Vernetzung wuchs langsam; in der Kultur warb man für den FCW, beim FCW für die Kultur.

Wenn man zu denen gehört, die damals den Aufschwung mit angestossen haben: Beansprucht man da auch eine gewisse Hoheit über den Klub und den Vibe im Stadion?

Besser nicht. Ich war eine Zeit lang durchaus nah dran, auch an der Bierkurve. Die hat sich nicht mal bewusst gegründet, das waren anfangs einfach ein Dutzend Leute, die mit einem Bier in der Hand dort standen. Irgendwann, so geht die Legende, hat der damalige

FCW-Spieler Renato Brugnoli einen von ihnen auf einem Konzert gesehen und gesagt: Du bist doch einer aus der Bierkurve.

Seither ist alles breiter und grösser geworden, gerade auch mit der Gegentribüne, die vor sieben Jahren eröffnet wurde. Wenn du nun ein ausverkauftes Haus hast, dann kannst du nicht erwarten, dass die alle genau dein Mindset haben. Und es soll nicht ausschliessend sein. Auch SVP-Wähler sind im Stadion willkommen.

Aber könnte nun mit dem Aufstieg nicht besonders viel verloren gehen? «Tüüri Tickets und kei gueti Lüüt me» lauten zwei der vielen Gründe gegen einen Winti-Aufstieg im Lied «Super League» von Arsenal Stefanini.

Ich bin auch etwas zwiesgespalten. Man merkt, der durchkommerzialisierte Fussball kommt jetzt näher. Das bringt Ungewissheiten. Aber das ist bei allem Neuen so – und es soll nicht nur ums Bewahren gehen, sondern auch ums Weiterentwickeln von dem, was uns ausmacht.

Allein schon infrastrukturell ist der Auflagenkatalog des Fussballverbands sehr lang. Kann die Schützenwiese ihren Charakter behalten?

Man muss das jetzt einfach mal versuchen. Ich habe Vertrauen in den Verein und glaube, es werden sich Lösungen finden lassen. Hier gibt es seit langem eine Art Zulassungskultur; wenn du eine Idee hast, dann heisst es: Ja, mach doch mal. So entstanden einst der erste Fussballpodcast der Schweiz, die Cüplibar Salon Erika hinter dem Tor, die Sirupkurve für Kinder. Mit dem Aufstieg muten wir uns jetzt etwas zu – und hoffentlich auch der Liga. Irgendwie muss Fussball auch anders möglich sein, nicht nur uniform und überall gleich.

In den Fankurven war man jüngst aber überrascht, als der FC Winterthur wenig aufmüppig dem neuen Spielmodus zustimmte: Mit Playoff-Spielen werde die Liga künftig noch stärker für ein Fernsehpublikum kommerzialisiert, so einer der Vorwürfe.

Vielleicht ist es ja kein Zufall, dass mit dem FCZ und YB zwei Topvereine dagegen waren, die zuletzt bereits viele Runden vor Saisonende als Meister feststanden. Für solche Klubs stellen Play-offs wohl eine grössere Unsicherheit dar. Auch ich finde den Modus schräg, aber grundsätzlich sollte man nicht immer allzu konservativ sein. Spielen wir die Geschichte doch einfach mal durch. Ich habe in der Vergangenheit schon viele Spässe erlebt, die dann rasch wieder abgeschafft wurden.

Nicolas Galladé (46) nimmt es Trainer Alex Frei nicht übel, dass er gleich nach dem Aufstieg zum grossen FC Basel wechselte. Man sehe sich nächste Saison ja wieder.

WICHTIG ZU WISSEN

Feier frei!

RUEDI WIDMER über Pfingsten und andere Feiertage

Im Frühling haben wir viele Feiertage, ich habe immer etwas ein Durcheinander damit. Was ich weiss: Ostern sind nicht immer am gleichen Datum. Es kommt nämlich darauf an, ob der Mond scheint oder nicht. Ist es bewölkt, sind sie erst am Osterdonnerstag, dann ist der Karfreitag am Kardiensstag, das heisst, die Karwoche beginnt bereits am vorherigen Freitag. Für die genaue Ortung des Kardiensstags fragen Sie den Kardinal in Ihrer Kirche. Egal auf welches genaue Datum Ostern fallen: Jesus wurde an diesem Tag ans Kreuz genagelt und ist zwei Tage darauf auferstanden.

Nach Ostern kommt der 1. Mai, der immer an einem anderen Datum ist, je nach den Bestimmungen des Arbeitgebers. An diesem Tag wird die Auferstehung der SP und der Gewerkschaften gefeiert und der Arbeitgeber aufs Kreuz gelegt («Wer hat uns ver-raten? Sozialdemokraten!»). Die Grünen feiern

sich jeweils am Gründonnerstag. Auch wieder eine Handbreit nach Ostern ist Auffahrt. Dieser Tag wird traditionell an einem Donnerstag gefeiert, damit auch mal an einem Donnerstag schulfrei ist und nicht immer der montägliche Handarbeitsunterricht bei Frau Morgenthaler ausfällt. Die Auffahrt führt hinauf zur Brücke am Freitag, und Sie erreichen Ihr Ziel am Samstag.

Nach der Auffahrt folgt immer im selben Abstand Pfingsten. Den Namen erhielten diese Feiertage von der Pfingstbewegung, die sich schon lange für einen Feiertag in der ersten Juniwoche eingesetzt hatte. Pfingst-samstag gehts los, und dann wird durchgefeiert und -gezecht bis Pfingst-montag, am Pfingsttag müssen die Kinder wieder zur Schule und die Väter auf Montage.

Durchbrochen wird das christlich-sozialistische Himmelfahrtskommando einerseits durch den Muttertag am 8. Mai und durch

die Eiseheiligen (11. bis 15. Mai), die von der Punsch- und Glühweinbewegung zunehmend zu einer Art Weihnachten im Frühling ausgebaut werden. In den Städten gibt es immer öfter Eiseheiligenmärkte. Der Glühwein ist weniger heiss als auf den Weihnachtsmärkten, passend zur weniger tiefen Temperatur. Die Heilige Sophie wird jeweils am 15. Mai gefeiert, mit dem Absingen der Eiseheiligenlieder «Kühle Nacht» und «O du geföhrliche». Dann erhalten die Kinder auch ihre Geschenke. Der Eiseheiligenverkauf beginnt in den Warenhäusern meist schon nach Ostern.

Parallel dazu, auch als Konkurrenz, findet die Schafskälte statt. Ihre Organisator:innen stammen hauptsächlich aus der Klimajugend. In Workshops wird zusammen der natürliche Gefrierpunkt getriggert, oder es werden in Guerillaaktionen in der ganzen Stadt Eisblumen gepflanzt.

Weitere wichtige Feiertage sind die Hundstage vom 23. Juli bis am 23. August. Das sind die längsten Feiertage, am Pfingsthunds-tag, immer in der ersten Woche der Hundstage,

bellern um 10 Uhr die Kirchenhunde Sturm. Hunde fahren in dieser Zeit im öffentlichen Verkehr kostenlos, es herrscht freier Einlass in die Hundehäuser. Leute ohne Hund haben ohne Grund arbeitsfrei.

Man sieht, das Programm ist zu drei Vierteln voll, und allerhand sonstige Tage füllen den Veranstaltungskalender weiter auf. Frauen haben ihre Tage, auch Kampftage; Männer Jammertag, Millionen feiern Geburtstag. Diverse Namenstage erhöhen den sozialen Druck zusätzlich, ganz zu schweigen von den Gedenktagen wie dem Weltmilchtag (1. Juni), dem Deutschen Mührlentag oder dem Ich-liebe-meinen-Zahnarzt-Tag (2. Juni), die teilweise auch arbeitsfrei sind, wie etwa der Tag des Schlafes am 21. Juni (leider nur in Deutschland). Die zwangsläufige Sorge, wann überhaupt noch gearbeitet werden kann, konnte man behördlicherseits mit dem Arbeitstag abfedern, der praktisch täglich gefeiert wird. Und damit sich das Bruttoinlandsprodukt weiter erhöht, werden jedes Jahr im sogenannten Tagebau immer noch mehr Tage hergestellt.



Ruedi Widmer feiert immer am Ruedi-Widmer-Tag Geburtstag. Leider ist dieser Tag meist noch nicht arbeitsfrei.



Wimmelpass: Finde diese Gegenstände auf der folgenden Doppelseite!

VOLKSSCHULE

Ein System am Anschlag

Seit Jahren setzen etliche Kantone auf Integrationsklassen. In Basel-Stadt verlangt nun eine Initiative die Rückkehr zu Kleinklassen. Ist der Traum vom Klassenzimmer, das allen Platz bietet, geplatzt?

VON RENATO BECK (TEXT) UND SAMUEL SCHUHMACHER (ILLUSTRATIONEN)

Die Jugend wird immer verdorbener und disziplinloser, sie tyrannisiert die Lehrer:innenschaft wie nie zuvor. Derartige Klagen finden sich auf sumerischen Tontafeln und in Platons sokratischen Aufzeichnungen. Heute sind sie zu hören, wenn Wirtschaftsverbände über faule, fachlich ungenügende Lehrlinge jammern – oder Lehrer:innen die Zustände im Klassenzimmer beanstanden. Bloss: Wenn es in der Antike schon kaum mehr auszuhalten war und seither immer schlimmer wurde, wo stehen wir dann heute?

Im Kanton Basel-Stadt hat der Berufsverband der Lehrer:innen, die Freiwillige Schulsynode, vor einem Jahr ihre Mitglieder gefragt, was Entlastung brächte. Kleinere Klassen wurden zuvorderst genannt – heute dürfen je nach Leistungsniveau maximal 25 Schüler:innen in einer Klasse sein. Gleich danach: die Wiedereinführung von Kleinklassen, in denen man Verhaltensauffällige, Lernschwache und notorische Störenfriede unterbringen kann. Es kann so nicht weitergehen, darüber ist sich die Mehrheit der Basler Lehrer:innen einig. «Die Gesellschaft hat sich verändert. Immer mehr Kinder haben weniger Frustrationstoleranz, Impulskontrolle und Durchhaltewillen, wenn sie in die Schule kommen», sagt Marianne Schwegler, Heilpädagogin und Geschäftsleitungsmitglied der Basler Schulsynode.

Einige Monate nach der Umfrage lancierten aktive und ehemalige Lehrer:innen in Basel eine Volksinitiative, die kräftig an bildungspolitischen Gewissheiten rüttelt. Die Initiative fordert sogenannte Förderklassen, tatsächlich aber: eine Rückkehr zur Kleinklasse, die in vielen Kantonen vom integrativen Unterricht abgelöst wurde. In Basel gibt es seit zehn Jahren keine Kleinklassen mehr. Kinder, die früher ausgesondert wurden, bleiben nun in der Regelklasse. Damit der Unterricht gelingt, werden die Klassenlehrer:innen von Heilpädagoginnen, Psychomotorikern oder fachlichen Assistent:innen unterstützt. Doch Schwegler, die mit der Lehrer:innenvereinigung die Initiative unterstützt, sagt: «Die Heterogenität ist riesig. Es hat so viele verschiedene Kinder, die man irgendwie mitnehmen muss, dass wir dem als Lehrpersonen immer öfter nicht mehr gerecht werden können.» Verhaltensauffälligkeiten und Lernschwächen würden sich im heutigen System teilweise noch verstärken.

«Romantik statt Praxiserfahrung»

Ein jahrzehntelanger, von internationalen Übereinkünften verlangter Prozess, der allen Kindern eine Chance auf angemessene Bildung und Berufsaussichten geben will,

scheint an den Realitäten zu scheitern. «Romantik statt Praxiserfahrung», konstatiert der ehemalige Basler SP-Präsident, Kleinklassenlehrer und Mitinitiant Roland Stark mit Blick auf die integrative Schule. Zur Disposition steht diese auch in Nidwalden, wo vor allem die SVP dagegen Stimmung macht. Ist der Traum vom Klassenzimmer, das allen Platz bietet, geplatzt?

Wer eine Antwort darauf sucht, landet irgendwann im Büro von Dennis Hövel an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik in Zürich. Hövel arbeitete früher als schulischer Heilpädagoge, heute ist er Professor. Sein Spezialgebiet: Entwicklungsförderung im Bereich Verhalten. Er kennt die vielen Studien zu integrativen und separativen Bildungssystemen. Erste Frage: Gibt es tatsächlich eine gesellschaftliche Tendenz – immer mehr Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten, die das System an den Anschlag bringen?

Hövel sagt, der Befund sei eindeutig: «Die Zahl ist in den letzten sechzig Jahren immer gleich geblieben.» Rund ein Fünftel aller Kinder hätten erhöhten Förderbedarf – bis zur Coronapandemie. In deren Verlauf, so Hövel, sei der Anteil derer, die besondere Betreuung bräuchten, auf dreissig Prozent gestiegen. Wobei der Bedarf nur selten erkannt



wird: Derzeit erhalten in der Schweiz nur rund fünf Prozent der Schüler:innen sonderpädagogische Fördermassnahmen. Derselbe Effekt lässt sich in Basel-Stadt beobachten, wo die Zahl der Abklärungen, die es dafür braucht, in den letzten beiden Jahren um etwa ein Drittel zugenommen hat. Ist die Sehnsucht nach Kleinklassen ein Coronaeffekt?

Hövel ist sich sicher, dass Kleinklassen die grundfalsche Antwort auf den Stress im Klassenzimmer wären: «Wenn ich Kinder in die Kleinklasse abschiebe, nehme ich ihnen den wichtigsten Treiber für eine gesunde, positive Entwicklung, nämlich den Kontakt mit nicht belasteten Kindern und Jugendlichen.» Wenn die Initiant:innen argumentieren, in Förderklassen könne besser auf Kinder mit Problemen eingegangen werden, entgegnet Hövel: «Den Verlust dieser Kontakte kann kein Experte wettmachen.»

«Extreme Stigmatisierung»

Verstärkt wird der soziale Ausschluss durch die Stigmatisierung, die eine Karriere in der Kleinklasse bedeutet. «Einmal drin, immer drin», sagt Pierre Felder, Basler Volksschulleiter im Ruhestand. Felder hat die Basler Schule über Jahrzehnte geprägt und auch den Übergang zur integrativen Schule vorangetrieben, die Separation, wo nötig, aber zugelassen. Er spricht von einer «extremen Stigmatisierung», die eine Karriere in der Kleinklasse mit sich bringe. Eine Integration ins Berufsleben sei danach sehr schwierig (vgl. «Für alle» heisst: nicht für Laurin).

An eine Durchlässigkeit des Systems, wie es die Basler Initiative vorsieht, wo ein Kind nur befristet in der Kleinklasse wäre und dann wieder in den Regelunterricht zurückkehrte, glaubt Felder nicht. «Dieses System ist schwer steuerbar und tendiert dazu, fortlaufend zu wachsen.» Die Zahl der ausgesonderten Kinder wuchs

in Basel-Stadt bis zum Wechsel ins integrative System stetig, bis sie den Höchststand von über elf Prozent erreicht hatte – drei Mal so hoch wie heute.

Abgeschoben wurden früher überproportional oft Kinder ohne Schweizer Pass. Die Kleinklasse war ein Sammelbecken für Kinder, die den reibungslosen Unterricht störten. Um ein Kind loszuwerden, brauchte es keine Abklärungen, keine anfechtbare Verfügung, sondern bloss das Einverständnis der Eltern. «Dieses war bei Schweizer Eltern oft nicht leicht zu erhalten, ausländische Eltern dagegen konnten sich dem Druck schlechter widersetzen», sagt Felder.

Druck spürt auch Urs Bucher, Leiter der Basler Volksschule. Aufgrund der nötigen Abklärungen dauert es sehr lange, bis Kinder, die als schwer integrierbar gelten, in die noch bestehenden Spezialangebote wechseln können. Und die Unzufriedenheit vieler Lehrer:innen damit ist gross. Man müsse das ernst nehmen, sagt Bucher, er verspricht «Verbesserungen im System». Doch eine Rückkehr zur Kleinklasse lehnt er ab. Stattdessen rät er zu einer Rückbesinnung im Bildungswesen, auf das, was er «unsere Daseinsberechtigung» nennt: «Das Kind steht im Zentrum aller unserer Tätigkeiten – nicht die Lehrpersonen.»

Und doch kommt den Lehrer:innen eine zentrale Rolle zu. Zurück zu Dennis Hövel an der Hochschule für Heilpädagogik. Hövel glaubt, dass die Lehrer:innen der Schlüssel zum Erfolg sind. Oder vielmehr: den Schlüssel dazu in den Händen tragen. Heutige Lehrer:innen seien durchaus fähig, mit unterschiedlichsten Leistungsniveaus umzugehen – an den Anschlag bringt sie die Heterogenität

im Verhalten. «Dabei gibt es bewährte Konzepte, um Stresssituationen für Kinder und Lehrkräfte zu vermeiden.»

Hövels Botschaft: Der Umgang mit Auffälligkeiten ist genauso gut beherrschbar wie jener mit Leseschwäche. Doch dieses Verständnis fehle mitunter an Schulen. Wer nicht verstehe, was im Klassenzimmer passiere, verschlimmere schwierige Situationen oft, statt sie zu entschärfen. Aggressionen etwa seien fast immer auf Ängste zurückzuführen. Sanktionen helfen also selten weiter. Woher kommen die Ängste, wie kann man ihnen begegnen? Heute wüssten oft nur Heilpädagoginnen und Schulpsychologen darüber Bescheid. Doch diese würden an vielen Schulen falsch eingesetzt: für die Eins-zu-eins-Betreuung statt den Unterricht vor der ganzen Klasse.

Hövel fordert einen Perspektivenwechsel. Heute wird integrative Schule als ein unbelastetes System verstanden, in das belastete Kinder integriert werden. «Doch alle Kinder sind irgendwo belastet», sagt Hövel. Studien seien da eindeutig: Würden Lehrer:innen eng mit Heilpädagog:innen gleichermassen an sozialen Kompetenzen wie an den akademischen Leistungen arbeiten, gäbe es auf allen Ebenen Verbesserungen.

Nicht isolieren, sondern integrieren

An einem ganz anderen Ort, bei der Basler Polizei, hat man ähnliche Erfahrungen gemacht. Die Abteilung Gewaltprävention bietet Hilfsangebote für Schulen an. Sie sind besonders beliebt bei gestressten Lehrer:innen, denn sie gelten als wirksam. Für grenz-

Ist die Sehnsucht nach Kleinklassen auch ein Effekt der Coronapandemie?



verletzende oder gewalttätige Kinder gibt es etwa ein zwölfwöchiges Konflikttraining. Am stärksten nachgefragt ist ein Programm namens Klassenintervention. Psycholog:innen der Polizei rücken aus, wenn Lehrer:innen Alarm schlagen. Auslöser sind Gruppendynamiken, die ein vernünftiges Unterrichten verunmöglichen, oder Konstellationen, in denen einzelne Kinder unter die Räder kommen. Leonie Meyer, Leiterin des Ressorts, sagt, sie würden immer mit der gesamten Klasse arbeiten – auch wenn das Problem vermeintlich bei einigen wenigen liege: «Das grosse Veränderungspotenzial liegt bei den Zuschauer:innen. Sie haben die Macht in der Klasse, denn sie sind die grösste Masse.» Meyer verteilt dann rote und grüne Karten an alle Schüler:innen, und diese schreiben darauf Dinge, die ihnen am Umgang untereinander gefallen oder nicht gefallen. Über mehrere Monate arbeiten sie dann gemeinsam daran, die roten Karten abzubauen. «Je früher wir herbeigezogen werden, desto erfolgreicher sind wir», sagt Meyer.

Verhaltensauffällige nicht isolieren, sondern integrieren; mit allen arbeiten statt mit wenigen; Konflikte frühzeitig erkennen und bearbeiten: Die Ansätze der Präventionspolizei unterscheiden sich nicht von Ansätzen, mit denen integrative Schule gelingt. Und doch wünschen sich gestresste Lehrer:innen ein Stück Vergangenheit zurück. Sie beklagen, Basel-Stadt habe es mit seiner konsequenten Umsetzung der Integration zu weit getrieben. Dabei ist Basel, wie die übrige Schweiz, bestenfalls auf halbem Weg stehen geblieben, wenn es um gleichwertige Bildung für alle geht. Der nächste Schritt dorthin lautet: inklusive Schule. In Italien werden 99 Prozent aller Schüler:innen gemeinsam unterrichtet – seit 1977. Trotz deutlich geringerer Ressourcen und vieler fehlender Fachkräfte: Die Inklusion ist unantastbar.

ENDSTATION PSYCHIATRIE?

«Für alle» heisst: nicht für Laurin

Die integrative Schule möchte eine «Schule für alle» sein. Für manche Kinder gibt es dennoch keinen Platz. Viel zu schnell rutschen sie in eine Abwärtsspirale.

VON VALERIE ZASLAWSKI

Bereits von den Kindergärtner:innen hat Matilde Müller* täglich gesagt bekommen, was ihr Sohn wieder angestellt habe. Laurin* würde sich einfach so verstecken oder das Gelände verlassen, statt mitzumachen, er sabotiere Gruppenarbeiten und spiele immer nur, was und wie er gerade wolle. Laurin, erzählt seine Mutter heute, habe sich innert kurzem von einem fröhlichen Kind in ein unberechenbares verwandelt. «Manchmal erkannte ich ihn kaum wieder.» Morgens hatte sie grosse Mühe, ihn für den Kindergarten zu motivieren.

Als sich das erste Jahr dem Ende zuneigt, erklärt die Kindergartenleitung den Eltern, sie könne ihre Aufsichtspflicht nicht mehr erfüllen. Ihnen wird nahegelegt, Laurins Situation in einer psychiatrischen Tagesstruktur abzuklären. «Ich bekam das Gefühl vermittelt, eine schlechte Mutter zu sein, wenn ich nicht mache, was sie mir sagen.» Die Eltern entscheiden sich dennoch gegen diesen Vorschlag. Dem Abklärungsdruck indes kommen sie nach und lassen Laurin extern bei einer «Koryphäe» abklären, wie Müller sagt. Abgeklärt werden neben dem Intelligenzquotienten auch ADHS und das Autismusspektrum. Eine eindeutige Diagnose wird nicht gestellt. Der Psychiater befindet, Laurin brauche keine Therapie, vielmehr müsse sein Umfeld geschult werden. Für Kinder wie Laurin, deren kognitive Fähigkeiten stark ausgeprägt sind, sind grosse Klassen problematisch, da sie dort zu vielen Reizen ausgesetzt sind.

Nur an Defiziten orientiert

Im zweiten Kindergartenjahr besucht Laurin ein Spezialangebot mit nur wenigen Kindern. Der Psychiater schulte zudem das Umfeld im Sonderkindergarten. «Das war ein heilsames Jahr», sagt Matilde Müller. Laurin lebte wieder auf – und so gaben die Eltern auch dem Spezialangebot der Primarschule eine Chance. Optimal sei das Angebot nicht gewesen, sagt Müller – aber für eine Privatschule fehlte der Familie das Geld.

Den Eltern wird nahegelegt, auch im Spezialangebot der Primarschule mit den Lehrpersonen so gut wie möglich in Kontakt zu bleiben. Doch Laurin findet sich nicht zurecht. Die Stimmung in der Klasse ist laut und aggressiv, auch haben seine acht Mitschüler unterschiedlichste Leistungsniveaus. Schulisch unterfordert, fühlt sich Laurin an dieser Schule überfordert. Der Fokus liegt auf seinem Verhalten, ständig geht es darum, was er besser machen könnte. «Defizitorientiert», sagt Müller. War Laurin vor Beginn der Primarschule noch ein offenes Kind, erlebt ihn Müller jetzt nach der Schule oft wütend oder verschlossen: «Ich habe am Morgen ein Kind zur Schule gebracht und am Abend ein anderes abgeholt.» Von der Schulseite her wird die Familie zu erneuten Abklärungen gedrängt, mit dem Ziel einer heilpädagogischen Unterstützung. Erneut fällt die Diagnose uneindeutig aus.

Das ist der Moment, als Müller zu realisieren beginnt, dass das grosse Versprechen der «Schule für alle» ein leeres ist. «Für alle» heisst: nicht für Laurin.

Wenig Alternativen

In Basel-Stadt wird die «Schule für alle» seit rund zehn Jahren praktiziert. Das integrative Konzept der Volksschule sieht vor, dass prinzipiell alle Kinder die Regelklasse besuchen sollen – dank individuell abgestimmter Fördermassnahmen. Nun aber, da in manchen Klassen bereits jedes zweite Kind heilpädagogische Unterstützung braucht, hat im Januar ein Komitee aus dem Schulbereich eine Initiative lanciert, die neben Integrations- auch wieder Förderklassen einführen möchte (vgl. Haupttext). Für Schüler:innen wie Laurin jedoch ist selbst die breite integrative Schule zu eng gefasst. Erscheint eine integrative Beschulung nicht mehr möglich, kommen laut dem Basler Erziehungsdepartement die erwähnten Spezialangebote zum Zug. So werden aktuell 342 Schüler:innen separativ oder in einer nicht-staatlichen Sonderschule unterrichtet. Hinzu kommen Kinder, die ein Schulheim besuchen. Für all diese Kinder gibt es wenig Alternativen.

Manche von ihnen geraten in eine Abwärtsspirale – die sich im Fall von Laurin immer schneller zu drehen begann: Nach drei Jahren Sonderprimarschule wechseln Schulleitung, Klassenlehrerin und Klassenzusammensetzung. Die Eltern weisen die Schule darauf hin, dass das für Laurin schwierig sein könnte.

Und dann der grosse Schock: Nur fünf Wochen nach Beginn des neuen Schuljahrs teilt man den Eltern mit, dass Laurin nicht mehr beschulbar sei. Nicht nur die Eltern, auch die Lehrpersonen wirken überfordert. Im Wissen um die begrenzten Möglichkeiten des schulischen Apparats empfehlen sie eine ausser-schulische Förderung.

Die Familie zieht die Notbremse und lässt Laurin krank-schreiben. In den Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) erfolgt eine erneute Abklärung. Insbesondere suchen die Eltern dort nach einer angemessenen Beschulungsform. Endstation Psychiatrie – mit neun Jahren? «Ich könnte kotzen», sagt Müller. Das Konzept der «Schule für alle» sei zwar «lobenswert», deren Umsetzung jedoch «eine Katastrophe». Ihrem Wunsch, konkrete Vorschläge für geeignete Privatschulen zu erhalten, sei man in der UPK nicht nachgekommen.

Aufgrund ihrer offenen Lernkonzepte könnten Privatschulen eine Alternative zur Volksschule darstellen. Im heutigen System jedoch werden sie laut dem Basler Erziehungsdepartement nur noch in Ausnahmefällen bezahlt, wenn kein eigenes bedarfsgerechtes Angebot verfügbar ist. Von über 16 000 Volksschüler:innen gehen derzeit nur 14 auf eine vom Kanton finanzierte Privatschule. Nur wenige Eltern können sich das aus eigenen

Mitteln leisten. Die Lösung, die für Laurin in der UPK auf dem Tisch liegt, sieht denn auch vor, dass er in die Schule zurückkehrt, aus der er gerade erst rausgefliegen ist – oder in ein Schulheim kommt. Beides kommt für die Eltern nicht infrage. Hilflosigkeit macht sich breit. Gleichzeitig setzen die Abklärungen Laurin zu. In der UPK kann er nachts nicht mehr schlafen.

Flucht ins Ausland

Die Mutter entscheidet sich für einen radikalen Schritt: Sie wandert gemeinsam mit ihrem Sohn aus und entzieht sich damit der hiesigen Schulpflicht. Sie atmet durch und findet neue Perspektiven für Laurin, für sich. Müller spricht von «Heilung», die notwendig sei, bevor ihr Sohn einen Neuanfang wagen könne. Laurin selbst sagt, dass es ihm wieder gut gehe, seit er Schule und Abklärungen hinter sich habe. Die Geschichte hat ein Happy End, weil Müller den Mut hatte, auf ihr Bauchgefühl zu hören und den Jungen vorerst aus der Schule zu nehmen. «Ich hätte früher handeln sollen», sagt sie heute. Im Rückblick hätte sie jeden zusätzlichen Job angenommen, um das Geld für eine Privatschule aufzutreiben.

Seit Februar besucht Laurin eine ausländische und dadurch wesentlich günstigere Privatschule. Und plötzlich scheint alles einfach: Den Schüler:innen wird auf Augenhöhe begegnet, sie werden gefördert, wo sie stark sind – und bekommen mehr Zeit, wo sie sie brauchen. Laurin, so Müller, erzähle nun täglich motiviert, welchen neuen Stoff er gelernt habe.

Davon jedoch, dass Privatschulen mit ihren alternativen Konzepten etwas leisten, was Regelschulen nicht leisten (können), sind nicht alle überzeugt. Irène Fontanilles etwa berichtet, dass in ihrer langjährigen Karriere als Leiterin der Klinikschulen an der UPK noch nie keine Lösung für ein sogenannt schwer integrierbares Kind gefunden worden sei: «Ziel der Abklärung ist es, herauszufinden, warum manche Kinder sich so verhalten, dass der Verdacht entsteht, sie seien schulisch nicht integrierbar.» Die UPK sei «keine End-, sondern eine Zwischenstation», immer mit dem Ziel einer Reintegration. In ihrer Erfahrung sei «die Schule nicht der Ursprung der Krise oder gar der Erkrankung des Kindes, diese mag sich im schulischen Umfeld jedoch zeigen».

Matilde Müller bringen solche «aalglatten Aussagen» auf die Palme: Ihr Erleben als berufstätige Mutter, die jahrelang dafür kämpfte, dass ihr Sohn die ihm zustehende Bildung in einem entsprechenden Rahmen erhält, deckt sich nicht mit diesen Aussagen. Laurins Verhaltensauffälligkeiten, worauf die Schule den Fokus hauptsächlich gerichtet habe, hätten sich eher an der Schule manifestiert. Lehrpersonen hätten ihr bestätigt, dass Laurin auf eine kleine Klassengrösse angewiesen und im staatlichen Spezialangebot schulisch unterfordert sei. Müllers Fazit: «Die Schule konnte in seinem Fall den Lehrauftrag nicht erfüllen.»

* Namen von der Redaktion geändert.

Die Texte zu diesem Schwerpunkt entstanden in Zusammenarbeit mit dem Basler Onlinemedium «Bajour».

Veranstaltungen

moods

Do 02.06. Fanfara Station
 Fr 03.06. Psychedelic Music Explosion
Derya Yildirim & Grup Simsek
 Sa 04.06. Helado Negro
 Mo 06.06. Aquaserge
 Di 07.06. Antibalas



Sa 11.06. Los Que Son Son Tocan Pupy
 So 12.06. Omri Ziegele «Where's Africa»
 Mo 13.06. Florian Weiss' Woodoism
 Mi 15.06. Valentin Liechti Trio

Alle Infos: 

Unterstützt von  Stadt Zürich Kultur  Kanton Zürich Fachstelle Kultur  Hauptsponsorin Zürcher Kantonalbank

Infused

Get your tickets now!

Sonnenberg
Kriens LU

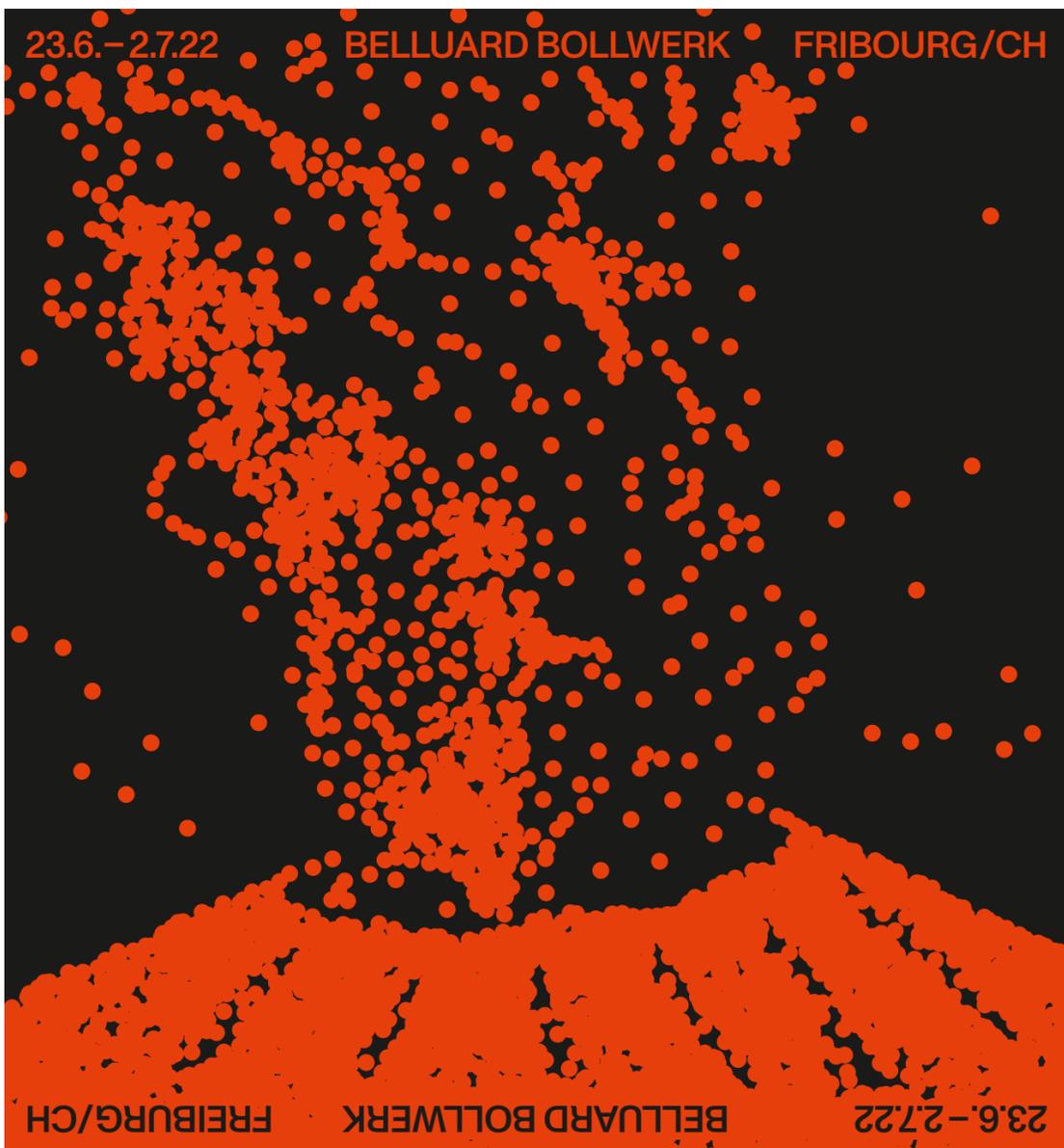
with
many
multi-
colored
hues.

16. bis 18.
Juni 22

Sides
Festival

O nein, es ist bloss ein Ufo! Wie schade!

23.6.-2.7.22 BELLUARD BOLLWERK FRIBOURG/CH



23.6.-2.7.22 BELLUARD BOLLWERK FREIBURG/CH



RADIO 3 FACH



«Einheimische Frau mit Blume», 1891. In Wahrheit fand Gauguin auf Tahiti nicht das Paradies, das er sich vorgestellt hatte. FOTO: ERICH LESSING, AKG-IMAGES

GAUGUIN AUF TAHITI

Ist der alte Franzose noch zu retten?

Das Gegenteil von Cancel Culture: Die postkoloniale und feministische Kritik an Paul Gauguin korrigiert kunsthistorische Verklärungen, schafft neue Einsichten in alte Kunst und macht sein Werk für die Zukunft haltbar.

VON DANIELA JANSER, BERLIN

Was sehen wir? Eine Frau mit langen schwarzen Haaren in einem hochgeschlossenen, langärmeligen blauen Kleid. Am Hals und an den Handgelenken lugt eine kunstvoll gezackte weiße Bluse hervor. Die Frau ist dunkler Hautfarbe, sie schaut an uns und am Maler vorbei in die Weite, das schöne Gesicht wachsam und selbstbewusst, die Haltung majestätisch. Sie trägt einen Fingerring, dazu Blumen: Eine steckt zwischen den Fingern, weitere sind um ihren Kopf drapiert. Gemalt wurde farbgewaltig und kontrastreich: dunkles Blau, sattes Gelb und Rotbraun im Hintergrund. Über dem streng gezogenen Scheitel der Frau steht die Inschrift «Vahine no te Tiare», rechts oben wächst aus einer Blume die Signatur: P. Gauguin.

Es ist das allererste Bild, das der französische Maler Paul Gauguin von der Südpazifikinsel Tahiti nach Paris schickte. 1891 war er dorthin entflohen, getrieben von Welt- und Stadtfucht, modernem Ennui, romantischen Sehnsüchten. Bezahlt hatte sein Ticket die französische Kolonialverwaltung. Der Auftrag: den Archipel Polynesien und seine Menschen zu porträtieren.

Viele Spannungen also, die in Gauguins Gemälde mitschwingen. Darunter nicht zuletzt seine Enttäuschung über das direkt nach seiner Ankunft von ihm als verloren erklärte Paradies. Auch im übertragenen Sinn erschien ihm diese Südseeschönheit zugeknöpft und distanziert – bereits uniformiert von der französischen und christlichen Kultur; die erhoffte Exotik ist bloss noch zu erahnen, kommt quasi als Blumenkonserve daher.

«Mystik und Erotik»

Wie die Ausstellung «Why Are You Angry?» in der Alten Berliner Nationalgalerie gekonnt auffächert, ist das Spätwerk des 1903 auf der polynesischen Insel Hiva Oa mit 54 Jahren verstorbenen Gauguin nur zu verstehen, wenn man sein konfliktreiches Verhältnis zu Tahiti genau unter die Lupe nimmt. Die kleine Schau zeigt die – teils witzige, teils etwas angestrenzte – Auseinandersetzung zeitgenössischer polynesischer Künstler:innen mit Gauguins Erbe, bündelt aber auch die seit Jahren erarbeitete postkoloniale und feministische Kritik an seiner Südseeobsession.

Diese kritische Konfrontation ist älter, als man heute vielleicht denkt. Schon 1989 hat die New Yorker Kunsthistorikerin Abigail Solomon-Godeau in ihrem Essay «Going Native» (etwa: «Eingeboren werden») viele Problemzonen benannt: die Diskrepanz zwischen der kolonialen Realität und ihrer retroaktiven Verklärung als unberührtes Paradies – eine Sehnsucht, die Gauguin durchaus bediente; die exotisch-erotische Vermengung der vermeintlich unberührten Natur und Frau in den europäischen Köpfen; den Skandal, dass sich hier ein Repräsentant der Kolonialmacht zum «Wilden» stilisierte, mit minderjährigen Frauen zusammenlebte und diese Beziehungen in seinem halbfictionalen Tagebuchroman «Noa Noa» für die französischen Leser:innen als etwas ganz Normales zurechtschrieb.

Da verwundert es schon etwas, dass weder der aktuelle Wikipedia-Eintrag zu Gauguin noch die letzte grosse Schau seiner Werke in der Schweiz, die 2015 von der Fondation Beyeler ausgerichtet wurde, diese grundlegende Kritik angemessen reflektiert. Von «idyllischen Landschaften» war da im Ausstellungstext die Rede und von «sinnlichen Frauengestalten». Der Künstler feierte in den Tahitigemälden «seine Idealvorstellung von einer unversehrten exotischen Welt» – und verbinde darin «Natur und Kultur, Mystik und Erotik, Traum und Wirklichkeit auf harmonischste Weise».

Im Katalog zur Basler Ausstellung ist die Darstellung etwas differenzierter. Aber auch dort entsteht der Eindruck, die postkoloniale Kritik sei ein lästiges Gespenst, das man verscheuchen möchte, um wieder ungehindert mit den alten Kategorien hantieren zu können: Meisterwerke, Weltkunst, Harmonie – Gauguin als «der grosse untröstliche Magier».

Dabei geht vergessen, dass der Künstler selber kaum einfach auf Harmonie aus war und dass diese alten Kategorien oft mehr verstellen als erhellen. Mit einer postkolonialen und feministisch geschliffenen Brille lässt sich dagegen sehr viel Aufschlussreiches aus diesen Bildern herauslesen. Wenn Gauguin als Meisterwerkmalers und Ikone der Moderne auch in Zukunft Bestand haben soll – wo-

für es gute Gründe gibt –, müssen Kunstkenner:innen und Publikum diese Erkenntnisse endlich systematisch mitdenken: im Sinne einer rettenden Kritik.

Künstlerische Sackgassen

Eine wiederkehrende Behauptung der Gauguin-Rezeption ist etwa, er habe seine Reise in die Südsee angetreten, um sich einen jungfräulichen Blick auf die Welt zurückzuholen. Und er sei getrieben gewesen von der Suche nach dem «Ursprünglichen». Diese Erklärung überblendet banalere Faktoren, die biografisch näher lagen: seine Flucht vor Frau und Kindern, seine Midlife-Crisis, sein Hadern als Künstler. Biografisch verbürgt ist auch die Tatsache, dass ihm die Idee, nach Tahiti zu reisen, nach mehreren Besuchen der Pariser Weltausstellung von 1889 kam, wo Frankreich seine kolonialen «Eroberungen» zur Schau stellte. Eine nachgebaute Hütte von «Eingeborenen» Polynesiens hatte es Gauguin besonders angetan. Tahiti verspreche ein einfaches Leben «ohne materielle Sorgen und Geld», schrieb er an einen Malerkollegen.

Sein Wunsch nach etwas «Ursprünglichem» war also von Beginn weg gefiltert und vorgeformt durch die Inszenierung der Kolonialmacht. Bereits als die Missionare und dann die Kolonialtruppen zum ersten Mal ihren Fuss in den Sand von Tahiti setzten, veränderten sie diesen Sand und seine Umgebung unwiderruflich. Für Gauguin als späteren Eindringling blieb ein authentisches Davor sowieso verstellt. Und natürlich ist auch die Behauptung eines früheren paradiesischen Zustands eine christlich geprägte Projektion. Dazu kommt, dass Gauguin es ohne finanzielle Unterstützung der Kolonialherren gar nie bis in den Südpazifik geschafft hätte – was ihn nicht daran hinderte, seine Sponsoren später auch zu kritisieren.

Fotografische Vorlagen

Ebenfalls bezeichnend: Gauguin malte oft nicht nach der Natur, sondern benutzte Fotografien als Vorlagen, die er mit auf die Reise genommen hatte; ein Medium, das er vorgab zu verachten. In Berlin wird etwa das Beispiel eines beliebten Gauguin-Motivs analysiert, das eine junge Frau zeigt, die anmutig an einer Wasserquelle trinkt, Titel: «Mysteriöse Quelle». Auf der fotografischen Vorlage ist deutlich eine Rohrkonstruktion zu sehen, es handelt sich also nicht um eine paradiesische Naturszene, sondern um einen fix installierten Brunnen. Was die Berliner Schau allerdings unterschlägt: Auch auf Gauguins Bildern ist ein Rohr zu erkennen, das bei ihm etwas unvermittelt aus der idyllischen Natur ragt.

Sogar wenn Gauguin Tahiti in einen erfindenen Zustand «vor der Zivilisation» zurückmalen wollte, bleiben deren Spuren in vielen Bildern sichtbar: Die Werke sind «klüger» als ihr Erschaffer und auch als viele ihrer Kritiker:innen. Das gilt für die traditionelle Kunstbetrachtung wie für die postkoloniale Kritik. Die einen geben an, er habe das unberührte Paradies, das er auf Erden nie gefunden habe, in seiner Kunst wiederauferstehen lassen – und bezeichnen ihn so bewundernd wie verharmlosend als Erotomanen, Avantgardisten und Genie. Manche Exponent:innen einer postkolonialen Lesart wiederum betonen, Gauguin habe als pädophiler Sex-tourist die echte Karibik mit seinen exotischen Fantasien zugekleistert oder sie sich zumindest unrechtmässig angeeignet.

Beide Lesarten zielen am Potenzial der Bilder vorbei. Denn in ihnen ist eine komplexere historische Wahrheit gespeichert, die weit über künstlerische oder kritische Absichten und biografische Abgründe hinausweist. Gauguins Bilderwelt sagt weniger über Tahiti und seine Bewohner:innen als vielmehr über den Clash von westlichen Fantasien und Projektionen mit einer erstaunlich robusten Realität aus. Das illustriert in der Berliner Ausstellung auch ein Video einer polynesischen Frauenrunde, die sich zuerst auf unterhaltsame Weise über die seltsamen Frauenporträts des toten Franzosen lustig macht. Bis sie merken, dass etwa diese «Vahine no te Tiare» – was «Einheimische Frau mit Blume» bedeutet – bis heute viel mehr Power hat als ihr Schöpfer. Ihr muss auch niemand etwas von einem verlorenen Paradies erzählen.

«Why Are You Angry?» ist noch bis am 10. Juli in der Alten Nationalgalerie in Berlin zu sehen. Den Katalog gibt es für 28 Euro im Webshop: www.smb-webshop.de.

DIGITALE KULTUR

«Subversion ist kein Privileg der Linken»

Warum Internetmemes einem uralten kulturellen Muster folgen und zugleich kaum moderner sein könnten: Die Berner Literaturwissenschaftler:innen Joanna Nowotny und Julian Reidy forschen zu den oft witzigen Text-Bild-Collagen, die das Netz bevölkern.

INTERVIEW: DANIEL HACKBARTH



WOZ: Joanna Nowotny, Julian Reidy, wenn Sie im Bekanntenkreis erzählen, dass Sie eine wissenschaftliche Studie über Memes verfasst haben – wie oft ernten Sie da bloss verständnislose Blicke?

Joanna Nowotny: Das gibt es schon immer noch, dürfte aber auch eine Frage des Alters sein. Wobei Memes inzwischen in der Elterngeneration angekommen sind: Viele haben ja Familien-Chatgruppen, in denen auch Memes geteilt werden. Oft ist man aber vor allem überrascht, dass Memes ein interessanter Forschungsgegenstand sein sollen. Da kommt dann der Vorbehalt: Ihr habt ein Buch geschrieben über lustige Bildchen, die im Internet geteilt werden?

Julian Reidy: Es gibt auch Millennials, die erstens fragen: Memes – was ist das? Und zweitens: Darüber soll man kultur- und literaturwissenschaftlich forschen können?

Und wie lautet Ihre Antwort?

Reidy: Das Erste ist relativ schnell erklärt: Memes meinen eine Informationseinheit, in der

Die Memeforscher:innen

Joanna Nowotny (33) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Schweizerischen Literaturarchiv in Bern, sie forscht zu Comics und schreibt freiberuflich für den «Bund». In ihrer Doktorarbeit beschäftigte sie sich mit der jüdischen Rezeption des Philosophen Sören Kierkegaard.

Julian Reidy (35) forschte und lehrte an den Universitäten Genf und Bern und habilitierte mit einer Arbeit zu Raumsemantiken in Thomas Manns Erzählwerk. Ab Sommer ist er als Gymnasiallehrer und Dozent in Bern tätig.

Das Buch «Memes. Formen und Folgen eines Internetphänomens» ist diesen Frühling im Transcript-Verlag erschienen (260 Seiten, 30 Franken).

um vorgestellt, wo in der Regel Literatur im klassischen Sinn diskutiert wird. Dort war man schon erstaunt über unseren Beitrag.

Reidy: Das war kurz nach den rechtsextremen Ausschreitungen in Charlottesville 2017, bei denen die Symbolik des Pepe-Memes eine Rolle spielte und wo man plötzlich sah, dass ein Zusammenhang zwischen Memes und rechtsextremem Gewalt existiert. Damals begann man zu registrieren, dass es keine klare Unterscheidung gibt zwischen einem abgefuckten Nazionlinespace und der Realität, dass das durchlässig ist.

Trotzdem ist Ihr Thema aus wissenschaftlicher Sicht eher apart, oder?

Nowotny: Wir haben nun zwar die erste deutschsprachige Monografie zu Memes veröffentlicht, international gibt es in der Medien- und auch Bildwissenschaft aber bereits eine relativ umfangreiche Forschung zu Memes.

Reidy: Unsere Innovationsleistung liegt darin, dass wir mit dem interpretatorischen und begrifflichen Rüstzeug der Literatur- und Kulturwissenschaften diese sonderbaren kulturellen Artefakte analysieren. Wir lesen und würdigen Memes mit derselben Aufmerksamkeit, die man sonst für Texte von Franz Kafka oder Thomas Mann reserviert. Und das war und ist auch gerechtfertigt durch die Komplexität und den hohen Grad an Ambivalenz, den diese Artefakte entfalten.

Wie würden Sie definieren, was ein Meme ist?

Nowotny: Ein Meme ist eine kulturelle Formation – ein Text, ein Bild, ein Gif, ein Video oder eine Kombination dieser Elemente –, die verbreitet und im Akt dieser Verbreitung immer wieder von verschiedenen Rezipient:innen verändert wird. Wir nennen das memetische Replikationsketten. Dass Inhalte an verschiedene Kontexte angepasst und endlos variiert werden, ist ein Muster, das wahrscheinlich so alt ist wie die Kultur selbst. Es hat aber mit der spezifischen Qualität der digitalen Kultur zu tun, in der alle gleichzeitig Produzent:innen und Rezipient:innen sind, dass dieses Muster jetzt einen solchen Siegeszug angetreten hat.

Gerade die ständigen Modifikationen unterscheiden ein Meme also von einem bloss viralen Inhalt, etwa einem lustigen Foto, das geteilt wird, aber unverändert bleibt?

Nowotny: Genau, Veränderung muss im Spiel sein. Wir haben den etwas hochtrabenden Neologismus der «Memesis» geprägt, um dieses rezeptions- und produktionsästhetische Merkmal auf den Punkt zu bringen.

Reidy: Der Ausdruck spielt auf die Mimesis im Sinne von Aristoteles an, der damit eine anthropologische Konstante bezeichnen wollte: Wir haben Freude an Nachahmungen, an Darstellungsprozessen, an Schauspielen. Bei der Memesis handelt es sich aber nicht um eine bloss kopierende Wiedergabe, sie weist immer ein Moment der Umgestaltung auf. Daher gibt es auch kein Meme in der memetischen Kette, das beanspruchen könnte, das eine autoritative Original zu sein: Es gibt nicht «den» Autor, «die» Autorin oder «das» Original.

«Memesis» ist also Ihre Begriffsschöpfung?

Nowotny: Ja, das hat angefangen als Witz von mir – und dann haben wir uns gesagt: Komm,

wir nehmen den Begriff einfach ernst! So beginnt Theoriebildung manchmal. (Lacht.)

Reidy: Ich halte das aber auch für sachlich gerechtfertigt. Am Ursprung des Meme-Begriffs steht die Idee des Soziobiologen Richard Dawkins, dass überall dort, wo es Kultur gibt, auch Memes existieren. Damit meint er, in Entsprechung zum Begriff des «Gens», Bewusstseinsinhalte, die ihrerseits sozusagen vererbt und dabei modifiziert werden. Er spricht in diesem Zusammenhang von «Imitation». Um aber die spezielle Verschränkung von Produktion und Rezeption – eben nicht als Darstellung oder Nachahmung, sondern als umgestaltende, produzierende Rezeption – herauszustrichen, wollten wir einen neuen Begriff einführen.

Von Memes weiss man ja nie genau, woher sie stammen und wer sie verändert hat. Wenn also auf Memes klassische Konzepte wie Autorschaft oder Originalität nicht mehr passen, macht sie das zu etwas Subversivem?

Nowotny: Memes sind hier si-

cherlich exemplarisch für einen kulturellen Wandel – die Entmachtung von Geniekonzeptionen beispielsweise. Memes operieren auch oft bewusst mit einer Ästhetik des Hässlichen oder Parodistischen – schon allein das unterläuft Vorstellungen von einem Genie, das ein erhabenes künstlerisches Werk schafft. In dieser Hinsicht passen Memes sehr gut in unsere Zeit.

Reidy: Wir fragen aber auch: Was wird hier eigentlich unterwandert? Oft wird der Begriff der Subversion naiv verwendet: Memes gelten dann als basisdemokratisch entstandene Gebilde, die neue Formen der Partizipation für marginalisierte Gruppen ermöglichen und herrschende Normen subvertieren sollen. Das blendet aus, dass auch die andere Seite subversiv tätig sein kann, was erst nach den Schocks der Trump-Wahl und des Brexit so recht registriert wurde. Diese Ereignisse waren ja begleitet von einer memetischen Kakophonie – und man merkte: Subversion in einem demokratischen Gemeinwesen kann auch oder gerade heissen, dass man als Neonazi Memes generiert. Man hat fälschlicherweise lange geglaubt, dass Subversion ein Privileg der Linken oder kritischer Liberaler wäre.

Nowotny: Memes unterwandern zwar Konzepte von Autorschaft, und es ist auch oft eine anonyme Form der Produktion im Spiel. Man darf aber nicht vergessen, dass diese Anonymität auch der Äusserung von schlimmsten Gesinnungen und Ideologien entgegenkommt.

Reidy: In Memes kann sich ein kritisches Gewissen zu herrschenden Diskursen in farbenfroher und witziger Weise ausdrücken. Aber sie können auch von Nazis zur Rekrutierung und für Propaganda genutzt werden.

Wie kam es, dass Memes für die US-Rechte so wichtig geworden sind? Es gibt ja sogar den Begriff der «memetischen Kriegsführung», der etwa auch in einem von Ihnen zitierten Nato-Paper auftaucht: Memes werden gezielt für Propagandazwecke eingesetzt.

Nowotny: Man darf nicht vergessen, dass die angebliche Gezieltheit solcher Memeinsätze teilweise auch ein Mythos ist, was man am Beispiel des Comicfroschs Pepe zeigen kann. Über Pepe wurde ja viel in den Medien berichtet, nicht zuletzt weil



Joanna Nowotny



Julian Reidy





2016 das Wahlkampfteam von Hillary Clinton in einem Video klargestellt hat, dass Pepe ein Symbol rechter Trump-Anhänger:innen sei. Das wurde medial aber aufgeblasen, vermutlich einfach, weil es ein interessantes und irgendwie absurdes Phänomen war.

Was hat es mit diesem Pepe auf sich?

Nowotny: Er war ursprünglich kein Nazi-symbol. Pepe ist eigentlich eine Comicfigur des Zeichners Matt Furie – ein harmloser «stoner», der ein bisschen rumsiff und nicht so wahnsinnig lebensfähig ist. Er ist gut gelaunt und nett, kein Nazi, der rassistisch daherredet. Als das Pepe-Meme im Kontext der Trump-Wahl gross wurde, haben Leute aus der rechten Onlineszene erzählt, sie hätten eine bewusste Umwertung vorgenommen, Pepe also gezielt als Symbol für ihre Ideologie reklamiert. Das wurde auch von den Medien so kolportiert, obwohl sich bald herausgestellt hat, dass das Blödsinn war. Memetische Reproduktionsketten sind in der Regel gar nicht so zu steuern, da sind zu viele Zufälligkeiten im Spiel.

Also sind viele Medien einem rechten Mythos aufgegessen?

Nowotny: Das hatte damit zu tun, dass man diese Memes plötzlich auf politischen Kundgebungen sah und merkte, dass dahinter reale Personen stehen, die Rechtsextreme wählen, auf Nazikundgebungen gehen, sogar Amokläufe verüben. Bei den rechtsterroristischen Attentaten der jüngeren Vergangenheit haben Memes oft eine Rolle gespielt, man findet sie etwa in den «Manifesten» der Täter oder gar im Akt selbst, wenn das Gewehr des Täters mit Memes beschriftet ist. Das war ein Schock für die breite Öffentlichkeit – und deswegen wurde viel über den Erfolg rechter Memes geschrieben. Man muss diese Dinge natürlich sehr ernst nehmen, aber trotzdem aufpassen, dass man nicht rechte Mythen füttert oder schlimmsten Ideologien potenziell sogar Anhänger:innen zuführt, indem man dauernd über sie und «ihre» Memes berichtet.

Reidy: Eine interessante Frage ist, wie solche Memes in den Mainstream gelangen. Wir beziehen uns dabei auf den Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen, der in anderem Zusammenhang von «Informationswäsche» gesprochen hat: Im klick- und profitorientierten Journalismus ist man oft bereit, auch mal eine Information oder Bildlichkeit aus einer obskuren Ecke zu reproduzieren, die eine Sensation verspricht. Indem man das aber tut, wird diese Information sozusagen eingewaschen – und so kommen eben auch Inhalte aus düsteren Ecken des Internets in den Mainstream.

Der Humor spielt bei Memes eine wichtige Rolle. Dadurch wirken sie affektiv und eignen sich gut, Gemeinschaft zu stiften ...

Nowotny: Das ist ein wichtiges Element. Humor ist aber kein definitorisches Kriterium für

Memes. Zwar ist ein Grossteil der erfolgreichen Memes humoristisch. Es gibt aber auch sehr viele, die es nicht sind, was gerade für rechte Memes gilt. Diese sind dann nicht nur für uns nicht lustig, weil sie rassistisch oder sexistisch sind, sie sind auch nicht lustig gemeint. Ein Beispiel wäre das Meme «Operation blue the jew», das darin bestand, dass Rechtsextreme auf Fotos vermeintlich jüdische Konzernchefs oder Prominente blau einfärbten, um so die angebliche jüdische Unterwanderung der Eliten vorzuführen.

Reidy: Wenn man ein Rezeptionsästhetisches Erfolgskriterium für Memes verallgemeinern wollte, wäre das nicht primär der Humor, sondern dass Memes an Affekte appellieren.

Sie können auch etwa Wutgefühle ansprechen.

Nowotny: Oder auch Ressentiments. Hier knüpfen wir an Simon Stricks Arbeit über «Rechte Gefühle» an: In seinem Buch zeigt er, wie die rechte Internetkultur generell mit affektiven Potenzialen arbeitet. Das gilt natürlich auch oder erst recht für die Memekultur.

Nochmals zu Pepe: Dass es sich dabei um eine eigentlich harmlose Comicfigur gehandelt hat, die dann von den Rechten in Beschlag genommen wurde, muss doch tragisch für den Schöpfer gewesen sein?

Nowotny: Ja – aber wenn die memetischen Replikationsketten erst einmal in Bewegung gesetzt sind, dann kann eine solche Bildlichkeit nicht einfach wieder «eingewaschen» werden. Ausser es ändert sich der kulturelle Kontext: Das war in Hongkong der Fall, wo Pepe als Symbol der Demokratieproteste auf einmal wieder aufgetaucht ist. Den Leuten dort war die ganze Trump-Geschichte gar nicht bekannt. Nur ein totaler Wechsel des kulturellen Rahmens kann also eine Bildlichkeit wieder neu besetzen.

Kurios ist die Anekdote über Richard Spencer, einen prominenten US-Neonazi, der auf offener Strasse ein Interview zum Pepe-Meme gab – und dann aus dem Nichts einen Faustschlag von einem Antifaschisten abbekam. Die Szene wurde selbst zum Meme und zigfach im Netz geteilt.

Reidy: Ja, das ist kurios. Aber so ist das eben mit der Referenzialität. Der Fall Pepe zeigt, warum es eines literatur- und kulturwissenschaftlichen Versuchs bedarf, sich dem Phänomen zu nähern. Denn dass ein Zeichen aus einem bestimmten Kontext plötzlich eine andere Bedeutung erlangt, ist aus unserer fachspezifischen Perspektive eigentlich trivial. In der Literaturwissenschaft weiss man längst: Die Autorin, der Autor ist tot und der Text als Zeichengebilde ist eine autonome Entität, er hat so viele Deutungspotenziale, wie es Leser:innen gibt. Deswegen ist es nicht möglich, dieses freie Spiel der Zeichen zu durchbrechen, indem man sich auf seine Autorschaft beruft. Sobald Pepe von einer kritischen Masse als Nazifrosch gelesen wird,

ist es viel einfacher, wenn auch Antifaschist:innen diese Lesart akzeptieren und dann eben ein Meme produzieren, in dem Pepe verprügelt wird – das ist erfolgversprechender, als ihn als Antifafrosch für sich zu reklamieren.

Nowotny: Das ist eine grundlegende Einsicht der sogenannten Rezeptionsästhetik: Kanonisiert werden nicht nur Werke, sondern auch Auslegungen. Entsprechend ist Pepe als Nazifrosch zur kanonischen Interpretation in unserem kulturellen Kontext geworden – eben nicht zuletzt auch befeuert durch die ganzen Medienberichte.

Apropos «memetische Kriegsführung»: Auch im Kontext des Kriegs in der Ukraine werden gezielt Memes eingesetzt – die «Süddeutsche Zeitung» schrieb neulich, dass die Ukraine auch dank Memes den Meinungskampf im Internet für sich entschieden habe.

Nowotny: Da wäre ich vorsichtig: Dass die Ukraine den Meinungskampf gewonnen hat, dürfte zwar für unseren kulturellen Kontext zutreffen, aber ob das auch in anderen Weltregionen so ist? Aber es stimmt natürlich, dass beispielsweise der Twitter-Account der ukrainischen Regierung bewusst auch mit Memes arbeitet. Auch die Auftritte von Präsident Wolodimir Selenski dürften sicher auf eine bestimmte Art inszeniert sein und mit bestimmten Rhetoriken arbeiten, die darauf angelegt sind, im Internet repliziert zu werden.

Aber machen sich Militärs wirklich Gedanken darüber, wie man Memes für den Cyberwarfare nutzen kann? Ist das so relevant?

Reidy: Um das zu beurteilen, bräuchten wir nachrichtendienstliches Geheimwissen. Aber wenn ich spekulieren müsste, würde ich sagen, dass selbstverständlich Leute im Sicherheitsapparat auch memetisch denken. Gerade Wladimir Putin scheint ja eine Schwäche für esoterisch angehauchte Ideologien wie Alexander Dugin zu haben. Es ist also naheliegend, dass sein Umfeld sensibel ist für bestimmte Symbole. Wenn man etwa an die Diskussion darüber denkt, was dieses «Z» auf den russischen Militärvehikeln bedeuten soll: Das ist eine aufmerksamkeitsheischende Bildlichkeit und ein Spiel mit Esoterik, damit, dass ein Wissen einem Kreis von Eingeweihten vorbehalten ist. So etwas soll Lust erregen, mehr darüber zu erfahren. Hier wirkt dieselbe diffuse Performativität –

ein Begriff von Simon Strick –, die auch Memes innewohnt: also eine Aktivierung latenter emotionaler Energien durch einfache und doch rätselhafte ästhetische Reize. Damit qualifiziert sich das «Z» auch als Meme. Ob das militärischen Nutzen hat? Wer weiss. Aber es könnte Teil einer Strategie sein.

Nowotny: Wir würden auch das Posten von Memes als Form politischen Handelns begreifen. Politische Handlungen sind ja auf einer Skala angesiedelt: Nicht nur der Urnengang, sondern eben auch eine memetische Meinungsäusserung vor einer breiten Öffentlichkeit ist politisch wirksam, drückt Werte aus und verbreitet sie. Es gibt zudem eine Verwandtschaft der Memekultur mit dem Trolling. Letzteres ist eine konfrontative Form der Kommunikation, der Provokation, der Unterwanderung – das Trolling kann auch benutzt werden, um gesellschaftliche Bruchlinien zu verstärken. Russland unterhält ja schon seit Jahren Trollfabriken, es wird also bewusst versucht, den westlichen Diskurs zu beeinflussen durch Menschen, die im Auftrag der Regierung trollen. Und das Trolling operiert sehr gerne mit Memes.

Gibt es auch linke Trollingstrategien?

Reidy: Es gibt Versuche, den Philosophen Slavoj Žižek zu einer Art linkem Jordan Peterson zu stilisieren – der kanadische Psychologe gilt der Rechten ja als Ikone im Kampf gegen die «politische Korrektheit» und ist oft Gegenstand rechter Memes. Trotzdem gibt es keine zentrale Persönlichkeit linker Memekultur, so wie das Peterson für die Rechte ist – oder Elon Musk, wie man inzwischen sagen muss. Zu fragen wäre auch, ob linke Memeproduzent:innen überhaupt an solchen Personalisierungen interessiert sind.

Nowotny: Gegenwärtig gibt es ja vor allem linke Memes, die Musk kritisch benutzen, um sich über ihn und das, wofür er steht, lustig zu machen. Es ist interessant, dass es eigentlich keine linke Galiionsfigur gibt. Dass Leute wie Peterson und Musk rechts so verehrt werden, liegt auch daran, dass sie ein bestimmtes Bild des männlichen Machers oder sogar Genies repräsentieren – das Bild eines Helden, der die Welt vor den ganzen feministischen und sonstigen Verirrungen retten soll. Entsprechend eine linke Heldenfigur etablieren zu wollen, würde einer kritischen linken Haltung wohl zuwiderlaufen.



PAP NDIAYE

Anwalt des aufgeklärten Friedens

Die Rechte in Frankreich hetzt mit Schaum vor dem Mund gegen den neuen Bildungsminister. Dabei könnte man sich einen gemässigeren Politiker als Pap Ndiaye in dem Land derzeit kaum vorstellen.

VON MARC ZITZMANN, PARIS



Ankunft zur ersten Kabinettsitzung: Pap Ndiaye ist ein Intellektueller, der bisher kaum mit der Welt der Politik vernetzt ist. FOTO: VINCENT ISORÉ, IMAGO

Die Ernennung von Pap Ndiaye zum Bildungsminister war die grosse Überraschung der am 20. Mai vorgestellten neuen französischen Regierung. Sie übertraf sogar die Verwunderung, die man angesichts der Beibehaltung der heftig umstrittenen Innen- und Justizminister aus der Vorgängerregierung empfinden mochte. Oder das Befremden, das die Ersetzung der ihrerseits respektierten, entscheidungsstarken Kulturministerin auslöste.

Wie zu erwarten war, wurde Ndiaye sogleich aus der rechten Schmutzdecke angegriffen. War Christiane Taubira, Tochter französisch-guyanischer Eltern und von 2012 bis 2016 Justizministerin, seinerzeit aus jenem Lager als «Äffin» verunglimpft worden, so haben sich die Attacken gegen den Sohn einer Französin und eines Senegalesen jetzt vom Biologischen aufs Ideologische verlegt. Für Marine Le Pen, die ewig glücklose Präsidentschaftskandidatin des rechtsextremen Rassemblement National, ist Ndiayes Ernennung «der letzte Stein in der Dekonstruktion unseres Landes, seiner Werte und seiner Zukunft». Parteifreunde Le Pens nannten den neuen Bildungsminister einen «rassistischen Aktivist» und einen «Bullenfeind» («anti-flic»).

«La Condition noire»

Laut einem anderen rechtsextremen Bewerber für das höchste Staatsamt, dem abgeschlagenen Éric Zemmour, werde Frankreichs Bildungsminister gar «die Geister der kleinen Franzosen umformatieren, um ihnen einzutrichtern, dass die Weissen ewig schuldig, die Schwarzen hingegen Opfer sind und dass wir ein Immigrationsland sind und es vor allem bleiben müssen». Rechtspopulistische Vertreter der einst staatstragenden Partei Les Républicains fügten dem hinzu, Ndiaye sei ein Propagandist der «Woke-Ideologie» und ein Adept des islamismusfreundlichen Linksextremismus («islamo-gauchisme»).

Keiner dieser Anwürfe hält auch nur einer flüchtigen Überprüfung stand. Es gibt kein ausgeglicheneres Temperament, keinen gemässigeren Apologeten des Mittelwegs als Pap Ndiaye. Weggefährten des Historikers beglaubigen, er erhebe nie die Stimme und besitze die beneidenswerte Gabe, jeden noch so hitzigen Konflikt zu besänftigen. Seine Schwester, die grosse Roman- und Theaterautorin Marie NDiaye, erwiderte auf die zitierten Attacken: «Pap ist nie extrem, nie radikal, er sucht die Einigung, den Konsens.» Ihr Bruder, so brachte es die Goncourt-Preisträgerin auf den Punkt, sei ein Anwalt des aufgeklärten Friedens.

Selbst charakterisiert sich Pap Ndiaye als «engagiert, aber nicht militant». Mit 25 Jahren erwachte in ihm bei einem Studienaufenthalt im Süden der USA das Bewusstsein für die

eigene Hautfarbe. Diesem fundamentalen Erlebnis entsprang eine Reihe von Publikationen, die das Wort «schwarz» im Titel tragen. «La Condition noire» (2008), ein 500-seitiger «Essay über eine französische Minderheit», verstand sich als Versuch, ein französisches Pendant zu den US-amerikanischen Black Studies zu begründen.

Nuancierte Konversation

Seine Fachkompetenz bringt Ndiaye regelmässig in Diskussionen zum weiten Problemfeld «Rassismus» ein, oft mit Verweis auf die Unterschiede zwischen Frankreich und den USA. «Universalistische» Bürgerrechtsbewegungen seien nicht, wie von manchen kritisiert, Bastionen alter weisser Männer, wären aber gut beraten, sich verstärkt Jüngeren, Andersfarbigen zuzuwenden; «partikularistische» antirassistische Vereinigungen ihrerseits neigten mitunter zu Nabelschau und Selbstgerechtigkeit. Einen Staatsrassismus gebe es in Frankreich nicht, wohl aber einen «strukturellen Rassismus», der zum Beispiel entsprechende Praktiken in der Polizei erkläre. Mit den jungen Vertreter:innen der «Wokeness»-Bewegung teile er die meisten Engagements (Kampf gegen Rassismus, Sexismus, Umweltzerstörung), nicht jedoch die Neigung zum Moralisieren. Man könnte so fortfahren – doch Ndiayes Grundhaltung ist klar: weder allzu versöhnliche Generalamnestie noch sektiererische Sippenhaft.

Als Leiter des Pariser Museums für Immigrationsgeschichte seit März 2021 hatte der Historiker den dort organisierten Debatten die Form höflicher, nuancierter Konversationen zu geben versucht. Die Teilnehmer:innen lud er ein, «sich durch den Standpunkt des Gegenübers verwandeln zu lassen». Vom Wegegang her ist Ndiaye ein Produkt der republikanischen Meritokratie, vom Habitus her ein fast idealtypischer Exponent der Kultur des akademischen Disputes. Unter der Obhut der alleinerziehenden Mutter, einer Lehrerin mit bäuerlichem Familienhintergrund, in einem «ausschliesslich weissen» Pariser Vorort aufgewachsen, brillierte er als Literatur- und Geschichtsstudent an Pariser Eliteschulen. Zwei von ihnen, die École des hautes études en sciences sociales und die Sciences Po, beriefen ihn später zum Dozenten.

Wie wird sich ein Intellektueller mit schwacher Vernetzung in der Politwelt auf einem derart exponierten Posten bewähren? Ndiayes Amtsvorgänger hatte mit einem Kulturkampf gegen «Wokeness» und «islamo-gauchisme» polarisiert. Der neue Bildungsminister seinerseits inaugurierte seine Amtszeit mit einer Verneigung vor dem durch einen Islamisten ermordeten Schullehrer Samuel Paty. Eine ebenso demütige wie konsensfähige Geste.

IM AFFEKT

Bis Deutschland untergeht

VON DAVID HUNZIKER



Einfach mal eine riesige Kanone zwischen die Beine klemmen und ein Stadion voller Menschen mit weissen Konfetti beschliessen. Eine Insektenplage aus einem brennenden Kinderwagen aufsteigen lassen. Sich als Kannibale verkleiden und den Keyboarder mit einem Flammenwerfer sieden. Zwei Stunden lang traurige Märsche dreschen und dazu Bubentwitze reissen – wird Rammstein nie langweilig?

Die banale Antwort lautet: Mit deutschem Schlager so viel Geld verdienen, zumal dank Millionen von Leuten weltweit, die davon nicht viel mehr als «Deutschland!» oder «Pussy!» verstehen, das wird dieser Band kaum mehr jemand nachmachen. Und es ist schwer zu übersehen, wie das zieht, zum Beispiel unter den 47000, die am Montagabend ins Zürcher Letzigrundstadion geströmt sind. Eine eigentliche Showmaschine aus blankem Stahl haben sie hier aufgetürmt, perfekt getaktet bis in jede Konfettifontäne, jede Scheinwerferfanfare, jede pyrotechnische Eruption. Dazu stampft die Musik im bombas-

tischen Gleichschritt, und Oberfeuerwerker Till Lindemann wirft die Kommandos ins selige Oval: «Zick Zack!» «Du hast!» «Ich will!»

Die Fallhöhe ist riesig. Zwischen der inszenierten Enthemmung und den rigiden Einlassregeln, die die Bandfirma angeordnet hat («Stoffsack in die Tonne!»). Zwischen Erhabenheitsstreben und der Schmutzdelromantik von Lindemanns Poesie. Zwischen teutonischem Pathos und Nazipointen («Deutschland, Deutschland über alles ... äh allen»). Eigentlich wäre es zum Lachen, aber dafür ist es dann doch zu laut und zu hell und zu heiss hier.

Einer könnte einem fast leidtun dabei: Christian «Flake» Lorenz, der den Songs mit seinem verspielten Keyboard nicht selten etwas Raffinesse gibt und der Show mit seinem ungelungenen Gehampel im goldenen Glitzeranzug zumindest eine Ahnung von Grotteske. Aber die säuft ab im Stadionrock, der viel braver ist, als er tut – und Rammstein werden weitermachen, bis ihnen der fossile Treibstoff ausgeht oder es Deutschland nicht mehr gibt.

Nun aber doch noch ein Witz: Wie viel passt unter eine Gürtellinie? – Ein Stadion voller Rammstein-Fans.

AUF ALLEN KANÄLEN

Public Relations

Vor Gericht und vor der Kamera: Die unselige Gerichtsverhandlung zwischen Johnny Depp und Amber Heard ist ein Lehrstück in Sachen Instrumentalisierung der Öffentlichkeit.

VON DANIELA JANSER

Was haben die Server der «Washington Post» mit dem Prozess Johnny Depp gegen Amber Heard zu tun? Viel. Denn würden diese Server nicht im US-Bundesstaat Virginia stehen, dann hätte die Gerichtsverhandlung der beiden Schauspieler:innen nicht in Fairfax, Virginia, stattfinden können. Was wiederum zur Folge gehabt hätte, dass diese Auseinandersetzung unter geschiedenen Eheleuten ziemlich sicher nicht live auf diversen YouTube-Kanälen übertragen worden wäre, wo eine unglaubliche Masse an Menschen das Spektakel in den letzten Wochen täglich stundenlang verfolgt und kommentiert hat.

Der Zankapfel: Ein gut drei Jahre alter Meinungsartikel aus der «Washington Post», in dem sich Amber Heard (per Ghostwriter) als Gewaltopfer beschreibt, von jungen Jahren bis heute. Ihr Ex Johnny Depp wird im Text nicht namentlich genannt. Wie die Zeitschrift «The New Yorker» zum Prozessende hin festgehalten hat, geht es eigentlich bloss um zwölf Worte aus diesem Artikel: «Vor zwei Jahren wurde ich zu einer öffentlichen Repräsentantin von häuslicher Gewalt.»

Defäkieren im Bett

Für diesen Halbsatz hat Depp, der darin eine Anspielung auf ihre Scheidung sieht, Heard auf 50 Millionen Dollar Schadenersatz verklagt, in einer Gegenklage sie ihn auf 100 Millionen – exorbitante Summen, die an Hollywoodgagen erinnern. Und weil die Server, über die Heards Artikel in die Welt hinausgeschickt wurde, eben in Virginia mit seiner besonderen Rechtslage stehen, insistierten Depps Anwälte auf dem Prozessort und damit auf einer öffentlichen Schlammschlacht. Selbige bescherte uns eine Berichterstattung am Limit: «Im Zeugenstand muss Heard erklären, nicht sie habe in das Ehebett defäkiert, sondern ihr cannabisgeschädigter Yorkshire-Zwerg-Terrier» («NZZ am Sonntag»). Und sie brachte die erneute Veröffentlichung einer Textnachricht von Johnny Depp an einen Freund: «Lass sie uns ertränken, bevor wir sie verbrennen!!! Ich will ihre verbrannte Leiche ficken, um sicherzugehen, dass sie tot ist.»

Dass Depp unbedingt einen öffentlichen Prozess wollte, ist aus mindestens zwei Gründen bemerkenswert. Zum einen, weil die Ver-

handlungsmasse sensibel ist. Es geht um Missbrauch und häusliche Gewalt, derer sich nun beide gegenseitig bezichtigen. Kein Thema, das man der Welt zum Frass vorwerfen will – würde man meinen. Zum anderen hat Depp 2020 bereits einen ähnlichen Prozess gegen «The Sun» angestrengt – und verloren: Das britische Boulevardblatt darf ihn weiterhin «wife beater» (Gattinnenverprügler) nennen.

Doch scheint seine Rechnung diesmal eine andere zu sein. Mit dem spitzfindig erlangten Einbezug der Öffentlichkeit zapft er nicht nur Youtube an, sondern weitere Echoräume wie Twitter, Tiktok, Instagram. Dort holt er seine beträchtliche weltweite Fangemeinde quasi als inoffizielles Geschworenengericht dazu, das sich an keine Regeln halten muss.

Die Fans spielen mit, «das Internet» ist mehrheitlich auf «Johnnys» Seite. Gemäss «The Atlantic» spielt hier eine mächtige Dynamik von Antifantum: Man wirft der weniger erfolgreichen Frau vor, dass sie den berühmteren Mann zerstören wolle.

Blackbox Ehe

Dazu passt, dass sich Depp vor den Kameras gern als Sympathieträger Jack Sparrow aus «Pirates of the Caribbean» inszeniert. Heards bisher grösster Auftritt: die weibliche Hauptrolle in «Aquaman». Ein ungleiches Duell. Man muss sich nicht viele Prozessmitschnitte anschauen, um zu erkennen, dass beide vor Gericht am Schauspielern waren – und die Wahrheit zurechtbogen. Auch klar: Diese höllische Ehe bleibt für uns weitgehend eine Blackbox.

Was etwa die Tamedia-Kommentatorin nicht daran hindert, gleich mehrfach in dieselbe Kerbe zu hauen: Ist das nun das Ende von #MeToo? Was, wenn Amber Heard lügt? Gar selber die Aggressorin ist? Von solchen Suggestivfragen führt ein kurzer Weg zum Schlussplädoyer von Depps Anwalt, das im Satz gipfelte, Heard habe Depps Leben zerstört. Wer allerdings Depps Leben während der letzten Jahrzehnte auch nur aus dem Augenwinkel verfolgt hat, weiss, dass er das ganz gut ohne fremde Hilfe geschafft hätte: Auch seine Selbstverwundung mit Alkohol und anderen Substanzen geschah weitgehend in aller Öffentlichkeit.

Bis Redaktionsschluss waren die Geschworenen zu keinem Urteil gekommen.



«MEMORIA»

Die Erde grollt, aber wer hört noch hin?

Ein Mann lässt Steine sprechen, Tilda Swinton ist auf Empfang – und doch ist der neue Film von Apichatpong Weerasethakul weit weg von einer esoterischen Predigt.

VON FLORIAN KELLER



Der Lärm kommt von unten, Erleuchtung von oben: Jessica (Tilda Swinton) empfängt in «Memoria» Signale, die viele von uns gar nicht wahrnehmen. STILL: KICK THE MACHINE FILMS

«Erdiger.» Etwas verspannt sitzt sie neben dem Tontechniker vor seinem riesigen Mischpult und gibt sich alle Mühe, den dumpfen Knall zu beschreiben, der sie hin und wieder aufschrecken lässt: «Mehr wie ein Grollen, tief aus dem Erdkern.» Sie lacht verlegen, es ist ihr etwas peinlich. Aber der schöne junge Mann klickt geduldig weiter durch seine Datenbank aus Filmgeräuschen und versucht, den beschriebenen Knall annähernd zu rekonstruieren. Und dann erstarrt Tilda Swinton, ihr Gesicht wird zu einer Totenmaske. Erschüttert bis ins Mark, gibt sie ihm mit der Ahnung eines Nickens zu verstehen: Das ist es.

Die Erde grollt in «Memoria», dem neuen Film von Apichatpong Weerasethakul. Der Thailänder, der sich auch nach seiner Goldenen Palme für «Uncle Boonmee Who Can Recall His Past Lives» (2010) unberrt in den Grenzgebieten zwischen Kino und Videokunst bewegt, hat diesmal in Kolumbien gedreht. Fremdes Terrain mit fremder Sprache, für den Regisseur genauso wie für seine schlaflose Protagonistin. Tilda Swinton spielt Jessica, eine britische Botanikerin, die von diesem sporadischen Rumpeln aus der Erde heimgesucht wird, das offenbar nur sie hört – und wir. Was will es ihr sagen? Was will es uns sagen, abgesehen davon, dass der Realitätssinn dieser Frau etwas prekär scheint?

Als Jessica sich einen archäologischen Fund zeigen lässt, darf sie sachte einen Finger in das Loch im Schädel stecken. Vielleicht könnte sie in ihren Kopf ja auch so ein Loch bohren lassen, wie man das vor Tausenden von Jahren machte, damit böse Geister entweichen können. Ob dann auch dieses Grollen von ihr ablassen würde, wie ein böser Geist?

Die Ärztin verschreibt ihrer Patientin Jesus statt Xanax.

Der Planet hat Schluckauf

Möglich, dass das der Sound des Anthropozäns ist, was sich hier stossweise artikuliert. Oder der Planet hat irgendwie Schluckauf. Auf alle Fälle ist «Memoria» eine Lektion in Demut und Achtsamkeit. Das dumpfe Geräusch reisst Jessica aus ihrem Alltag in Medellín und entfremdet sie von ihrer Umgebung – aber es macht sie auch empfänglich, etwa für Schwingungen, die viele von uns gar nicht wahrnehmen. Oder technizistisch gesagt: Die Frau ist auf Empfang geschaltet.

Wie ihre Suche nach dem Ursprung des Grollens dann mit Motiven aus den angesagten Diskursen der Gegenwart garniert wird, hat allerdings auch etwas Beliebiges. Da ist der kolumbianische Schwager, der Jessica mit einem von ihr inspirierten Gedicht über Pilze beglückt, in dem er über «fermentierte Wunden» staunt. Später sitzt sie in einem Lesesaal und

blättert unmotiviert in einem Buch über Pilze, Viren und Bakterien. Und manchmal schauen wir ihr auch einfach zu, wie sie in einer Galerie Kunst anschaut oder am Konservatorium einer Jazzband lauscht. Klar, hier gehts um Kontemplation als Feier der absoluten Präsenz, ein Aufgehen im Augenblick. Aber das Kontemplative ist in «Memoria» nicht immer vom Narkotischen zu trennen, die Übergänge sind fließend. Und so anregend die thematischen Fäden sind, die Apichatpong Weerasethakul auslegt: Sie bleiben oft etwas unverbindlich liegen.

Freejazz im Maschinenpark

Auf ihrer Suche landet Jessica schliesslich in den Bergen, wo sie Rat bei einer Ärztin sucht. Ob sie ihr nicht irgendeine Pille verschreiben könne? Doch die Medizinerin rät ihr lieber zur Religion, das habe schon vielen hier im Dorf geholfen. Sie solle besser lernen, mit der gesteigerten Empfindsamkeit zu leben, sonst fehle ihr dann auch jeder Sinn für das Schöne wie für das Traurige. Die Ärztin, die ihrer Patientin Jesus statt Xanax verschreibt: Die Szene ist lustig, aber sie zeigt auch, dass die Spiritualität, die «Memoria» umkreist, weder in der Religion noch in der Wissenschaft ein festes Zuhause hat, sondern, wenn schon, in den Zwischenzonen, in einem Animismus jenseits einfacher Gegenüberstellungen – einem Animismus, der auch die Technik einschliesst.

Wie weit weg der Film von einer esoterischen Predigt ist, sieht man auch dar-

an, dass die stärksten Szenen oft solche mit Maschinen sind. Zum Beispiel, wenn eine profane Fehlzündung auf offener Strasse unter den Leuten ein diffuses Klima der Angst triggert. Oder besonders schön gleich zu Beginn des Films, wenn auf einem Parkplatz in der Dämmerung die Diebstahlsicherung eines Autos losgeht und dann alle anderen Autos blinkend und hupend einstimmen: Freejazz im Maschinenpark.

Der Mensch, das vermittelt «Memoria», ist ja auch so eine Maschine. In den Bergen trifft Jessica einen Fischer mit schier übermenschlicher Erinnerung, der Steine sprechen hört. Der Mann hat sein Dorf noch nie verlassen, weil er angeblich restlos alles, was er sieht und erlebt, im Gedächtnis speichert; der Strom der Eindrücke, der in der grösseren Welt draussen auf ihn eingestürzt wäre, hätte ihn hoffnungslos überfordert. Als er Jessica dann an seiner lückenlosen Erinnerung teilhaben lässt, knistert es leise zwischen den beiden – und zwar nicht etwa im Sinne dieser ausgeleiterten romantischen Metapher, sondern buchstäblich.

Der Mensch, ein soziales Medium für seinesgleichen: zwei Apparate aus Fleisch und Blut, die mit ihren Erinnerungen auf Senden und Empfangen eingestellt sind.

«Memoria». Regie und Drehbuch: Apichatpong Weerasethakul. Thailand/Kolumbien 2021. Jetzt im Kino. Im Stadtkino Basel ist Apichatpong Weerasethakul in Zusammenarbeit mit der Art Basel zudem eine Retrospektive gewidmet.

LYRIK

Wie man Fischsauce herstellt



Ocean Vuong: «Zeit ist eine Mutter». Gedichte. Aus dem Englischen von Anne-Kristin Mittag. Hanser Verlag, München 2022. 112 Seiten. 30 Franken.

Ocean Vuong begreift Wörter wie Gegenstände, als etwas, das einen so starken Einfluss auf die Welt hat, dass sie sich physisch verändern kann; ein Wort wie eine Kugel zum Beispiel. Und in Gedichten kann man alles: «wenn Lesen Leben / in zwei Welten ist warum / ist er dann nicht hier Ben hat gesagt es sei alles / möglich in einem Gedicht» – die Wörter eine Rettung vor der Welt, ein Schutzraum, ein Dach. Vuongs Schreiben ist auch deshalb ein so eindringliches Nachdenken über die Sprache, weil diese ihn von der Mutter trennt, die nicht lesen kann, auch nicht gut Englisch spricht, und sein Vietnamesisch zu schlecht ist, um die fein verästelte Lyrik für sie zu übersetzen. Trotzdem richtet sich Vuong in seinem neusten Gedichtband «Zeit ist eine Mutter»

immer wieder an sie: «ich konnte / nicht sprechen weshalb ich mich ins / Schweigen schrieb wo ich stand Ma und wartete / dass du mich lasest liest du mich jetzt hörst du» –

Vuong kam mit zwei Jahren aus Vietnam in die USA; die Geschichte seiner Kindheit und Jugend hat er im grossartigen Roman «Auf Erden sind wir kurz grandios» verarbeitet. Aufwachsen im Nagelstudio bei Mutter und Grossmutter, Kriegstrauma, Gewalt, der Versuch, dazuzugehören, wie er seine Homosexualität entdeckt und wie viele seiner Freunde dem Heroin verfallen – alles Themen, die er auch im neuen Gedichtband aufnimmt.

Alles ist hier von Gewalt durchdrungen, die Beziehungen in der Familie, zu den Freund:innen, der Krieg natürlich und auch

der Sex, aber schlimm ist das gar nicht immer. Einfach normal. Schön auch, wie konkret er werden kann, trotz einer weichen, bildhaften Sprache; die expliziten Sexszenen etwa oder auch die genaue Beschreibung, wie man vietnamesische Fischsauce herstellt, verteilt in Satzhäppchen über ein Gedicht.

Und wie unverschämt queer das ist: Da gibt es Chatverläufe aus schwulen Online-datingforen oder den Freund Jaxson, der endlich seine Brüste los ist: «Mein Körper ist der Albtraum des Bürgermeisters, seit ich denken kann.» Am Ende sind es die Wörter, die dabei helfen, am Leben zu bleiben: «Gründe zu bleiben» listet einige schöne Begriffe auf, die man mal noch gebrauchen muss.

ALICE GALIZIA

REKLAME

UNSERE BUCHTIPPS IM JUNI
Empfohlen von Buch 2000 Genossenschaft Zürich

Nino Haratischwili
Das mangelnde Licht ROMAN
Frankfurter Verlagsanstalt, 830 Seiten, ca. CHF. 45.00
Hommage an Georgien, Tbilissi und ihre Menschen.

Stefan Howald (Hrsg.)
Projekt Schweiz
Vierundvierzig Porträts aus Leidenschaft
Unionsverlag, Zürich, 496 Seiten, CHF 44.00
Vierundvierzig persönliche, auch kritische Auseinandersetzungen mit bekannten und auch weniger bekannten Schweizer:innen, die aus Sicht der Autor:innen etwas zum Projekt Schweiz beigetragen haben.

Meinrad Inglin
Die Welt in Ingoldau ROMAN
Limmat Verlag, Zürich, 528 Seiten, CHF 42.00
Meinrad Inglin's Roman «Die Welt in Ingoldau» hatte 1922 in seiner Heimat Schwyz einen Skandal ausgelöst. Heute fasziniert das Buch durch die Sprachkraft der epischen Schilderung der vorwiegend jugendlichen Protagonisten.

Scholastique Mukasonga
Frau auf bloßen Füßen ROMAN
Peter Hammer Verlag, Wuppertal, 160 Seiten, ca. CHF 25.00
Die Frau auf bloßen Füßen ist eine Liebeserklärung an eine starke Frau, deren Obsession

Emanuelle Delle Piane
Stille Stimmen / Voix silencieuses
Bühnentexte / Textes de scène
Der gesunde Menschenversand, 232 Seiten, CHF 27.00
Die zweisprachigen Monologe thematisieren die mannigfaltigen Verletzungen der Menschenrechte. Texte, die unter die Haut gehen.

es war, ihre Kinder zu schützen: vor dem Verlust des kulturellen Erbes der Tutsi und vor allem vor dem gewaltsamen Tod.

CORINNE SCHELBERT (1945–2022)

Sie hatte eine Spürnase für politisch falsche Töne

Eine der wichtigsten Filmkritiker:innen der Schweiz und viele Jahre WOZ-Redaktorin: Kürzlich ist Corinne Schelbert mit knapp 77 Jahren verstorben. Der Psychoanalytiker und langjährige Freund Berthold Rothschild erinnert sich.

VON BERTHOLD ROTHSCHILD

Manchmal zeigt sich bei besonders sensiblen Menschen, dass Begabungen ihren ungeahnt hohen Preis haben, wenn fortgeschrittenes Alter alles zu verlangsamten und auszubremsten droht; wenn die Glieder schmerzen und man sich nicht mehr erinnern kann, wo die letzten Entwürfe und Manuskripte sich gerade befinden. So war es bei der kürzlich verstorbenen Journalistin und Filmkritikerin Corinne Schelbert – weitherum gefürchtet und bewundert für ihr scharfes Urteil und ihre manchmal bissigen Kommentare.

Gezielter Humor

In jungen Jahren besuchte Corinne Schelbert, wie dies in gutbürgerlichen Kreisen damals nicht unüblich war, die Zürcher Schauspielschule, ohne aber je im Schauspielberuf aktiv zu werden. Wohl aber hat sie sich damit einen Fundus an weitem Wissen und keckem Können angeeignet. Ähnlich erging es ihr mit dem nächsten Engagement als Sekretärin und Mädchen für alles in einer grossen Galerie für moderne Kunst, damals war das Pop-Art in allen Ausformungen und Facetten. Durch ihren familiären Hintergrund, insbesondere ihre in Germanistik promovierte Mutter, war sie bereits zuvor vielschichtig an Kunstgeschichte interessiert und hatte sich einen kollegialen Ton im Umgang mit den oft überaus eitlen Künstlern angeeignet; bald wusste sie, wie sie fair und kritisch mit diesen umzugehen hatte. Dabei halfen ihre grazile und etwas verklärte Statur und ihr gezielter, meist liebenswerter Humor. Auch führte sie die Tätigkeit in der Kunstwelt wiederholt in die USA, was zu jener Zeit – Vietnamkrieg, Beatkultur – ohne kritische Distanz kaum möglich gewesen wäre.



Corinne Schelbert

bei der drei Jahre zuvor gegründeten WOZ anzunehmen, bei äusserst bescheidenem Solidarlohn. Dort erlebte sie eine vielseitige politische Kollegialität und Streitfreude, und sie wurde für ihre Fairness, ihr Wissen und ihre klugen, streitbaren Kommentare in der Redaktion und von den Leser:innen sehr geschätzt.

Durch ihre unermüdliche Neugier und ihre bemerkenswerte kulturelle Vielfalt kam sie während ihres Aufenthalts in den USA in Kontakt mit dem dort verfolgten und später in die Schweiz geflüchteten Psychedelikpropheten Timothy Leary. Dieser ermutigte auch seine Gefolgschaft in der Schweiz zu psychedelischen Experimenten aller Art. Bei Corinne führten diese später zu einem Abdriften in den Drogenkonsum, mit verhängnisvollen körperlichen und psychischen Spätfolgen für ihre Gesundheit und Arbeitsfähigkeit.

Sozialer Rückzug

Ausser für die WOZ schrieb Corinne in den achtziger Jahren auch Film- und Literaturkritiken für den «Tages-Anzeiger», und sie übernahm verschiedene Übersetzungsaufträge für amerikanische Literatur, für die sie, ebenso wie für den Film, zur eigentlichen lokalen Autorität wurde. Sie liess sich von der journalistischen Chuzpe ihres WOZ-Kollegen Niklaus Meienberg inspirieren und entfachte im Herbst 1983 mit einer Filmkritik zu Thomas Koerfers «Glut» («Glut» ist ein kalter, arg konstruierter, neutraler, ängstlicher Film») eine heftige Debatte. Auch wurde sie als unerschrockene und unbestechliche Spürnase für politisch falsche Töne bei Freund:innen und Fachleuten bekannt und gerne gelesen.

Nach dem Tod ihrer Mutter und dem damit verbundenen Verlust ihrer Heimat auf der Forch begann Corinne allerdings schon bald, sich beruflich und sozial zurückzuziehen. Sie hatte zunehmend Mühe, ihre Termine einzuhalten und ihre Kreativität weiter auf dem gewohnt hohen Niveau zu entfalten. Sie lebte nun vermehrt unzufrieden und ängstlich in selbstgewählter Einsamkeit und mit spärlichen Kontakt zu ihren wenigen bewährten Freund:innen.

So ängstlich war Corinne geworden, dass sie es in den letzten paar Monaten sogar versäumte, sich wegen eines banalen Infekts medizinisch behandeln zu lassen. Dieser führte schliesslich zu einer Sepsis und zu einem mehrwöchigen Koma. Unausweichlich starb Corinne Schelbert am 20. Mai. Ihr Tod war ein Schock für viele ehemalige Kolleg:innen und einstige und verlebte Freund:innen. Darunter auch für mich, ihren früheren langjährigen, jetzt tieftraurigen Soulmate.

GEFLÜCHTET (5)

Über die russische Opposition

Diese Woche gab es zwei beispielhafte Geschichten für mich. Kirill Serebrennikow, russischer Oppositioneller und Regisseur, besuchte die Filmfestspiele in Cannes. Dort sagte er, dass es notwendig sei, Russen und den Familien russischer Soldaten zu helfen. Die Rede hielt er, kurz nachdem die Welt neue Beweise erhalten hatte, dass eben diese Soldaten in der ukrainischen Region Cherson Kinder vergewaltigt hatten, die noch keine drei Jahre alt waren.

Die zweite Geschichte ist mir selber passiert. Ich habe zufällig auf Facebook gesehen, dass mein Stück für Teenager, «Photo Topless», in der russischen Stadt Rjasan gelesen werden sollte und dafür Tickets verkauft wurden. Ich habe der Veranstalterin geschrieben, dass ich dafür keine Erlaubnis gegeben habe. Sie versicherte mir, dass sie dies zur Unterstützung der Ukraine tue und dass «wir ein Volk sind». Später beschuldigte sie mich in einem Post, russische Kinder zu hassen, und schrieb, dass Russland niemals eine Einigung mit der Ukraine erzielen werde. Sie hat die Lesung durchgeführt und das Geld eingesteckt.

Dasselbe passiert jetzt auf globaler Ebene. Russland greift an, tötet Ukrainer:innen, einfach weil wir Ukrainer:innen sind, und sagt gleichzeitig, wir seien Faschisten. Und

so genannte politische Flüchtlinge aus Russland gehen nach Westeuropa. Für mich sind sie überhaupt nicht politisch. Russland hat die Ukraine bereits 2014 angegriffen, Tausende von Menschen getötet und Gebiete erobert, und die Russen sind schon damals nicht aus politischen Gründen aus dem Land geflohen.

Für mich sind die Russen, die jetzt geflüchtet sind, diejenigen, die das Geld dafür hatten und die Wirksamkeit der neuen Sanktionen gespürt haben. Ein gewöhnlicher Russe hat kein Visum für Europa, keinen für Reisen zugelassenen Pass, kein Geld, um all dies zu tun. Europa ist also gezwungen, nicht nur Ukrainer:innen, sondern auch ihre Mörder zu akzeptieren, weil sie das Geld haben, nicht nur für Bomben, sondern auch für ein angenehmes Leben im Ausland.

Jetzt bin ich in München und habe das «Z» genug oft gesehen, das Zeichen der russischen faschistischen Armee, das hier auf die Wände gemalt wird. Und ich frage mich, wer es malt – die Russen, die schon lange hier sind, oder die neuen «guten Oppositionellen»?

NATALIA BLOK

Die ukrainische Theaterschaffende Natalia Blok (41) lebt derzeit in Basel. Übersetzt hat den Text die Autorin Julia Gonchar. Die Serie wird vom Verein ProWOZ finanziert.

TIPP DER WOCHE

Wie lebendig seid ihr noch?

PERFORMANCE ALIFVEFORMS (FED AND CARED FOR BY JP RAETHER), BERLIN. FOTO: JOHANNA LANDSCHEIDT



Die hier gezeigten Arbeiten suchen nach den Funken von Leben, die von ausbeuterischer und raumgreifender Arbeit noch nicht eingenommen sind. Doch wie viel Homeoffice steckt auch im Pandemietatler dieser Künstler:innen? Solchen Fallen wollen sie mit einem Überschwang an Sorgfalt begegnen, im Umgang mit dem Material und miteinander. **HUZ**

«Zones of Kinship, Love & Playbour» in: Zürich Shedhalle, bis 7. August. www.shedhalle.ch

Streitfreude und Fairness

Ihre ältere Schwester Claudia hatte in den USA geheiratet und lebte in Denver, Colorado, wo wir sie gemeinsam des Öfteren besuchten und dies mit ausgedehnten Reisen über das ganze Land kombinierten. Corinnes Epizentrum aber wurde New York. Dort entwickelte sie auch ihre Expertise für amerikanische Literatur und Politik, amerikanischen Film und das sie auszeichnende Sensorium für Verlogenheiten aller Art, die in den vergangenen Jahren unter Donald Trump einen schändlichen Höhepunkt erreichten. Sie machte es sich zur Gewohnheit, fast täglich die «International Herald Tribune» zu lesen und CNN zu schauen – manchmal bis zum Kotzen, wie sie anzufügen pflegte.

All diese Erfahrungen und das damit verbundene Wissen prädestinierten Corinne dazu, 1984 eine Stelle als Kulturredaktorin

SERIE

Geld oder Leben?

«Ozark». Creators: Bill Dubuque und Mark Williams. Netflix.



Solange du redest, stirbst du nicht. Nach dieser Faustregel überlebt das kriminelle Ehepaar in der Netflix-Serie «Ozark» brenzlige Situationen am Laufmeter. Zugleich umreisst der Satz auch das Gesetz jeder seriellen Erzählung. Die Kehrsseite: Viele Serien finden kein stimmiges Ende – und gehen in geschwätzigen Wiederholungsschleifen unter. Nicht so «Ozark»: Nach vier Staffeln ist nun Schluss, mit einem starken Finale.

Inhaltlich ist «Ozark» der übliche US-amerikanische Serienwahnsinn, vorgespurt von «Breaking Bad», aber eigensinnig genug, um nicht wie ein Abklatsch zu wirken. Der Plot: Der biedere Finanzberater Marty Byrde (Jason Bateman) aus Chicago gibt vordergründig Investitionstipps, seine Haupteinahmequelle ist aber ein Geldwäschedeal mit der mexikanischen Drogenmafia. Sein Partner zweigt Geld ab, die Mafia ist hässig, will alle töten. Marty rettet zum ersten Mal seine Haut, indem er mit seinem Mundwerk quasi Schnellfeuerwaffen zum Schweigen bringt. Er verpflichtet sich, eine Unsumme Geld zu waschen, um die Schuld zu sühnen. Dafür

setzt er sich mit seiner Gattin Wendy (Laura Linney) und zwei Kindern in die malerische Seenlandschaft der Ozarks ab und knüpft dort Bande zur lokalen Halbwelt, zu der kriminelle Underdogs (Julia Garner in ihrer ersten grossen Rolle), Opiumbauern und korrupte Gewerkschaften gehören. Als legale Fassaden dienen Stripklubs, ein Beerdigungsinstitut und Casinos. Wobei: Ganz gesetzeskonform ist hier niemand unterwegs, nicht der lokale Sheriff und erst recht nicht das FBI, das sich auf aberwitzige Deals mit dem Drogenkartell einlässt. Politiker:innen sind käuflich, auch Big Pharma mischt mit.

Langweilig wirds einem dabei nicht. Was damit zu tun hat, dass «Ozark» nicht einfach einen Krimi nach dem andern erzählt, sondern den spätkapitalistischen Wahnsinn grell zuspitzt: die Familie als verbrecherisches KMU, ein Mittelstand, der sich mit Frevel und Mord über Wasser hält. Im Hintergrund brennen die alten Fragen: Was ist ein Leben ohne Geld? Aber auch: Was sind Unmengen an Geld ohne ein Leben, das sich lohnt?

DANIELA JANSER

REKLAME

SSIFF
NEW DIRECTORS

SILVINA SCHNICER & ULISES PORRA GUARDIOLA

CARAJITA

JETZT EXKLUSIV AUF filmingo.ch

«Wunderschöne Bilder liefert dieses Drama aus der Dominikanischen Republik, das sich zu einem fesselnden Thriller entwickelt.» ZÜRITIPP

trigon-film



Kleininserate

Allgemeines

SULLANA Cigaretten – lokaler* Tabak, fair produziert, ohne Zusatzstoffe. In drei Stärken und als Drehtabak. An ausgewählten Orten und unter www.sullana-cigaretten.ch.
*Anbaukantone: ZH, LU, TG, SH, JU, FR, VD

Bildung

Gesucht Atem- und Sprechlehrer:in, um männliche Fistelstimme in einen podcastfähigen Bariton zu verwandeln. seekandride@bluewin.ch

Delikat essen



Durst



Intercomestibles, der Laden
Badenerstrasse 74, 8004 Zürich
laden.intercomestibles.ch

Goodwill

Ihre Spende bewirkt im Kleinen Grosses.

www.heks.ch
PC 80-1115-1

Ferien

Sonne – wandern – lesen – **Verzasca** – Maggia – See – **Dolce vita** – flanieren – lächen – **Velo fahren** – träumen – **Gelati** – Blumen – Kultur – **Espresso** ... und übernachten in der Altstadt von **Locarno** in der **Casa DaVinci** – www.casa-davinci.ch 091 751 30 64

Atlantique / Médoc Landhaus mit originellen Zimmern und unkomplizierter Ambiente. Gute Küche. Gratis Velos, um ans Meer zu gelangen. Musikinstrumente, Boule, Billard und grosser Garten. À bientôt – www.peyduhaut.com

Ferienhaus

Cilento
Kleines Ferienhaus mit Garten in Siedlung aus den Sixties direkt am Meer am Golfo di Policastro zu verkaufen. Mit ÖV erreichbar. ossilamia@hotmail.com

Gewerbe

Dängeli und Partner Malerarbeiten mit Naturfarben. Seit 45 Jahren. Renovationen, Wohnungswechsel, Werterhaltung. Konsequenz, preiswert, kreativ. Grosses Fachwissen. Kontakt: urs@daengeliundpartner.ch, 079 413 77 06.

Gute Nacht

ab 135.-

www.kartonbett.ch
032 322 33 92 - info@kartonbett.ch

Immobilien

Das Schlupfhuus Zürich sucht 1-Zi.-Wohnungen/Studios für Jugendliche in Krisen. Die Jugendlichen werden individuell von Mitarbeitenden des Schlupfhuus begleitet. In Notfällen ist rund um die Uhr jemand erreichbar. Mieter:in ist das Schlupfhuus. Du hast eine entsprechende Wohnung zu vermieten und willst ein spannendes Angebot unterstützen, das sich von klassischen sozialpädagogischen Settings löst und junge Menschen individuell unterstützt? Dann melde dich bei Claudia Bissig, c.bissig@schlupfhuus.ch, 043 268 22 61.

WOZu warten ?

SPENDEN SIE SCHON HEUTE!

www.insieme-zuerich.ch

POSTKONTO: 80-42085-1

Kommunikation

Leichte Sprache

Ihre Profis für barrierefreie Texte und Dokumente.

Guldimann Kommunikation
www.guldimann.ch
Partner im BeraterNetzwerk von CURAVIVA
Partnerfirma von senesuisse

Kurse

ACTING/MOVING Theaterkurse für spielfreudige Laien und Profis. Erfahrene Körpertherapeutin und Regisseurin bietet Improvisation, Textarbeit, Szenenarbeit im wunderschönen Jura. Freitag, 8. Juli, bis Sonntag, 10. Juli, oder Freitag, 29. Juli, bis Sonntag, 31. Juli. Mehr Infos bei betty@bettinadieterle.ch

Loveloove

Ich, m., 47, ledig, gepflegte Erscheinung, Uni-Abschluss, suche vielseitig interessierte Freundin (Region Bern). Tel. 079 594 21 76

Eiszeit beenden. – Michael Tanner, Mediation und Paarberatung, Winterthur – 052 520 76 20.

Natur

Einfach erholend - erholend einfach
Blick aufs Vrenelsgärtli
gasthaustannenbergl.ch / 055 640 20 29

Treffpunkt Demenz und Kultur. «**Uf is Grüene**». 079 620 97 65 – K. Müller. Ausflug mit Kleingruppe in Begleitung. demenz-kultur.ch

Wanderungen im Bergell, 20.–25. Juni 2022. Vom Bergeller Granit bis zum grünen Stein in Chiavenna. Ferien- und Bildungszentrum **Salecina**, 7516 Maloja. Tel. 081 824 32 39 – www.salecina.ch

Florawoche, 25. Juni – 2. Juli 2022. Die vielfältige Flora im Oberengadin kennenlernen. Ferien- und Bildungszentrum **Salecina**, 7516 Maloja. Tel. 081 824 32 39 – www.salecina.ch

Tragen Sie Ihre Last nicht alleine

Am Ende sind wir für Sie da. Das Zürcher Lighthouse bietet ein letztes Zuhause für unheilbar kranke Menschen.

STIFTUNG ZÜRCHER LIGHTHOUSE
www.zuercher-lighthouse.ch

Spendenkonto: PC 80-1633-5

Soziales

Solidarisch älter werden, 18.–21. Juni 2022. Workshop zum Erfahrungsaustausch. Ferien- und Bildungszentrum **Salecina**, 7516 Maloja. Tel. 081 824 32 39 – www.salecina.ch

Transporte

De grüeni Blitz Umzüge, Chlitransport, ökologisch sinnvoll ruume und entsorge gits wieder gönschtig bi eus. Tel. 079 518 58 42

Veranstaltungen

Festival STILLES ZÜRICH
Donnerstag, 9., bis Sonntag, 19. Juni 2022
Über 60 kostenlose öffentliche Veranstaltungen rund um Stille. Bewegungs- und Klangerlebnisse, Meditationen, stille Exkursionen, Gespräche, STILLE INSEL. www.stilles-zuerich.ch

Wein

WEIN in der BOX
www.chateaux-carton.ch

Wohnen

Haus/Whg. ab 5,5 Zimmer mit Garten gesucht 30 Min. Zürich HB, ab Aug., EBK, Familien-WG (wegen Coworking, unbef. Anstellungen). Tel.: +49 178 889 33 06

In **Oiten** vermieten wir ab sofort ein 2-Zimmer **Wohnatelier/Büro/Praxis** 45 m², in ruhigem, zentralem Wohnquartier mit gemeinschaftlichem Garten. Miete Fr. 1000.–
peter.kuntner@fischteich.ch

Sonnige, grosse 5,5-Zimmer-Wohnung, ca. 140 m², in Oberwil im Simmental zu vermieten Parterre: offene Küche mit Speisekammer, sehr grosser Wohnraum, 1 Zimmer, Dusche/WC. 1. Stock: grosse Galerie, 2 Zimmer, Bad/WC, Estrich, Waschmaschine, Heizung (Erdsonde/Wärmepumpe), Scheune mit Keller, Parkplätze (ohne Garage), Sauna, Garten, Sitzplätze, Feuerstelle, Holzbackofen zur gemeinsamen Benutzung. Das Dorf Oberwil im Simmental mit Bahnhof, zwei Läden, Schule ist 1,7 km entfernt. chweibel@bluewin.ch

Der **Kreis 3** ist unser **Zuhause**. Und trotz Sanierungswelle würden wir sehr gerne weiterhin hier leben. Deshalb suchen meine Tochter (8) und ich eine **Wohnung** mit Balkon oder Garten. hoffnungim3@hispeed.ch. Lieben Dank.

Dietikon: 6-Zimmer-Altbauwohnung per 1.7. oder nach Vereinbarung zu vermieten. Die Wohnung befindet sich im 2. Stock eines Dreifamilienhauses auf 2 Etagen. Die Lage ist zentral und doch idyllisch. Miete: Fr. 2400.– inkl. NK/HK. Tel. 044 741 15 53

Er hält an seiner gewohnten Umgebung fest.

Stellenanzeigen

Juristische:r Mitarbeiter:in (60 – 100 %)
Gewerkschaft Unia, Schweiz, Festanstellung

Aussendienstmitarbeiter:in Werbung (80 %)
Gewerkschaft Unia, Riehen, Festanstellung

Gewerkschaftssekretär:in (70 %)
VPOD Region Zürich, Zürich, Festanstellung

Detaillierte Beschreibungen der Stellen und weitere Anzeigen:

www.woz.ch/jobs

Branchenverzeichnis

Im kleinen Kompendium für ein gutes Leben finden Sie engagierte AnbieterInnen aus diversen Branchen. Auch online unter:

www.woz.ch/branchen

Attraktives

und

intellektuelles

Vinylalbum

aus den

späten

Fünfigern

sucht

kurvige

Bobbahn.

Kurz gesucht, schnell gefunden: Im WOZ Markt finden Sie **Kleininserate**, das **Branchenverzeichnis** und das **Jobportal** für engagierte Betriebe unter einem virtuellen Dach.

www.woz.ch/markt

Kleininserate-Talon

Oder erfassen Sie Ihr Kleininserat auf www.woz.ch/klins.

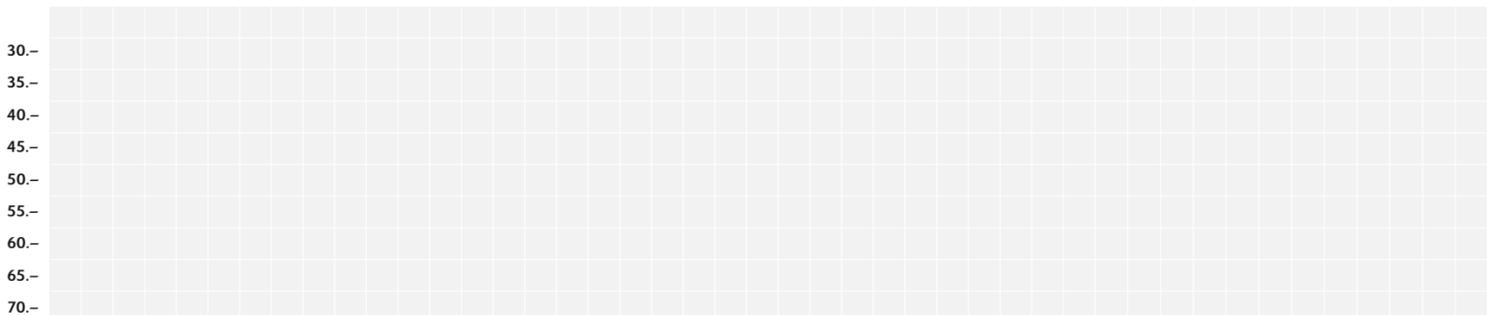
Inserateannahmeschluss:
Dienstag der Erscheinungswoche, 12 Uhr

Verrechnung:
Grundpreis 30 Franken für die ersten zwei Zeilen à 45 Zeichen inkl. Leerschläge. Danach 5 Franken für jede weitere Zeile. Bei Logos 2.44 Franken pro Millimeter Höhe. Für das Kleininserat erhalten Sie eine Rechnung. Daueraufträge werden monatlich verrechnet.

Insertionsbedingungen:
Es gelten die Insertionsbedingungen der WOZ. Ihr Kleininserat findet sich auch 1 Woche lang auf www.woz.ch.

Senden Sie diesen Talon an:
WOZ Die Wochenzeitung, Kleininserate, Hardturmstrasse 66, 8031 Zürich.
Fax 044 448 14 15, E-Mail klins@woz.ch

Gewünschte Rubrik: Chiffre: Gebühr: 10 Franken, Anzahl Veröfentlichungen: Versand 2x in der Woche 20% Rabatt ab 3 Veröfentlichungen



Rechnungsadresse:

nm: Chordatiere (Chordata)

Save the Pangolin!

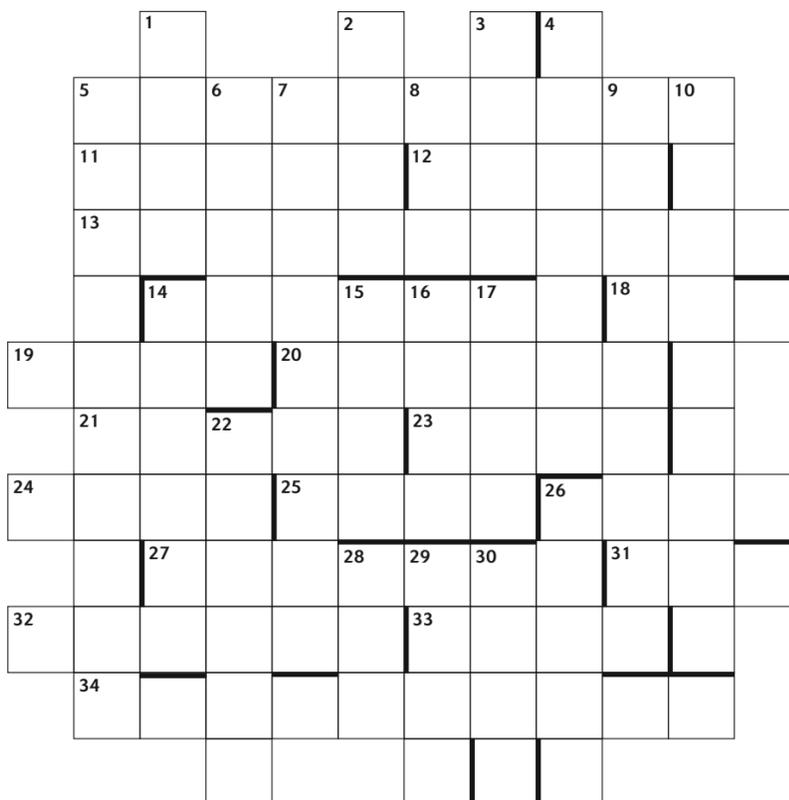
KREUZWOZ NR. 732

waagrecht (i = j = y)

5 Ein Zugeständnis, das Service-public-Betreibenden freundlicher-weise meist gemacht wird **11** Passender Name zum Beispiel für einen einheitlichen Fussballverein **12** Aufrecht geht, wer ihres- gleichen steht **13** Deren wörtlicher Nennwert führt zum Genuss von Privilegien **14** Worin sich seine Träger:innen eventuell gar nicht vernachlässigt fühlen **18** Was man ganz kurz immer nur verstehen kann **19** Globales Markenzeichen für den schnellen Weg nach oben **20** Folgt nach Islamabad in der Menschenmenge an zweiter Stelle **21** Wie man weder in Cannes noch in Avignon gross herauskommen kann **23** Besetze die Stelle auf die Schnelle! **24** Hochgradig attraktiv oder geil, aber auch schräg **25** Der Mann, der hier ins Strudeln gerät, kann wie neugeboren herauskommen ... **26** ... und sie sich als Seil entwirren **27** Im Kerngebiet des verflor- senen Weltreichs scheint Dichtstress zu herrschen **31** Ertönt vor fremden Altären mal laut, mal leise **32** Nichts als heisse Luft, das Gelege **33** Richtungsweisendes Vor-Wort zum Beispiel für Setzen, Stellen oder Legen **34** Ein möglicherweise vergnüglicher Weg zur Impfung

senkrecht (i = j = y)

1 Beansprucht an Polen die alleinige Herrschaft **2** Hat wohl winters manchmal Alpträume **3** Humanitäres Begehrt, ohne Gewähr **4** Das können Mann oder Frau sein, eher nicht dritte Geschlechter **5** Steht eher Fischli zu als Fisch **6** Das hier kreierte Gewebe eroberte die Welt unter der Gürtellinie **7** Diese sind dem Internet sehr anvertraut ... **8** ... und hier scheinen die Schüler:innen nur kurz zur Schule zu gehen **9** Wo auch Alexander Platz hat **10** Casanova könnte sich hier wörtlich daheim fühlen **14** Vorbilder für organische Inneneinrichtung **15** Kann in 27 waagrecht unpünktlich sein, wenn nicht gar verblichen **16** Wenig geschätzt und nicht ganz heiler Hering **17** Kommt in 9 senkrecht angeblich nicht in den Himmel **22** Zum Beispiel ein Tendieren bei Le Pen, aus zärtlich bei Macron **26** Schnabelwuchsindikator **28** Ruhestätte ebenso für Le Pen wie für Macron **29** Gibt den Tarif Punkt für Punkt durch, was nicht unbedingt heilsame Wirkung hat **30** Verfällig für Spinnnefeinde wie für Kommunikative aller Art



Lösung von KreuzWOZ Nr. 731 (WOZ Nr. 20/22)

waagrecht

6 HOSENANZUG
10 FALTENWURF 12 FIEREN
13 REFUS 14 GEMUETSRUHE
17 PESTO 18 HEU
19 EMIR 20 PLAGE
22 VISA 24 ELSE 26 OTIS
27 ELCH 28 TOCHTER
29 CHAI 30 MONTANA
31 HEBEBUEHNE

senkrecht

1 MEERESGETIER 2 ENNET
3 LAWN 4 KNURRHAEHNE
5 PUFF 6 HAFERMILCH
7 OLIMPISCH 8 STEUER
9 GLUEHBIRNE 11 REUE
15 SOL 16 HUETE
20 PLOMBE 21 GOTT
23 AHAB 25 SCOUT

IMPRESSUM

Herausgeberin WOZ Die Wochenzeitung: Genossenschaft infolink, Hardturmstrasse 66, 8031 Zürich
Pakete und Express: 8005 Zürich

Die Genossenschaft infolink gehört ausschliesslich den Zeitungsmacher:innen. Die WOZ ist unabhängig; über inhaltliche Fragen entscheidet die Redaktionskonferenz.

Zentrale: Telefon 044 448 14 14, Fax 044 448 14 15, E-Mail: woz@woz.ch **Website:** www.woz.ch
Twitter: @wochenzeitung **Facebook:** fb.com/diewochenzeitung **Inserate:** 044 448 14 03, inserate@woz.ch **Abos:** 044 448 14 44, abo@woz.ch

Wemf-beglaubigte verkaufte Auflage: 19469
Reichweite: 93 000

Jahresabo: 265 Franken **Ausbildungs-, AHV-, IV-Abo:** 160 Franken (entsprechende Dokumentenkopie senden)
Probeabo: 8 Wochen für 25 Franken.
Weitere Angebote und Informationen auf www.woz.ch/abo.

Redaktion – Schweiz / International / Wirtschaft: Cigdem Akyol (cak), Raphael Albisser (ral), Renato Beck (reb), Susan Boos (sb), Johanna Diener (die), Bettina Dyttrich (dyt), Andreas Fagetti (fa), Dinu Gautier (dig), Karin Hoffsten (kho), Anna Jikhareva (jik), Jan Jirát (jj), Toni Keppeler (kep), Noëmi Landolt (nol), Stephan Müller (Briefe, Politour), Adrian Riklin (adr), Sarah Schmalz (saz, Bundeshaus), Nathalie Schmidhauser (nas, Stagiaire) Daniel Stern (ds), Meriem Strupler (mes), Kaspar Surber (ks), Lukas Tobler (lut), Yves Wegelin (yw) **Kultur / Wissen:** Daniel Hackbarth (had), David Hunziker (huz), Daniela Janser (dj), Florian Keller (flo), Franziska Meister (mei), Silvia Süess (süs)
Social Media: Ugur Gültrekin **Abschluss:** Armin Büttner (abü), Noëmi Landolt (nol), Mike Niederer (mn), Roman Schürmann (sc) **Redaktionsleitung:** Florian Keller, Silvia Süess, Kaspar Surber – ri@woz.ch

Verlag – Aboservice: Ghislaine Flachsmann
Buchhaltung: Maha Al-Wakeel, Martin Birchler
Desk, Archiv: Georg Bauer, Iris Schär, Lukas Tobler (ks), Marcel Stäheli
Informatik: Martin Clalüna, Cyril Müller, Lorenz Schori
Inserate: Alice Bucher, Stephan Müller, Roger Odermatt, Vasco Rasi **Online:** Georg Bauer (technisch Verantwortlicher) **Personal:** Maha Al-Wakeel
Werbung, Verlagskoordination: Claudia Gillardon, Camille Roseau

Produktion – Korrektorat: Ulrike Frank, Tobias Hoffmann, Marlene Kalt, Iris Leutert **Bild:** Florian Bachmann, Beatrice Geistlich, Ursula Häne **Layout und Grafik:** Marcel Bamert, Alina Günter, Anabel Keller, Franziska Meyer

Ständige Mitarbeiter:innen: Ulrike Baureithel, Giulia Bernardi, Thomas Bürgisser, Karin Cerny, Bernhard Clasen, Jürg Fischer (fi), Alice Galizia (aga), Stefan Gärtner, Marcel Hänggi (mh), Etrit Hasler, Stefan Howald (sh), Annette Hug, Donat Kaufmann, Erich Keller, Stefan Keller (stk), Ralf Leonhard (wien), Philipp Lichterbeck (Rio de Janeiro), Johanna Lier (jal), Rahel Locher, Brigitte Matern (brm), Theodora Mavropoulos, Meret Michel, Silviu Mihai, Franz Moor (fm), Tobi Müller (Berlin), Tobias Müller (Brüssel), Eva Pfister, Timo Posselt, Thomas Ruttig, Dominic Schmid (dos), Anne-Sophie Scholl, Sebastian Sele, Peter Stäuber (London), Michelle Steinbeck, Hans Stutz, Martina Süess, Lotta Suter (ls), Ayse Turcan (ayt), Benjamin von Wyl (bvw), Rainer Werning, Natalia Widla (naw), Ruedi Widmer, Dorothea Wuhrer (Sevilla), Pit Wuhrer, Florian Wüstholtz (fw), Ruth Wyseier (rw), Raul Zelik, Andreas Zumach

Zeitungsdesign: Helen Ebert **Piktogramme:** Anna Sommer **Kolumnenportraits:** Jeanette Besmer
Druck: CH Media Print AG, Aarau

Nachdruck von Texten und Bildern: nur nach Absprache mit dem Verlag, Telefon 044 448 14 14, E-Mail: woz@woz.ch

Leser:innenbriefe: WOZ Die Wochenzeitung, Briefe, Hardturmstrasse 66, 8031 Zürich; E-Mail: briefe@woz.ch

Förderverein/Recherchierfonds: ProWOZ, Hardturmstrasse 66, 8031 Zürich, www.prowoz.ch, PC 80-22251-0

Herausgeberin «Le Monde diplomatique»: «WOZ – Internationale Medienerzeugnisse AG» (IMAG) und «taz», Berlin, geben den deutschsprachigen «Monde diplomatique» heraus. Er erscheint monatlich als Beilage der WOZ und kann auch separat abonniert werden.
Redaktion: Daniel Hackbarth, Verlag: Camille Roseau

Zentrale: Telefon 044 448 14 14, E-Mail: diplo@woz.ch
Website: www.monde-diplomatique.ch
Inserate: diploinserate@woz.ch

Wemf-beglaubigte verkaufte Auflage: 20824
Jahresabo: 72 Franken **Ausbildungs-, AHV-, IV-Abo:** 48 Franken **Probeabo:** 3 Ausgaben für 10 Franken.
Weitere Angebote und Informationen auf www.woz.ch/abo.

LESER:INNENBRIEFE



Verhindert uns nicht!

«Durch den Monat mit Nathalie Anderegg», WOZ Nr. 18/22 – 21/22

Das Monatsinterview mit Nathalie Anderegg hat mich sehr angesprochen, da ich selber betroffen bin. Meine Diagnose heisst «bipolar», früher «manisch-depressiv». Einen Aspekt finde ich besonders wichtig: Man sollte die Betroffenen nicht behindern.

Ich hatte das Glück, offen über meine Diagnose mit den Eltern, der Schulkommis- sion und der Leitung der Schule, wo ich als Sekundarlehrerin unterrichtete, sprechen zu können. Trotz eines unmöglichen Psychiaters (Professor), der ohne mein Wissen dem Schul- leiter Auskunft gab, und eines SVP-Schulkom- missionspräsidenten, der mich loshaben wollte, konnte ich nach einem Waldau-Aufenthalt weiterhin an der Schule unterrichten – dank des unterstützenden Psychologen, des Schul- inspektors, der nach einem Schulbesuch meinen Unterricht als sehr gut beurteilte, und verständnisvoller Eltern, die sich in einer von mir initiierten Umfrage zu meinen Gunsten aussprachen.

Unmöglich benahm sich der Psychiater. Er liess mich ohne mein Wissen in der Apo- theke sperren; das heisst, als ich einen neu- erlichen manischen Schub kommen spürte, musste ich auf einen Termin bei ihm (in der Klinik!) warten. Wer das Klima, das in einer psychiatrischen Klinik herrscht, kennt und mal im fürsorglichen Freiheitsentzug ein- geliefert wurde, samt Angeschnalltwerden am Bett und Herunterspritzen mit Medikamenten, kann ermassen, wie «beruhigend» das Ge- spräch in der Klinik war.

Später konnte ich zu meinem grossen Glück zu einem ausgezeichneten systemi- schen Psychiater wechseln, hatte ein Notfall- rezept für ein Jahr zu Hause und konnte so auch vor dem Termin mit der Medikamenten- einnahme beginnen.

Dank all der emanzipierten, empathi- schen Personen (an der Schule hatte ich eine «Gotte» und einen «Götti», die mir sagen konnten, wenn sie mich nicht mehr als «nor- mal» empfinden), aber vor allem auch dank der Unterstützung meiner durch die Krankheit schwer belasteten Familie, vor allem meines Mannes, konnte ich bis zur Pensionierung er- folgreich unterrichten. (Damit wurde auch der IV eine Unterstützung erspart!)

Den Aspekt «Verhindert uns nicht» möchte ich darum noch einmal unterstreichen.
X. Y. (NAME DER REDAKTION BEKANNT)

Wenn Kyjiw, dann Moskwa?

Mir ist aufgefallen, dass die WOZ neuerdings statt Kiew Kyjiw schreibt. Handelt es sich hier- bei um eine andere Stadt, oder soll das so eine Art Solidaritätsbekundung sein? Ich möchte

doch gerne auf etwas Konsequenz pochen, dann heisst es bitte auch Moskwa statt Mos- kau und Kölle statt Köln.

Freundliche Grüsse
BRUNO SCHMIDT, PER E-MAIL

Nichts gelernt

«Es ist der Wille Seiner Majestät, dass alles mit Feuer und Schwert ausgeilgt werde. Brennt Edinburgh nieder und macht es der Erde gleich, sobald ihr alles, was ihr könnt, daraus geholt und geplündert habt ... plündert Holyrood und so viele Städte und Dörfer um Edinburgh, als ihr vermögt, plündert und verbrennt und unterwerft Leith und alle anderen Städte, rot- tet Männer, Frauen und Kinder ohne Schonung aus, wo immer Widerstand geleistet wird.»

So zitiert Stefan Zweig in «Maria Stuart» Heinrich VIII. (1491–1547). Es stehe uns frei, die Namen der schottischen Ortschaften durch jene anderer Weltgegenden zu ersetzen und/ oder die Handlung in ein Jahrhundert nach freier Wahl zu transferieren, beispielsweise in das aktuelle. (PS: Die Erstausgabe erwähnter Maria-Stuart-Biografie erschien 1965.)

BENNO GÄMPERLE, URNÄSCH AR

Falsch ausgeschrieben

«Leser:innenbriefe: Diskursive Gewalt», WOZ Nr. 21/22

Ein Hinweis beziehungsweise Korrigenda: Anag (wie ich geschrieben hatte) bedeutet nicht Ausländer- und Integrationsgesetz (wie Sie geschrieben haben), sondern ist ein Akro- nym für das «Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer».

PAOLA DE MARTIN, VEREINSPRÄSIDENTIN TESORO, PER E-MAIL

POLITOUR



Inflation

Dreissig Jahre war die Inflation tot geglaubt, nun gibt sie ein Comeback. Was bedeuten die steigenden Preise für Konsument:innen und Arbeitnehmer:innen? Welche Massnahmen könnten Staat und Nationalbank ergreifen, um die Teuerung zu bremsen? Braucht es über- haupt Massnahmen? Das Polit-Forum Bern und Fabio Canetg vom Podcast Geldcast laden ein zur Diskussion «Inflation: Gekommen, um zu bleiben?».

Bern Kornhausforum, Kornhausplatz 18, Do, 2. Juni, 18.30 Uhr. Anmeldung auf www.polit-forum-bern.ch.

Freier bestrafen. Meist finden diese Diskussio- nen ohne die Stimmen von Sexarbeiter:innen statt. Am «Internationalen Hurentag» wird der Raum für andere Perspektiven geöffnet und Sexarbeiter:innen das Wort gegeben. Wel- chen gesetzlichen Schutz wünschen sie sich? Es diskutieren Catherine Healy (New Zealand Prostitutes Collective), Vertreter:innen des Sex- workers Collective, Anna Schmid (Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration FIZ) und Rebecca Angelini (ProCoRe). Moderation: Pina Henzi, FIZ.

Zürich St. Anna-Kapelle, St. Annagasse 11, Do, 2. Juni, 19 Uhr.

Migration

Wenn es um Migration geht, kochen in der Schweiz die Emotionen hoch, und mediale Erregung treibt die Politik vor sich her. Da- bei gerät aus dem Blick, dass wir uns immer wieder um dieselben Fragen streiten: Wie viel Einwanderung verträgt die Schweiz? Und wie soll sie gestaltet werden? Und noch grundle- gender: Wie prägt das unsere gesellschaftliche Zukunft? Kijan Espahangizi arbeitet als Histori- ker an der Universität Zürich zum Thema Mi- grationsgeschichte und hat den Thinktank Insti- tut Neue Schweiz (Ines) mitgegründet. In der Reihe Kosmopolitics stellt er sein Buch «Der Migration-Integration-Komplex. Wissenschaft und Politik in einem (Nicht-)Einwanderungs- land, 1960–2010» vor und diskutiert die Ergeb- nisse seiner Arbeit mit dem Filmemacher Samir.

Zürich Kosmos, Lagerstrasse 104, Mo, 6. Juni, 20 Uhr. www.kosmos.ch

Frauenrechte

Als engagierte Kämpferin für das Frauen- stimmrecht und politische Aktivistin prägt Alexa Lindner Margadant die Schweizer Frauenbewegung bis heute. 1972 wurde sie zur schweizweit ersten Präsidentin einer kan- tonalen SP gewählt. Für Andrea Scheck, seit 2021 Präsidentin der SP Kanton St. Gallen, ist der feministische Kampf auch ein halbes Jahr- hundert nach Einführung des Frauenstimm- rechts längst nicht abgeschlossen. Lindner und Scheck diskutieren über Erfolge und künftige «Baustellen» und darüber, was das Engagement für das Frauenstimmrecht für die heutige Diskussion um fehlende politische Mitspracherechte von Migrant:innen bedeutet. Es moderiert Judith Grosse, stellvertretende Leiterin des Ostschweizer Archivs für Frauen-, Geschlechter- und Sozialgeschichte.

St. Gallen DenkBar, Gallusstrasse 11, Do, 9. Juni, 19.15 Uhr.

BRIEFE AN DIE WOZ

Schicken Sie Leser:innenbriefe bitte per E-Mail an: briefe@woz.ch oder per Post an: WOZ Die Wochenzeitung, Leser:innenbriefe, Hardturmstrasse 66, 8031 Zürich.

Nicht alle Zuschriften können veröffentlicht werden. Bevorzugt werden Briefe, die sich auf WOZ-Artikel beziehen.

LEBEN, UM ZU ERZÄHLEN (10)

Buenos Aires, Argentinien

EINE BILDSERIE VON KARL MANCINI



Die Madres Víctimas de Trata – Mütter, deren Töchter Opfer von Menschenhandel wurden – demonstrieren zusammen mit anderen Organisationen. In seiner Langzeitarbeit porträtiert Karl Mancini von geschlechtsspezifischer Gewalt Betroffene in Lateinamerika.

WOZ-NEWS



Strohbeerige

«Erdbeeren lieben viel Wasser, darum ist es wichtig, auch in trockenen Zeiten den Pflanzen genug Wasser zu geben», zitierte die «Solothurner Zeitung» einen Bauern. Wenn dank dieser Logik schmackhafte Beeren auf den Tisch kommen, soll es uns recht sein. **FI**

Gleichgemachte

«Der US-Schauspieler Ray Liotta ist laut Behörden in der Demokratischen Republik mit 67 Jahren verstorben», meldete srf.ch. Die Hoffnung auf Friede seiner Seele ist intakt, wenn einer den Ort seines Hinschieds beim letzten Atemzug nicht als dominikanische, sondern als demokratische Republik wahrnimmt. **FI**

Qualifizierte

«Beruflich hat er auch Blaulicht im Blut, er hat eine Kaderposition bei der Luzerner Polizei», verriet zentralplus.ch über einen Feuerwehrmann. Dann ist ja auch im Notfall alles gut, das Kontrastmittel ist bereits in Zirkulation. **FI**

Pathologische

Wir lasen: «Allesamt geile Siechen, die sowohl gut gebräunt oben ohne beim Strandsport als auch in der schicken Uniform eine gute Falle machen.» Trotz Krankheit, liebes «Watson»? Die Kerle, die hierzulande mehr oder weniger gute Falle machen, sind in der Regel Sieche, nicht Siechen. **FI**

Präpositionale

Die «SonntagsZeitung» erwähnte einen Film, «in dem ein entlassener Strafgefangener aus lauter Lust nach Frischem einen lebenden Tintenfisch verschlang», weshalb wir uns nicht sicher sind, ob wir Lust auf diesen Film haben. Und die «NZZ am Sonntag» liess einen Paläontologen sagen: «Machen Sie sich auf einige Veröffentlichungen in diesem Jahr bereit!» Wir machen uns jetzt darauf gefasst, dass wir irgendwann auch für den Verzehr lebendiger Oktopusse bereit sind. **кно**

Doppeldeutige

«Ich werde nie so sein wie Granit», betitelt die «NZZ am Sonntag» ein Interview mit Fussballer Briel Embolo. Wer da ins Grübeln kam, warum ein Spitzensportler extra betont, niemals hart wie alpines Gestein sein zu wollen, ist vermutlich weder mit der Schweizer Nationalmannschaft noch mit albanischen Männervornamen vertraut. Hiesse der Schweizer Captain Hartmut, klänge es im deutschen Ohr weniger verwirrend. **кно**

Geschmacklose

Auf nau.ch lasen wir: «Die AirPods Pro 2 sollen den heute ikonischen Look mit Stil aufgeben und ganz ohne daherkommen.» Wie müssen wir uns die neuen Ohrstöpsel vorstellen? Abgeschmackt? Kitschig? Unkultiviert? Apple ist ja immer für eine Überraschung gut. **кно**

Essbare

Während blick.ch an einem Ort berichtete, Konstanzer Händler seien alarmiert, denn «ihre besten Kunden, die zahlungskräftigen und shoppinghungrigen Schweizer, bleiben aus», hiess es an anderer Stelle: «Gäste müssen nun höhere Preise fürs Mittagessen schlucken.» Ernährungswissenschaftlich betrachtet, bringt ja beides nichts. **кно**

woznews@woz.ch

EIN TRAUM DER WELT

Gedenken am Maschsee

ANNETTE HUG zwischen den Kriegen

Jetzt ist die Cafeteria im Pflegeheim wieder voll. Die Stimmung ist hervorragend, kann aber jederzeit kippen, zumindest an unserem Tisch. Da sitze ich mit meiner Verwandten, die ihre eigene Geografie im Kopf hat. Bei Nebel blicken wir durch die Fensterfront übers Meer. Seit in den Nachrichten, die sie sofort vergisst, Kriegsbilder zu sehen sind, denkt sie in der Cafeteria an einen Schutzraum. Die Ausmasse seien in etwa dieselben. Die Szene wiederholt sich: «Stell dir das vor», sagt meine Verwandte unvermittelt, «da sassen die Leute dicht gedrängt, und die Erwachsenen haben gezittert wie Espenlaub.»

Beim Wort «Esenlaub» beginnt sie jedes Mal zu zittern. Eine Art Schüttelfrost überkommt sie, dann muss man sie in den Arm nehmen, bis sie ihre Tränen verdrückt und sehr bestimmt sagt: «Vorbei. Es ist vorbei.»

Jener Schutzraum stand in Hannover, wo die Verwandte kurz nach Kriegsbeginn zur Welt kam. Sie erinnert sich an brennende Häuser und an einen Ritt auf dem Gepäckträger, als die Mutter mit dem Fahrrad aus der Stadt floh, und an die Gartenlaube, in der sie dann wohnten. Schön sei der Maschsee gewe-

sen und der Stadtwald Eilenriede. «Ich war ja ein Arbeiterkind und hatte den Armeleutblick, andere sahen luxuriöser», sagte sie, als ich nach weiteren Sehenswürdigkeiten fragte, weil ich kürzlich zum ersten Mal in Hannover haltmachte. «Am besten fragst du dort, was man sich anschauen soll.»

Am 9. Mai hatte ich also Zeit, zwischen zwei Terminen ein paar Stunden in Hannover spazieren zu gehen. Gleich hinter den Einkaufsmeilen aus der Nachkriegszeit führte ein Hannah-Arendt-Weg durch alte Bäume, einen Kanal entlang, zum Maschsee. Er war viel kleiner, als ich ihn mir vorgestellt hatte. Gleich hinter der Uferpromenade stachen die Farben Gelb-Blau und Weiss-Rot ins Auge. In kleinen Gruppen hatten sich Leute vor Trauerkränzen versammelt. Eine Schautafel, erstellt von der Heinrich-Heine-Schule, klärte mich auf: Hier lagen Zwangsarbeiter:innen begraben. 60 000 sind im Zweiten Weltkrieg in die Rüstungsfabriken Hannovers verschleppt worden, viele davon aus der ehemaligen Sowjetunion.

Auf dem Stadtgebiet gab es mehr als 500 industrielle Lager, ausserdem 7 Aussen-

lager des Konzentrationslagers Neuengamme. Einen Monat vor Kriegsende trieben Aufseher die Insass:innen des strafverschärfenden Arbeitserziehungslagers Lahde durch die Stadt. Einer kleinen Gruppe gelang die Flucht. Die anderen wurden daraufhin gezwungen, ihre eigenen Gräber auszuheben, dann haben die Aufseher sie erschossen. Nur einer entkam, er hiess Peter Palnikow. Als er nach der Befreiung der Stadt die Alliierten über das Massaker informierte, liessen die Briten die Leichen exhumieren – «für eine würdevolle Bestattung am Nordufer des Maschsees», steht auf der Schautafel neben den Gräbern, wo sich am 9. Mai 2022 kleine Gruppen schweigend versammelten. Da und dort ist Murmeln in einer slawischen Sprache zu hören.

Frische Kränze sind niedergelegt vom Landesverband der jüdischen Gemeinden von Niedersachsen, der Gewerkschaft IG Metall, vom Generalkonsulat der Ukraine in Hamburg, von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und der Maschsee AG. Russische und ukrainische Fahnen stecken zwischen den Blumen. Da ist es wieder, das Zittern.

Annette Hug ist Autorin und wurde kürzlich mit dem ZKB-Schillerpreis ausgezeichnet.



REKLAME

100 Jahre ROTE FALKEN

7. Juni 2022 ab 18 Uhr
Film & Podium: Rote Falken
früher und jetzt
Lichtspiel, Bern

11. Juni 2022 ab 15 Uhr
Grosses Kinderfest
Chinderchübu, Bern

www.rotetalken.ch

Ich abonniere die WOZ

inklusive «Le Monde diplomatique» (Monatszeitung)

- Probe-Abo (8 Wochen), Fr. 25.– Halbjahres-Abo, Fr. 155.–
 Jahres-Abo, Fr. 265.–
 Jahres-Abo zum Ausbildungstarif, Fr. 160.– (Nachweis beilegen)

Name / Vorname _____
Strasse / Nr. _____
PLZ / Ort _____
Telefon _____
E-Mail _____

Senden an: WOZ Die Wochenzeitung, Abo-Service, Postfach, 8031 Zürich

IN DER NÄCHSTEN WOZ

Vor dem heissen Rentensommer

Die Übersicht zu den Baustellen in der Altersvorsorge.

Mit: **LE MONDE**
diplomatique